

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnement: Preis pränumerando: Vierteljahr 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk., wochentlich 26 Pf., frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnement: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragen in der Post-Betriebsverträge für 1902 unter Nr. 7873. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühren**  
 beträgt für die sechsseitigen Kolonnen jeite oder deren Raum 40 Pf., für politische und gewerkschaftliche Inserate und Veranlassungs-Anzeigen 20 Pf. „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf. (nur das erste Wort frei). Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.  
 Telegramm-Adressen: „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Sonnabend, den 21. Juni 1902.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.  
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

### Das Land des Papstes.

Nachdem die parlamentarische Verbandsseite verstimmt, Volksvertreter und Minister in die Ferien gegangen sind, nimmt inmitten dieser Stille Wilhelm II. das Wort, um im Gegensatz zu der geschäftlich-nüchternen Behandlung politischer Specialfragen, die den deutschen Parlamenten eigentümlich ist, in pathetisch hallenden Monologen auf Festen und Gastmählern seine Weltansichten zu künden. Es liegt ein Element des alle Grenzen und Bestimmtheiten sprengenden historischen und politischen Mysticismus in diesen Ansprachen und Trinksprachen, die jede präzise Kritik vereiteln: Es sind groß entworfene Reden, die aber ohne Konturen nur ein seltsames Jueinander von Lichtgarden und Dämmerungen verweben.

Nach der Rügenberger und Donner Rede hat der Kaiser am letzten Donnerstag im Krönungssaal des Rathhauses zu Kachen, diesem Schwefelbad für die elegante Welt der Sportleute und Clubman, eine Ansprache gehalten, die zu den eigentümlichsten und aufschuldigsten Kundgebungen der Denkart Wilhelms II. gehört. Der Kaiser vermag trotz der großen Zahl seiner Kundgebungen immer noch ungewöhnlich zu wirken.

Wenige hätte diese Kachener Rede nicht gehalten werden können, da der Tod des sächsischen Königs den weiteren Festlichkeiten vorläufig ein Ziel gesetzt hat. Man hatte aber in Kachen Vorsorge getroffen, daß wenigstens dieses Fest ohne Störung programmgemäß verlaufen konnte. Darum wurde — wie ein Telegramm dorther meldet — die Nachricht vom Tode des Königs von Sachsen, um die Stimmung des Volkes nicht niederzudrücken, von den Blättern nicht bekannt gemacht, während die Ertrablätter, welche die Rede des Kaisers im Rathhause enthielten, reichenden Absatz fanden.

Die offizielle Feststellung des Textes hat anscheinend Schwierigkeiten bereitet. Die Redaktion hat so lange Zeit gebraucht, daß sie erst am Freitagmorgen vom Wolffsche Bureau verbreitet wurde. Ein Chronist der „Sächsischen Zeitung“ schiebt es auf die schlechte Akustik des Saales und die von außen kommenden störenden Geräusche, daß die Rede „sehr vielen Hörern in vielen Teilen nicht ganz verständlich“ war.

Wir lassen nun das Hauptstück der Rede nach dem offiziellen Wortlaut folgen.

Wer sollte auf so historischem Boden, wie es Kachen ist, nicht mächtig erfaßt werden von dem Wehen und Rauschen der Vergangenheit und der Gegenwart! Wer sollte nicht an die Fügung des Himmels denken, wenn er die Geschichte der Jahrhunderte überblickt, die unser Vaterland durchgemacht hat in Verbindung mit Kachen! Kachen ist die Wiege des deutschen Kaiserthums, denn hier hat der Große Karl seinen Stuhl aufgerichtet, und von seinem Glanze hat auch die Stadt Kachen einen Widerschein gewonnen. So bedeutend und so groß war die Figur dieses gewaltigen germanischen Fürsten, daß von Rom ihm die Würde der alten römischen Cäsaren angetragen wurde und er ausersuchen ward, die Erbschaft imperii Romani anzutreten, gewiß eine großartige Anerkennung für die Leistungsfähigkeit unsres eben erst in der Geschichte aufstehenden germanischen Stammes, denn entsinken war das römische Szepter der Cäsaren den Händen ihrer Nachfolger; gerbröckelt und morsch wankte der römische Bau, und erst das Erscheinen der siegesfrohen Germanen mit ihrem reinen Gemüt war im Stande, der Weltgeschichte den neuen Lauf zu weisen, den sie bisher genommen hat. Da verstand es sich von selbst, daß der gewaltige Karl, der große Frankenkönig, die Wälder Roms auf sich lenkte, welches in ihm seinen Schutz und Hort erblickte. Klein die Aufgabe, das Amt des römischen Kaisers mit der Würde und Würde eines germanischen Königs zu verbinden, war zu schwer. Das er mit seiner gewaltigen Persönlichkeit vermochte, das verlagte das Geschick seinen Nachfolgern, und unter der Sorge um das Weltimperium verloren die späteren Kaisergeschlechter das germanische Volk und Land aus dem Auge. Sie zogen gen Süden, um das Weltimperium aufrechtzuerhalten, und vergaßen Germaniens darob. So mußte allmählich unser deutsches Land und Volk verkommen. Gleich wie bei der Arie, wenn sie ihre Blüte treibt, die ganze Kraft der Pflanze sich zu dieser einen Aufgabe anfrast und noch emporstrebend Blüte auf Blüte entwickelt und das Auge des stannenden Beschauers fesselt, derweilen nun die Pflanze selber zusammendrückt und ihre Wurzel verdorrt: so erging es auch dem römischen Kaiserthum deutscher Nation.

Kunmehr ist ein andres Kaiserthum entstanden, dem deutschen Volke ist sein Kaiser wieder geworden, den es sich selbst geholt hat: mit dem Schwert in der Faust auf dem Schlachtfeld ist die Krone erworben und das Reichspanier flattert wieder hoch in den Lüften. Und derselben Begeisterung und Liebe, mit der das deutsche Volk an seiner alten Kaiseridee gehangen hat, ist das neue Kaiserreich ins Leben getreten, allein die Aufgaben sind andre: nach außen beschränkt auf die Grenzen unsres Landes, um uns von neuem innerlich stählend auf die Aufgaben vorzubereiten, die unsrem Volke jetzt werden, und die im Mittelalter nicht erfüllt werden konnten. Und so sehen wir denn, daß das Reich, obwohl noch jung, sich in sich selbst von Jahr zu Jahr kräftigt, während das Vertrauen zu ihm von allen Seiten immer stärker sich befestigt. Das mächtige deutsche Heer aber gewöhnt Mißthat dem Feinden Europas. Dem Charakter der Germanen entsprechend, beschränken wir uns nach Außen, um nach Innen unbeschränkt zu sein. Weithin zieht unsre Sprache ihre Kreise auch über die

Meere; weithin geht der Flug unsrer Wissenschaft und Forschung: kein Werk aus dem Gebiete neuerer Forschung, welches nicht in unsrer Sprache abgefaßt würde, und kein Gedanke entspringt der Wissenschaft, der nicht von uns zuerst verwertet würde, um nachher von andren Nationen angenommen zu werden. Und dies ist das Weltimperium, welches der germanische Geist anstrebt.

Wollen wir nun nach jeder Richtung unsren großen Aufgaben gerecht werden, dann dürfen wir nicht vergessen, daß der Umriss, auf dem dieses Reich erstanden ist, wurzelt in der Einfachheit, Gottesfurcht und den hohen sittlichen Anschauungen unsrer Vorfahren. Wie hat die prägende Hand unsres Gottes zu Anfang des vorigen Jahrhunderts auf unserm Lande gelegen und mächtig hat der Arm der Vorsehung das Eisen geschmiedet und geschweißt am Ofen des Glends, bis die Waffe fertig wurde. So erwarte ich auch von Ihnen allen, daß Sie mir helfen werden, ob Weisliche oder Laien, die Religion im Volke aufrecht zu erhalten. Zusammen müssen wir arbeiten, um dem germanischen Stamme seine gesunde Kraft, seine sittliche Grundlage zu erhalten. Das geht aber nur, wenn man ihm die Religion erhält, und das gilt in gleicher Weise für beide Konfessionen. Um so größer ist heute meine Freude, den Herren der Kirche, die hier vertreten sind, eine Nachricht zu bringen, die Ihnen mitteilen zu können ich stolz bin. Hier steht der General von Loß, ein treuer Diener seiner Könige. Er ward von mir gesandt nach Rom zum Jubiläum des heiligen Vaters, und als er ihm meine Glückwünsche und meine Jubelgäbe überbrachte und ihn in intemem Gespräch Rücksicht gab, wie es aussieht in unsren deutschen Landen, da hat der heilige Vater ihm geantwortet, er freute sich, ihm sagen zu können, daß er stets hoch gedacht habe von der Frömmigkeit der Deutschen, zumal des deutschen Heeres. Er könne ihm aber noch mehr sagen, und das sollte er seinem Kaiser bestellen, das Land in Europa, wo noch Recht, Ordnung und Disziplin herrsche, Respekt vor der Obrigkeit, Achtung vor der Kirche, und wo jeder Katholik ungeschürt und frei seinem Glauben leben könne, daß sei das Deutsche Reich, und das danke er dem deutschen Kaiser.

Dies, meine Herren, berechtigt mich zu dem Ausspruch, daß unsre beiden Konfessionen nebeneinander das große Ziel im Auge behalten müssen, die Gottesfurcht und die Ehrfurcht vor der Religion zu erhalten und zu stärken. Ob wir moderne Menschen sind, ob wir auf diesem oder jenem Gebiete wirken, das ist unerlich. Wer sein Leben nicht auf die Basis der Religion stellt, der ist verloren. So will auch ich, da an diesem Tage und an diesem Orte es sich nicht ziemt, nicht nur zu reden, sondern auch zu geloben, mein Gelübnis hiermit auszusprechen, daß ich das ganze Reich das ganze Volk, mein Heer, symbolisch durch diesen Kommandostab vertreten, mich selbst und mein Hand unter das Kreuz stelle und unter den Schutz dessen, von dem der große Apostel Petrus gesagt hat: Es ist in keinem andern Heil, es ist auch kein andre Name den Menschen gegeben worden, darin sie sollen selig werden, und der von sich selbst gesagt hat: Himmel und Erde werden vergehen, aber meine Worte vergehen nicht!

Es ist eine der markantesten Eigenheiten der rednerischen Thätigkeit des Kaisers, daß die Stimmungen jäh zwischen schrankenlosem Optimismus und düsterer Klage, zwischen freudiger Zufriedenheit und gortigem Unmut wechseln. Man denke an jene Rede, die der Kaiser zu seinen Vätern sprach: „Es schleicht der Geist des Ungehorsams durch das Land; gehüllt in schillernd verführerisches Gewand, versucht er die Gemüter meines Volks und die mir ergebenen Krieger zu verwirren.“ Man erinnere sich an die Rede, da er die Socialdemokratie als eine „höchverrätherische Schaar“ bezeichnete, als „eine Horde von Menschen, nicht Land, den Namen Deutscher zu tragen“, da er von den Tieren sprach, die an der Wurzel der deutschen Eiche nagen, bis er dann eines Tages ruhig und hoffnungsvoll den Umsturz als eine „vorübergehende Erscheinung“ empfand. Man vergegenwärtige sich die Zeit der China- und Alexandriner-Reden. Wenig mehr als ein Jahr ist es her, da klagte er zu dem Kaiserthum des Abgeordnetenhaus, daß die Achtung vor Krone und Regierung mehr und mehr im Schwanden sei. In dieser Hinsicht seien die Verhältnisse in den letzten Jahrzehnten schlechter geworden. Der Respekt vor der Autorität fehle. Die Schuld daran läge an allen Klassen der Bevölkerung. Statt den allgemeinen Interessen des Volkes zu dienen, würden Sonderinteressen verfolgt. Die Kritik an Maßnahmen der Regierung erfolge in der schroffsten und verletzendsten Form. Hieraus erwache die Unklarheit und Demoralisation in der Jugend. — Und zum Abschluß des Vortrages sprach er vom Rückgang der monarchischen Gesinnung. Das war im März 1901! —

Ja, noch eben hat Wilhelm II. zu Marienburg harte, drohende Worte über den „politischen Uebermut“ gesprochen. Und jetzt sind alle Wolken geschwunden, Deutschland ist ein Reich des Lichtes, das Sonnenland, die Deutschen sind das auserwählte Volk. Dabei geschehen alle diese jähren Wandlungen des kaiserlichen Urteils und der Stimmung, ohne daß in den Verhältnissen selbst eine wesentliche Veränderung bemerkt werden kann. . .

Im ersten Teil seiner Kachener Rede trägt Wilhelm II. seine Meinungen über den Aufstieg und den Verfall des mittelalterlichen römischen Kaiserthums deutscher Nation vor. In tagelanger Anschauung redet er von dem reinen Gemüt der siegesfrohen Germanen. Er läßt das alte Kaiserreich untergehen an der — Weltpolitik, die in die Ferne schweifte und Germaniens darob vergaß.

Den Wert des neuen Kaiserreichs sieht Wilhelm II. in der dem Charakter der Germanen entsprechenden Beschränkung nach außen. Es ist nicht klar, ob damit die menschenfeindliche Weltpolitik bekämpft werden soll, die mit dem Dreizack an allen Punkten der Erde Riegel

einschlagen will, um die deutschen Schilde aufzuhängen. Ja, der Kaiser präcisirt dann die wahre deutsche Weltpolitik in einer Weise, wie sie bisher nur von uns Socialdemokraten im Gegensatz zu der marxistisch-kapitalistischen Weltpolitik der herrschenden Klassen gefordert wurde: als Propaganda friedlicher Kulturarbeit. Auch das ist socialdemokratische Anschauung, daß der echte Nationalismus darin besteht, von den geistigen Gütern der nationalen Kultur allen Völkern zu spenden. Solchen Siegeszug des deutschen Gedankens würden auch wir vaterlandslosen Gesellen mit Freuden fördern, ja, gerade wir haben ja einigen Anlaß zu nationalem Stolz, da der Socialismus, also die wertvollste und fruchtbarste Kulturerhebung der Weltgeschichte, in seiner modernen Fügung im wesentlichen deutscher Gedankenarbeit entspringt. Freilich, der Anschauung huldigen wir nicht, daß die Deutschen das auserwählte Volk sei, daß die Deutschen nur die Lebenden seien, da sie doch mindestens ebenso sehr die Empfangenden sind. Es widerspricht den Thatsachen, daß alle neuen wissenschaftlichen Gedanken deutscher Herkunft seien, nur im gleichen Weltbewerben aller Kulturvölker wächst Kunst und Wissenschaft.

Die Ausführungen des Kaisers über die Notwendigkeit der Religion verstärken und steigern seine von der Palästina-Reise her bekannten Stimmungen. Sie verraten schärfer noch als schon früher eine Veröhnung mit dem Katholizismus und sie rülpeln in der seltsamen Volkstaste des Papstes, die der Kaiser jetzt der Welt entküßt. Wir erfahren jetzt, daß der Papst das Deutsche Reich als das Land seines Herzens betrachtet, in dem alle Ideale des heiligen Vaters und der kirchlichen Weltanschauung am herrlichsten erfüllt sind. Der Papst, der im Vatikan sich nur als „Gefangener“ fühlt, dem der verschärfte Kulturkampf in den katholischen Ländern wie Frankreich schwerkste Sorgen und bitterste Klagen verursacht, feiert Deutschland als das Land, wo dank dem Kaiser, noch Recht, Ordnung und Disziplin herrsche, Respekt vor der Obrigkeit, Achtung vor der Kirche, und wo jeder Katholik ungehört und frei seinem Glauben leben könne.

Damit hat der Papst auch alle jene Beschwerden des deutschen Centrums entküßt, daß die Katholiken keine Parität genießen, daß die Jesuiten durch ein schändliches Ausnahmegesetz geächtet und gegen die allein selig machende Kirche keine Toleranz gelöst werde. Der deutsche Bundesrat darf jetzt mit gutem Gewissen sowohl den Jesuiten wie den Toleranzantrag ablehnen; denn der Papst selbst hat anerkannt, daß auch ohne diese Reformen im Deutschen Reich die katholische Kirche eine bessere Stellung habe als in irgend einem andren Lande Europas.

In Deutschland wird diese Volkstaste des Papstes nicht übersehen. Wir wissen es ja längst, daß Centrum Trumpf ist — und es fehlt nur noch, daß zum sichtbaren Beweise unsrer inneren Zustände der Papst seine römische Gefangenenschaft aufgibt und in die Freiheit seines Lieblingslandes überhebelt. Warum sollte Berlin nicht hinfort die Residenz der Päpste werden! . . .

In einer Ansprache an die Geistlichkeit in Münster zu Kachen hat der Kaiser u. a. gesagt: „Wenn alle Geistlichen Ihrer Konfession im deutschen Lande so denken, wie sie, dann ist es um die Zukunft unsres Vaterlandes wohl bestellt.“

### Politische Ueberblick.

Berlin, den 20. Juni.

**Der Thronwechsel in Sachsen.** Nach der Verfassung hat der Bruder des verstorbenen Königs, Prinz Georg die Regierung angetreten. Die offizielle Proklamation durch das Staatsministerium erfolgte am Freitagvormittag, das Ministerium leistete dem neuen König den Eid.

König Georg, der nur 2 Jahre jünger ist als sein verstorbenen Bruder, ist bisher hauptsächlich militärisch thätig gewesen. Er war seit dem Regierungsantritt König Alberts im Jahre 1873 Commandeur des 12. sächsischen Armee-corps und leitete in neuerer Zeit eine der Armee-Inspektionen. In weiterer Oeffentlichkeit hat ihn die Socialdemokratie bekannt gemacht, indem der „Vorwärts“ im Jahre 1891 seinen Gehemmerlaß gegen die Soldatenmishandlungen veröffentlichte. Der Befehl befandete eine humane Gesinnung, die freilich keineswegs genügt hat, um die Soldatenmishandlungen in der sächsischen Armee zu beseitigen oder auch nur zu vermindern, wie die fortwährenden zahlreichen Kriegsgerichts-Verhandlungen wegen Soldatenmishandlungen in Sachsen beweisen. An politischen Angelegenheiten des Landes hatte der jetzige König Anteil in seiner Stellung als Mitglied der Ersten Kammer des Landtages; soweit er dort hervortrat, verfolgte er eine Politik, wie sie dem Ministerium konservativer Reaction üblich ist. Eine Aenderung des politischen Kurzes ist von dem Regierungswegsel nicht zu erwarten.

Ueber die Trauerfeierlichkeiten für den verstorbenen König wird aus Dresden berichtet: Am Sonnabendnachmittag 2 Uhr, vor der Ueberführung von Ehlbenroth nach Dresden, findet eine große Trauerfeierlichkeit, welche Friedrichhof Rapp abhält, und darauf die Ueberführung der Leiche nach dem Bahnhofsplatz.

In Dresden werden außerordentliche Feierlichkeiten für die Weisung in der katholischen Hofkirche vorbereitet. Der deutsche Kaiser und Kaiser Franz Josef haben ihre Erscheinung angemeldet. —

**Fest-Abgabe.** Infolge des Ablebens des Königs von Sachsen sind die mannigfaltigen Festlichkeiten, die am Niederrhein noch geplant waren, vom Kaiser abgelagt worden. Die Düsseldorfster Anstaltung sowie Wesel, Ahrort und andre Städte müssen auf den erwarteten Besuch verzichten. Das Wolffsche Depeschenbureau aber gelangt in die angenehme Lage, zu Gunsten seiner Aktionäre den umfassenden Apparat zurückzugeben, den es zur Vertheilung

ber diese Festlichkeiten mit ihren Toasten und Festreden angeboten hatte. Um so trostloser wird die byzantinische Presse geeigneten patriotischen Stoff vermissen.

**Gegen den Lohndruck durch Gefängnisarbeit** ist seitens der sozialdemokratischen Mitglieder der Zolltarif-Kommission folgender Antrag eingebracht worden:

Die Kommission wolle beschließen: zu Art. 431 bis 433 des Tarifs (Wirk- und Reizstoffe und Waren) folgender Resolution die Zustimmung zu erteilen: den Herrn Reichskanzler zu eruchen, einen Gesetzentwurf noch im Laufe der gegenwärtigen Session vorzulegen, durch den unterlagert wird, in Straf-, Verordnungs- und Beschäftigungskontrollen, welche aus öffentlichen Mitteln unterhalten oder unterstützt werden, andre gewerbliche Arbeiten als solche für den eigenen Bedarf, für den Bedarf des Reiches, eines deutschen Staats oder Gemeindeverbandes anzuführen und den Verkauf gewerblicher Erzeugnisse für eigene Rechnung, für Rechnung des Reiches, eines deutschen Staats oder eines Gemeindeverbandes zu niedrigeren als den marktmäßigen Preisen stattfinden zu lassen.

Durch die Arbeit in Gefängnissen wird insbesondere auf dem Gebiete der Wirt- und Reizwaren, aber auch auf andern Gebieten, so in der Fischerei und der Korbmacherei die Exportindustrie und der Arbeitslohn schwer geschädigt.

Ferner ist in der Zolltarif-Kommission zu Art. 413 und 515 des Tarifs von sozialdemokratischer Seite beantragt, Tierhaare nur dann einführen zu lassen, wenn nachgewiesen ist, daß diese Haare dem Desinfektionsverfahren unterworfen sind, dem Tierhaare nach der Bundesrats-Verordnung vom 28. Januar 1899 unterworfen sind. Der Nachweis, daß durch vom Ausland eingeführte Haare Krankheiten eingeschleppt sind, zeitigte diesen Antrag.

**Die heftige Wahlrechts-Reform.** Aus Darmstadt wird uns vom Donnerstag, in Ergänzung unfers gestrigen Telegramms, noch berichtet: Der Kampf für oder gegen die Vermehrung der städtischen Mandate nahm auch den heutigen Verhandlungstag noch ganz in Anspruch und führte zeitweise zu sehr heftigen Explosionen. Unser Standpunkt wurde nochmals durch Hrn. Cramer präzisiert. Die Abstimmung ergab weder für die Vorlage noch für den Antrag auf Verlesung des seitherigen Verhältnisses die notwendige Zweidrittel-Majorität. Auch ein Vermittlungsantrag, der eine Vermehrung der städtischen Mandate um 3 concedieren will, blieb in der Minderheit.

### Eine beleidigende Gerichtsverhandlung.

Die Gerichtsverhandlung gegen den Grafen Pückler-Klein-Tschirne, über deren Ausgang wir bereits berichtet haben, bot einige ungewöhnliche Zwischenfälle, die von dem Gericht mit einer sonst nicht üblichen Geduld ertragen wurden. Der Graf hat nach seinen Angaben die Feldbahn zerstört lassen, weil er sich über den Pächter der ihm gehörigen Vorzüge geärgert hatte. Der Edle sah die Sache mit äußerster Harnlosigkeit an:

**Graf Pückler:** Ich habe überhaupt nicht geglaubt, daß das ein Objekt im Sinne des § 305 sei. Ich dachte, das ist eine kleine Sachbeschädigung, da kann er mich verklagen.

**Vors.:** Es hätte doch leicht ein Unglück geschehen können, und das ist doch hier nur durch einen Zufall verhindert worden. Sie haben sich berechtigt gehalten, die Feldbahn zu zerstören?

**Graf Pückler:** Ja. — **Vors.:** Wenn Sie Pächter wären, würden Sie sich das gefallen lassen? — **Graf Pückler (lachend):** Dann würde ich sagen: Gott, bauen wir die Geschichte wieder. Und dann wäre die Sache ausgestanden. Ich hätte aber keine Anzeige gemacht; ich hätte das als Scherz aufgefaßt. Ich wollte dem Manne einen kleinen Schabernack spielen. (Zum Pächter): Nicht wahr, außerdem leimen wir uns sehr gut; nicht wahr? Ich hätte nicht geglaubt, daß er das angeht.

**Vors.:** Das kommt doch auch ein anderer zur Anzeige bringen. Sie sind doch selber Jurist gewesen. Sie waren Referendar?

**Graf Pückler:** Ja, Gott, ich bin eine Zeitlang Referendar gewesen. Ich habe es als Scherz, als Spaß aufgefaßt. Außerdem war ich in der Politik thätig; ich habe gar nicht an die juristische Seite gedacht. Das war vielleicht unüberlegt (lachend), ich glaube, es liegt in meinem Charakter etwas Gewalttätiges, ich hätte es nicht für möglich gehalten, daß eine Strafanzeige erfolgt.

Die vier Arbeiter sagen aus, sie hätten den Befehl befolgt, weil der Graf ihr Brotkrum sei und sie ihres Brotes nicht verlustig gehen wollten.

**Graf Pückler:** Die Leute sind eben gewöhnt zu thun, was ich befehle. Ich bin der einzige verantwortliche Redacteur. (Geisterlich.) Ich nehme alles auf mich.

Der Staatsanwalt beantragt aus formal-rechtlichen Gründen Freisprechung und behält sich für den Fall, daß das Gericht anderer Meinung sei, die Unteruchung des Angeklagten auf seinen Geisteszustand vor.

**Vors.:** Haben Sie noch etwas zu bemerken, Herr Graf?

**Graf Pückler:** Ich bitte Rücksicht zu nehmen auf meine soziale Stellung und auf meine Thätigkeit als politischer Führer, als Führer der nationalen Parteien.

Nach halbständiger Beratung des Gerichtshofes erklärt der Vorsitzende, daß das Gericht beschlossen habe, nochmals in die Beweisaufnahme einzutreten.

**Graf Pückler:** Was ist Ihre Meinung?

**Sachv. Dr. Neumann:** Es ist eine etwas schwierige Frage, die an mich herantritt, weil ich noch niemals mit dem Grafen Pückler gesprochen habe, wir haben uns zuweilen wohl gesehen. Ich habe eine ganze Reihe von Zeitungsberichten erhalten, Gespräche gehört u. a., nach denen allerdings Graf Pückler sich in früherer Zeit etwas eigenartig verhalten hat.

**Graf Pückler (unterbrechend):** Verzeihen Sie, soll der Herr mich auf meine geistige Inanspruchnahmefähigkeit untersuchen? Ich fasse das als persönliche Beleidigung auf, ich weiß ganz genau, was ich zu thun und zu lassen habe.

**Vors.:** Ich bitte, sich ruhig zu verhalten.

**Graf Pückler:** Ich erkläre also, daß ich das als persönliche Beleidigung auffasse, ich bitte, sich danach zu richten.

**Vors.:** Ich ersuche Sie, sich zu mahigen, Sie haben den Herrn Sachverständigen nicht zu unterbrechen.

**Graf Pückler:** Als persönliche Beleidigung! Ich erkläre das hiermit, wenn jemand mich auf meinen Geisteszustand untersuchen will, dem ich gehöre mit zu den Führern der politischen Parteien.

**Vors.:** Es ist der Antrag gestellt worden, den Gutachter zu vernehmen. Also bitte, nun unterbrechen Sie uns nicht weiter.

**Graf Pückler:** Ich bitte die Herren, die Konsequenzen sich zu überlegen.

**Vors.:** Ich bitte den Herrn Gutachter, fortzufahren.

**Hr. Sanitätsrat Neumann:** Ich weiß nicht, ob Graf Pückler an Krankheiten früher gelitten hat oder ob in seiner Familie irgendwelche geistigen Störungen vorgekommen sind. (Graf Pückler ruft: Niemals, niemals!) Ob er erblich belastet ist. (Graf Pückler: Auch nicht.)

Der Vorsitzende fordert den Grafen Pückler wiederholt auf, den Gutachter nicht zu unterbrechen.

**Graf Pückler (unterbrechend):** Das war eben notwendig.

**Vors.:** Seien Sie doch still.

**Sachverständiger:** ... sich solche Schimpfereien erlaubt. Wenn er auf die Juden schimpft, wie kommen die Blogauer Juden dazu, daß diese ganz besonders beschimpft werden.

**Graf Pückler (unterbrechend):** Gehört gar nicht hierher.

Vorsitzender weist diese Unterbrechungen scharf zurück.

**Graf Pückler:** Aber das ist doch für mich beschimpfend, daß der Mann über meine geistigen Eigenschaften schimpft. Das ist doch ein Skandal, man wird immer wie ein Schuft behandelt.

**Sachverständiger:** Verfolgungsideen kommen zum Vorschein in jener Rede, wo er behauptete, daß man ihn in der Schweiz habe vergiften wollen.

**Graf Pückler (schreiend):** So ist es auch gewesen. Wenn ich sage, so ist es gewesen, dann ist es so. Ich möchte mal sehen, wenn Sie Gist schlucken müssen.

Der Vorsitzende macht den Angeklagten, der in immer größerer Erregung schreit, auf die Folgen aufmerksam und droht ihn sofortige Abführung in dreitägigen Arrest an.

**Sachverständiger:** Er sagt dann weiter in der Versammlung, daß er die Bau kurz und klein geschlagen habe, und daß er von den Gerichten manständig behandelt werde.

**Graf Pückler:** Unwürdig, habe ich gesagt. Ich bitte das zu konstatieren.

Der Sachverständige kommt nun nochmals auf die Verfolgungsideen zurück und erklärt, da kann man den Mann nicht mehr für normal halten.

**Graf Pückler:** Dann sind Sie es auch nicht, verehrter Herr, ich werde Ihnen meinen Kartellträger schicken.

**Vors.:** Jetzt sind Sie endlich einmal still; setzen Sie mich nicht in die Lage, Sie abführen zu lassen.

**Sachverständiger:** Es würde sich empfehlen, den Angeklagten auf sechs Wochen in eine Landes-Irrenanstalt zu bringen. Ich beantrage dieses.

Der Staatsanwalt hält eine solche Prüfung für nicht notwendig.

**Vors.:** Haben Sie noch etwas zu sagen?

**Graf Pückler:** Nein, ich finde es unerhört.

**Vors.:** Werden Sie still sein, Angeklagter!

Während der hierauf folgenden Beratung des Gerichtshofes führt Graf Pückler laute Selbstgespräche: Das ist unerhört! Ich, der ich seit drei Jahren für Deutschland fechte; das ist eine Beleidigung.

Das Urteil lautet: Das Gericht steht auf dem Standpunkt, daß Graf Pückler im Besitz seiner Geisteskräfte ist. Der Pächter war zur Errichtung der Feldbahn berechtigt, die Zerstörung hätte ein Unglück zur Folge haben können, wenn nicht zufällig ein Vorarbeiter vorausgegangen wäre und den Schaden bemerkt hätte. Graf Pückler wird zu sechs Wochen und Inspektor Kirchner zu vier Wochen Gefängnis verurteilt und ihnen die Kosten des Verfahrens angesetzt. Die vier Arbeiter werden freigesprochen.

Was wird der Graf jetzt scherzweise kurz und klein schlagen? —

## Ausland.

### Reichsratsschluß.

—st. Wien, 10. Juni.

Eudlich, noch mehr als achtmontatiger, ununterbrochener Tagung, ist das österreichische Abgeordnetenhaus in Ferien gegangen. Morgen hält noch das Herrenhaus eine Sitzung, und dann wird der Reichsratsvertrag werden; ein förmlicher Schluß der Session findet nicht statt. Es war nicht nur eine lange, sondern auch eine sehr merkwürdige Tagung, und wenn Herr v. Koerber das Ende überschaut, so mag er finden, daß es gut ist. Der Erfolg der Regierung — eigentlich ein persönlicher Erfolg des Ministerpräsidenten — ist unbestreitbar. Die Session begann mit der Obstruktion und zwei Monate nach der Eröffnung des Reichsrates schien das Parlament verloren. Herr v. Koerber drohte bereits mit „Griff an die Verfassung“. Und der Schluß der Parlamentsfähigkeit bildete die Bewilligung einer neuen, unpopulären Steuer; die Regierung erlangte von dem Hause, in dem sie angeblich keine Majorität besitzt und dessen Parteien ihre Unabständigkeit und Freiheit jeden Tag neu betonen, alles, was sie nur wünschte. Wohl schritt die Arbeit nur unter Reagen und Senken fort, und die Zahl der „Striker“ ist nicht zu zählen. Aber sie schritt fort; zum erstenmal nach fünf Jahren erledigte das Haus das Budget und schaffte ernsthaft an neuen Gesetzen. Die Gefahr der Obstruktion scheint von dem gequälten Hause genommen, und Herr v. Koerber kann sich in Budapest als der Vertreter eines einigen und arbeitsfähigen Parlaments präsentieren.

Diese Wandlung in den österreichischen Verhältnissen schaut zwar sehr auffällig aus, aber sie kommt gar nicht überraschend. Die Obstruktion war in Oesterreich nicht mehr das Mittel, einen schädlichen Gesetzentwurf aufzuhalten oder eine schlechte Regierung zu stürzen; sie war immer, die deutsche so gut wie die tschechische, eine Kriegserklärung an den Staat. Die Deutschen erreichten das Kampziel, die Sprachverordnungen wurden aufgehoben. Aber damit setzten sie auch den Grundfest, daß nationale Fragen in Oesterreich ferner nicht mehr durch die Regierungen verweigert werden dürfen, sondern nur im Einvernehmen der beteiligten Teile ausgetragen sind. Im Objekt war also die egoistische Obstruktion vorweg verfehlt; der Plan, mittels Gewalt nationale Konzessionen herauszupressen, mußte scheitern. Aber um mit dem ganzen Oesterreich Krieg zu führen, sind die Tschechen viel zu schwach; und deshalb konnte ihre Obstruktion leicht und beschwichtigt werden und deshalb auch sind die Drohungen wegen der Zukunft nicht sehr tragisch zu nehmen. Wohl haben die Jungtschechen angeklagt, daß sie beim Ausgleich die Schläge schlagen werden, gegen den Ausgleich ihre Obstruktion setzen werden, wenn ihnen nicht vorher ihr sprachliches Recht — die berühmte tschechische Amtssprache im inneren Dienst in Gesechsch-Böhmern — gegeben wird, aber eine Partei, die mit der Rache drei Jahre wartet, erregt keine Furcht mehr. Herr v. Koerber wird den Tschechen ihre Blut mit irgend einer platonischen Verständigungs-Konferenz abhandeln, aber allgemein herrscht die Ueberzeugung, daß der Ausgleich — vorausgesetzt, Herr v. Koerber bringt aus den Verhandlungen mit Ungarn irgend ein brauchbares Ergebnis heim — im Parlament wieder die Obstruktion, noch auch nur eine gefährliche Opposition zu fürchten hat. Herr v. Koerber kann nur in Budapest scheitern; in Wien hat er das Spiel gewonnen.

Die Arbeitsfähigkeit des Parlaments ist nichts anderes als der Ausdruck der Thatsache, daß die wirtschaftlichen Notwendigkeiten stärker sind als die nationalen Wünsche. Die Obstruktion entspringt, was immer auch ihre zufällige Ursache sein mag, dem Gefühl der Unzufriedenheit der Nationen mit diesem Oesterreich, das nur leben kann, indem es den Völkern nationale Opfer auferlegt. Aber die nationalen Ideologien können wohl sehr heftig ausschäumen und auch für kurze Zeit alle realen Bedürfnisse zurückdrängen; dauern als politische Praxis können sie sich aber nicht behaupten. Dann erlangt wieder der Staat, der in Zeiten der Obstruktion verachtete und mißhandelte Staat das Uebergewicht; die Völker erkennen, daß die bloße Verneinung nichts nützt, wenn die Kraft mangelt, sie in That umzusetzen; sie nehmen den Staat an, rechnen mit ihm und bauen auf ihn, und das staatliche Gefühl, das man in Oesterreich Patriotismus nennt, das aber nichts anderes als wirtschaftliches Bedürfnis ist, steigt über den nationalen Ueberzweck. Oesterreich steht jetzt ganz unerwartet eine Flut des Patriotismus, aber die konnte wirklich nur kommen, weil so lange Ebbe geherrscht hat. Man kann Herrn v. Koerber nicht bestreiten, daß er mit klugem Sinn die Situation erkannt hat und mit wirklich staunenswerter Ausdauer daran arbeitete, die Wendung in den Ansichten der Parteien herbeizuführen. Aber im Grunde genommen lebt er doch nur von den Fehlern, die vor ihm Regierungen und Parteien so reichlich gemacht haben.

### Oesterreich-Ungarn.

**Budapest, 18. Juni.** In Mako, der Hauptstadt des Banaber Comitats, wurden heute 14 sozialistische Kandidaten in die Stadtvertretung gewählt: es ist dies ein Drittel der gesamten Gemeindevertretung.

## Schweiz.

**Der Polizeispindel Heilmann** wurde jetzt durch die Züricher Polizeidirektion für die Dauer von fünf Jahren aus dem Kantou Zürich ausgewiesen. Beachtenswert ist die Feststellung, daß Heilmann im Dienste des österreichischen Konsulats in Zürich stand und monatlich 100 bis 120 Fr. Gehalt bekam. Demnach stände das österreichische Konsulat in Zürich ungefähr auf derselben Höhe wie das tschechische und wohl auch das russische in Genf. Es sind sonderbare „Handelsinteressen“, welche manche Konsulate in der Schweiz wahrnehmen und vertreten. Die Republik sollte da entschieden auf Feindschaft bei den betreffenden ausländischen Regierungen dringen.

Im „Gürtler“ wird berichtet, es bestche der Verdacht, daß in Biel ein italienischer Lockspindel die Streikenden zu Gewaltthätigkeiten zu verleiten suche, um der Schweiz Verlegenheiten zu bereiten.

## Italien.

**Die Sozialisten Neapels** ersuchten den Genossen Leone, das ihm bei den jüngsten Provinzialwahlen zugesagte Mandat zu behalten, und die wegen der Wahl der Camorristen beabsichtigte Demission nicht zu geben. Im 8. Bezirk (Vicaria) wurde der demissionierende Cicotti wiederum als Kandidat für die Kammer aufgestellt.

**Keine Koalitionsfreiheit für Postbeamte.** In der Kammer hielt der Postmeister Galimberti bei Beratung seines Etats eine Rede nach preussischem Muster, worin er den Postangestellten die Ausübung des Koalitionsrechts versagte. Er wird, wie er schmeichlig hinzufügte, niemals erlauben, daß man in seinem Ressort Streiks organisiere. Hauptsächlich sorgt der Herr Minister dafür, daß die Angestellten keine Ursachen zum Streiken haben.

## England.

**London, 20. Juni.** Die Ernennung Milners zum Gouverneur von Transvaal wird morgen in Südafrika publiziert werden. Nach einer Aufstellung des Kriegsamtts beträgt der Gesamtverlust der britischen Armee im südafrikanischen Kriege 28 434. Es starben 1073 Offiziere und 20 870 Mann in Südafrika, sowie 8 Offiziere und 500 Mann nach der Rückkehr nach England, 105 Mann werden noch vermisst und 5979 Mann sind invalide geworden.

## Asien.

**Aus Peking** meldet die „Times“, China beabsichtige, an die fremden Mächte die Bitte zu richten, ihr zu gestatten, drei bis vier Jahre lang seine Zahlungen in Silber zu leisten. Später soll dann in Gold gezahlt werden. Der Unterschied zwischen dem zu zahlenden und dem wirklich gezahlten Gelde solle durch erhöhte Nachzahlungen ausgeglichen werden. Dieses Erluchen der chinesischen Regierung gibt nicht ein Zeichen der Zahlungsfähigkeit, auf welche die europäischen Gläubiger zwecks Bedingung ihrer abenteuerlichen Expeditionsauslagen rechnen.

## Afrika.

### Die Lage der Boeren.

Aus dem Haag wird der „Fr. Ztg.“ geschrieben: Die laut Friedensvertrag zugesagte Wiedererlangung der Boeren in ihren Besitz wird eine recht wichtige Sache sein, wie sich überhaupt die Lage der Boeren äußerst traurig gestaltet, die mit der Verwirklichung ihres Besitzes alles verloren haben, zumal von 3 Millionen Hb. Stierl. Entschädigung nur wenig auf den einzelnen Boer fallen kann. Dabei sind die Preise für Vieh auf ca. 30 Hb. Stierl. pro Stück gestiegen, gegen den früheren Preis von 5 bis 6 Hb. Stierl. für gutes Schlachtvieh. Ueberhaupt ist die Sorge, Vieh zu erhalten, sehr groß, da die Engländer in den Republiken viel Kindvieh, Schafe, Schweine für den eigenen Bedarf verbraucht und den Rest weggelassen haben. Zudem ist es jetzt nach dem Friedensschluß in der Jahreszeit zu spät, um noch Getreide oder Korn säen zu können. Für die Ausfaat von Mais wird man bis zum August oder September warten müssen, und dann kann die Ernte erst im April nächsten Jahres eingebracht werden. Sorgt also auch die englische Militärverwaltung auf 12 bis 14 Tage für Milderung der ersten Not, so bleibt die ernste Frage, was nach dieser Zeit geschieht. Die Frauen und Kinder benutzen natürlich den ersten möglichen Augenblick, um aus den Konzentrationslagern herauszukommen. Dann macht ihre Not und die der zurückbleibenden Gefangenen das allgemeine Elend nur größer. Es sind das alles Gründe dafür, um die Hilfsaktion für die nächste Zeit recht lebhaft einsetzen zu lassen!

## Amerika.

**Sensationsnachrichten.** Aus Paterson (New Jersey) wurde gemeldet, daß mehrere Färbereifabriken durch eine Volksmenge angegriffen wurden, Streikbrecher hinausgetrieben und Gebäude zerstört worden seien; 9 Personen sollen ums Leben gekommen sein. Der Anwalt sei durch Anwälte angezettelt worden.

Eine neuere Meldung vom 19. Juni sagt: Weil es der Polizei nicht gelang, eine Versammlung der Ausländer zu verhindern, wodurch die Aufstrebungen hervorgerufen wurden, entloh der Mayor den Chef der Polizei zeitweise seines Amtes, übernahm selbst das Kommando und sprengte einen Trupp von 400 italienischen Ausländern, welcher durch die Straßen zog, auseinander. Seitdem herrscht Ruhe.

Ferner wird aus New York am Freitag telegraphiert: Ein bewaffneter Haufe drang in eine Kohlengrube in der Nähe von Williamstown (West Virginia) ein, um die 25 Arbeiter zu veranlassen, die Arbeit einzustellen. Als die Arbeiter sich diesem Gebote nicht fügen wollten, schlenderte der Haufe dynamit in die Grube, wodurch eine Explosion entstand. Fünf Mann wurden getötet. Als die Ueberlebenden aus der Grube herauskamen, gaben die Ausländer Schüsse auf sie ab und verletzten viele.

**Die Johnson-Bill.** Aus Washington wird vom 20. Juni gemeldet: Der Senat nahm mit 67 gegen 6 Stimmen den von Spooner beantragten Gesetzentwurf für die von Hepburn beantragte Nicaragua-Kanal-Bill an, welche vor kurzem vom Repräsentantenhaus angenommen wurde. Die Gesetzbill bestimmt, daß der Präsident durch richterliche Beamte entscheiden lassen soll, ob ein klarer Besitztitel über das Grundeigentum der Panama-Gesellschaft, ihre Rechte und die ihr gehörigen Konzessionen zu beschaffen sei. Wenn sich in befriedigender Weise nachweisen läßt, daß ein solcher Besitztitel beschaffen werden kann, soll der Präsident diesen für 40 Millionen Dollar erwerben. Wenn man aber der Ansicht ist, daß ein klarer Besitztitel nicht zu beschaffen ist, soll der Präsident zum Bau des Nicaragua-Kanals schreiten. Um das für die Kanalbauten erforderliche Geld anzubringen, sollen zweiprozentige Goldbonds im Betrage von 150 Millionen Dollar ausgegeben werden.

## Partei-Nachrichten.

**Ein Denkmal für Peter Lawroff.** Bald nach dem in Paris erfolgten Tode Peter Lawroffs beschloßen die in Paris lebenden russischen Genossen, Freunde und Bewunderer des Verstorbenen Mittel zu sammeln zur Errichtung eines Denkmals auf seinem Grabe und zur Herausgabe seiner Werke und einer Biographie ihres Meisters. Das zur Durchführung dieser Aufgaben eingesetzte Komitee teilt uns mit, daß der eine Teil seines Programms jetzt verwirklicht werden kann; am 22. Juni wird auf dem Friedhofe Montparnasse die Einweihung des Denkmals für Peter Lawroff stattfinden. Wir deutschen Sozialisten nehmen im Geiste Teil an dieser Feier zum Gedächtnis des großen sozialistischen Gelehrten.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— **Schlechte Verbindung** scheint zwischen den Polizeibehörden in der Provinz und dem Ministerium des Innern zu bestehen. Obgleich der Minister des Innern schon seit Monaten verfügt hat, daß Frauen, die Versammlungen politischer Vereine in einem be-

sonderen Segment ohne Anteilnahme an den Verhandlungen beizubehalten, nicht polizeilich belästigt werden sollen, hat man in der Provinz noch häufig solche Versammlungen aufgelöst. Es ist aber Aussicht vorhanden, daß die ministerielle Verfügung, die offenbar als Circular von Behörde zu Behörde weitergegeben wird, allmählich durch ganz Preußen bekannt wird. Auf eine Beschwerde, die sich mit einer aus obigen Anlaß am 5. März in Kiel vorgenommenen Versammlungsauflösung bezieht, ist wenigstens schon jezt dem Beschwerdeführer die Antwort zugegangen, daß in Kiel solche Auflösungen nicht mehr vorkommen sollen. — Bis das ministerielle Circular nach Zielentz, Zimmowitz, Joppot usw. gelangt sein wird, hat der Bund der Landwirte den Frauen vermutlich schon lange eine neue Fähr zur völligen Gleichberechtigung mit den Männern aufgestoßen. Es lebe das Zeitalter der elektrischen Schnellbahnen und der drahtlosen Telegraphie!

**Vertauschte Rollen.** Daß Socialdemokraten wegen Verleumdung von Polizeibeamten verurteilt werden, ist nichts Seltenes. Daß ein Polizeikommissar wegen Verleumdung eines Socialdemokraten verurteilt wird, kommt seltener vor. Dem Polizeikommissar Sache in Danzig ist es nun schon zum zweitenmal passiert. Einmal mußte er schon 30 M. bezahlen, weil er in Bezug auf Verleumdung eines socialdemokratischen Versammlung den Ausdruck „Band“ gebraucht hatte. Dieser Tage verurteilte ihn das Danziger Schöffengericht wegen öffentlicher Verleumdung des Genossen Bartel-Danzig zu 20 M. Geldstrafe. Gen. Bartel hatte in einer konservativen Versammlung in der Diskussion sich scharf gegen die Jollpläne der Agrarier gewandt. Kommissar Sache, der in der Versammlung anwesend war, rief in Bezug auf die Ausführungen unseres Genossen laut in den Saal hinein: „Das ist gelogen!“ — Der Sache ist ein ungemein eifriger Weantler, der wer weiß wie viele Versammlungen aufgelöst hat und in Bezug auf die eigene Ehre ungemein empfindlich ist, wie Strafanträge beweisen, die gestellt wurden, weil er beleidigt sein sollte. Während der Gerichtsverhandlung erging er sich abermals in Ausfällen gegen den Genossen Bartel, die ihm einen weiteren Verleumdungsprozeß einbringen werden.

## Aus Industrie und Handel.

**Das Stabeisen-Übereinkommen der Berliner Eisenhändler** wurde auf weitere zwei Jahre verlängert, doch entgegen den Wünschen eines Teils der Händler eine Preishöhung nicht beschlossen. Im Zusammenhang damit dürfte auch das Trägersubstitut auf zwei Jahre verlängert werden; eine Versammlung, die darüber Beschluß fassen soll, ist bereits zum 24. d. M. einberufen.

**Kasseler Treberrodungs-Gesellschaft.** Bekanntlich hatte die Konkursverwaltung der Treberrodungs-Gesellschaft gegen den Staat und die Stadt Kassel einen Prozeß wegen Zurückzahlung zuviel bezahlter Steuern eingeleitet. Wie die „Frankfurter Zeitung“ aus Kassel meldet, ist der Prozeß durch einen Vergleich erledigt, wonach der Staat und die Stadt je 300 000 Mark zurückzahlen.

**Deutschlands Kohlenproduktion vom Januar bis Juni 1902.** Nach dem Bericht der „Industrie“ wurden vom 1. Januar bis Ende Mai dieses Jahres in Deutschland gewonnen 42 381 344 Tonnen Steinkohlen (gegen 44 594 417 Tonnen in der gleichen Zeit des Jahres 1901), 16 643 115 Tonnen Braunkohlen (i. V. 17 708 972), 3 564 548 Tonnen Coals (4 038 408), 3 420 028 Tonnen Bräunnetts und Kohpreßschiefer (3 625 141). Es war also bei Steinkohlen wie bei Braunkohlen und Coals die Produktion wesentlich geringer als im vorigen Jahre.

Auch im Mai ist die Produktion wiederum im Vergleich zum vorigen Jahre zurückgeblieben; sie betrug im Mai 1902 8 550 119 Tonnen Steinkohlen (gegen 8 900 845 im Mai 1901), 3 115 073 Tonnen Braunkohlen (3 405 623), 785 848 Tonnen Coals (770 085) und 675 521 Tonnen Bräunnetts und Kohpreßschiefer (731 898).

**Locomotiven-Bestellungen aus dem Auslande.** In den letzten Tagen sind nach der „V. S. Z.“ vom Auslande größere Bestellungen auf Locomotiven bei deutschen Fabriken eingegangen. Es handelt sich indessen um mehr als 100 Maschinen und zwar für Indien, Siam, Italien und Dänemark. Die bedingenen Preise sollen zwar ziemlich niedrig, aber immer noch gewinnlassend sein. Im ganzen repräsentieren diese Aufträge circa 6 Millionen Mark. Die Lieferung hat bis zum Frühjahr 1903 zu geschehen.

**Deutschlands Außenhandel mit Großbritannien.** Von dem bereits angekündigten Band 142 der Statistik des Deutschen Reiches Auswärtiger Handel des deutschen Zollgebiets im Jahre 1901 hat das Kaiserliche Statistische Amt soeben das Heft XI Großbritannien herausgegeben. Es enthält eine Uebersicht über die Entwicklung des deutschen Außenhandels mit diesen Ländern im letzten Jahrzehnt und das dazu gehörige Tabellenwerk für die letzten fünf Jahre.

Der deutsche Specialhandel mit Großbritannien machte 1901 in der Einfuhr mit Edelmetallen 857,8 Millionen Mark, ohne dieselben 552,7 Millionen Mark, in der Ausfuhr 916,4 und 906,7 Millionen Mark aus. Großbritannien steht im deutschen Außenhandel. Ein- und Ausfuhr zusammengenommen, auch ohne die Schiffsgebiete an der Spitze der fremden Länder. Sein Anteil an der deutschen Einfuhr beträgt 11,5 gegen 13,9 Proz. im Vorjahre, an der deutschen Ausfuhr dagegen 20,8 gegen 19,2 Proz. Mit den Kolonien, Sängarbioten zc. brachte es Großbritannien auf 1 049 426 000 M. gegen 1 258 350 000 M. im Vorjahre in der Einfuhr und auf 1 107 506 000 M. gegen 1 074 659 000 M. in der Ausfuhr. Der Anteil dieser britischen Gebiete macht in der Einfuhr 18,28 Proz. aus, das ist weniger als in den vier Vorjahren, in der Ausfuhr 24,54 Proz., d. i. mehr als zuvor. Die Ausfuhr nahm ständig zu und war 1901 um 288 Millionen Mark höher als 1897.

**Ernteschätzungen in den Vereinigten Staaten.** Nach dem kürzlich veröffentlichten Monatsbericht des Ackerbau-Departements zu Washington war der Stand des Winterweizens am 1. Juni d. J. durchschnittlich mit 76,1 (bei Annahme von 100 als Normalziffer) zu bezeichnen gegen 76,4 am 1. Mai d. J., 87,8 am 1. Juni 1901 und 82,7 am gleichen Tage des Jahres 1900. Der Stand des Sommerweizens betrug dagegen am 1. Juni 1902 durchschnittlich 95,4 gegen 92 am gleichen Tage des Vorjahres und 87,3 zu dem gleichen Zeitpunkt im Jahre 1900.

Aus der nachstehenden Tabelle ist ersichtlich, in welcher Weise sich der Umfang der bebauten Fläche sowie der Ertrag des Sommer- und Winterweizens in den letzten fünf Jahren gestaltet hat.

Jahr	Winterweizen		Sommerweizen	
	Debante	Ertrag	Debante	Ertrag
1902 (1. Juni)	27 108 000	122 370 150	18 635 600	110 225 850
1901	25 267 000	160 160 000	21 629 000	101 801 000
1900	26 236 000	122 508 893	16 250 000	60 271 257
1899	25 820 000	103 895 900	18 772 079	87 720 150
1898	25 736 000	132 692 450	18 818 589	108 369 350

Die Hafenernte wird mit 90,8 gegen 85,3 am 1. Juni 1901, 91,7 im Jahre 1900 und 88,7 im Jahre 1899 bezeichnet. Ihr Ertrag wird in diesen Jahren auf 314 929 300 Hektoliter geschätzt (im Jahre 1901: 257 883 500 Hektoliter, im Jahre 1900: 288 193 750 Hektoliter).

Den Stand der Roggenernte schätzt man auf 88,1 gegen 83,4 am 1. Mai d. J., 93,9 im Jahre 1901 und 87,6 im Jahre 1900.

## Vierter deutscher Gewerkschaftskongreß.

Stuttgart, 19. Juni 1902.

Vierter Verhandlungstag.

Vormittags-sitzung.

Hamburg eröffnet die Sitzung.

Die Diskussion über die gestern gehörten drei Referate wird verbunden. Kaiser dem schon mitgeteilten Antrag der Generalkommission auf Gründung eines Reichs-Arbeitersekretariats steht die folgende Resolution Mattutat zur Förderung:

Der Gewerkschaftskongreß kennt die Thätigkeit der Arbeitersekretariate als eine im allgemeinen Interesse notwendige an. Um so mehr bedauert er die von einzelnen Behörden diesen Institutionen gegenüber eingenommene feindselige Haltung und die Versuche, sie als gewerkschaftliche Auskunftsstellen auf Grund des § 35 der Gewerbe-Ordnung unter Polizei-Aufsicht zu stellen. Der Kongreß protestiert gegen diese Maßnahmen und erwartet von der Reichsregierung, daß sie durch eine Erklärung ihres Vertreters im Reichstag entsprechende Information der Behörden weitere Verlastigungen der Arbeitersekretariate verhindert.

Der Kongreß empfiehlt den organisierten Arbeitern, ihre Sekretariate in ausgiebiger Weise zu unterstützen und dadurch deren Leistungsfähigkeit zu erhöhen; wamit aber wiederholt und eindringlich davor, an die Gründung von neuen Arbeitersekretariaten heranzutreten, so lange nicht dafür die erforderliche finanzielle Grundlage vorhanden ist.

Der Kongreß legt den Arbeitersekretariaten nahe, ihre Geschäftsführung und Berichterstattung in Anlehnung an das von der Generalkommission angefertigte Schema möglichst einheitlich zu gestalten, um so eine leichtere und bessere Verwertung der gewonnenen Erfahrungen zu ermöglichen.

Die Frage, ob die Auskunftsleistung unentgeltlich oder gegen eine Gebühr respektive nur an Organisierte zu erfolgen hat, bleibt den Sekretariaten bzw. ihren zuständigen Organisationen zur eigenen Entscheidung überlassen; jedoch erscheint es nicht zweckmäßig und mit dem Charakter eines Arbeitersekretariats unvereinbar, die Sekretäre statt des Gehalts auf die für die Auskunftsleistung zu erhebenden Gebühren anzuweisen.

Die Gründung eines eigenen Fachorgans für die Arbeitersekretäre ist nicht als notwendig zu erachten, sondern es steht ihnen für ihre Publikationen das „Korrespondenzblatt“ der Generalkommission zur Verfügung.

Weiter wird der ebenfalls mitgeteilte Simanowskische Vorschlag des Arbeitervertreter-Verbandes, ein Antrag des Verbandes der Bergarbeiter, aus den Mitteln der Generalkommission ein Arbeitersekretariat auf gleicher Grundlage wie in Preußen in Saarbrücken zu errichten, und ein Antrag Sassenbach, den Sitz der Generalkommission nach Berlin zu verlegen, zur Debatte gestellt.

Reichs-Deutscher begründet den Antrag, in Saarbrücken ein Arbeitersekretariat zu errichten, mit den eigenartigen Verhältnissen im Königreich Stumm, die es bisher verhindert haben, das Saarrevier für die freien Gewerkschaften zu erschließen.

Sassenbach-Berlin begründet den Antrag, den Sitz der Generalkommission von Hamburg nach Berlin zu verlegen. Berlin sei die politische Central-Deutschlands. Es sei wünschenswert, daß die oberste Leitung der Gewerkschaften Deutschlands mit der Leitung der politischen Partei in engere Fühlung als bisher komme. Manches Mißverständnis zwischen beiden Stellen würde vermieden worden sein, wenn eine häufigere persönliche Ansprache möglich gewesen wäre. Komme die Generalkommission nach Berlin, müße das „Korrespondenzblatt“ mit. Der Redacteur würde davon nur Vorteil haben, denn es ständen ihm in Berlin die größten Bibliotheken sowie das größte Feilichdrucken- und Zeitungsmaterial zu Gebote. Ein neuer Grund für die Verlegung nach Berlin sei durch die Gründung des Reichs-Arbeitersekretariats gegeben.

Seitens des städtischen Arbeitsamtes in Stuttgart ist an den Kongreß eine Einladung zur Besichtigung des Amtes gelangt.

Der Kongreß wird der Einladung heute Nachmittag zwischen 3 und 4 Uhr Folge geben.

Hörsing teilt mit, daß sich mit dem Simanowskischen Vorschlag, einen Arbeitervertreter-Verband zu gründen, die Generalkommission befaßt hat, von derselben aber wie vom Gewerkschaftsausschuß abgelehnt worden sei.

Legien teilt dem Kongreß die Gründe für die übrigens einstimmige Ablehnung mit. Man habe es nicht für angezeigt gehalten, eine neue Organisation zu gründen. Die Arbeitervertreter sollten sich als Mitglieder der Organisation fühlen, aus der sie hervorgegangen sind, als Mitglieder der Gewerkschaften, und diesen ihre besseren Kenntnisse und reichen Erfahrungen zu gute kommen lassen. Eine Gewinnung der Kirche, Dmderischen und Christlichen Gewerkschaften, wie Simanowski das angestrebt, erhoffe er von einer solchen neuen Organisation nicht. So anerkennt er die Thätigkeit des Berliner Arbeitervertreter-Vereins sei, so empfehle sich doch nicht die Ausdehnung der Organisation auf ganz Deutschland. Die Gründung des Reichs-Arbeitersekretariats mache zudem diese Organisation überflüssig. Er bitte, den Simanowskischen Vorschlag abzulehnen und die Gründung des Reichs-Arbeitersekretariats zu beschließen. (Beifall.)

Feuerstein-Stuttgart spricht sich bezüglich der Gründung eines Reichs-Arbeitersekretariats dahin aus, daß man wohl grundsätzlich die Notwendigkeit eines solchen anerkennen könne, daß er aber durch die finanzielle Inanspruchnahme der Generalkommission mit 15 000 bis 20 000 M., welche einen zu hohen Prozentsatz der Bilanzierung bilden würde, eine Schwächung der Kommission auf dem rein gewerkschaftlichen Thätigkeitsgebiete befürchte und deshalb die Ablehnung des Sekretariats für notwendig halte. Er empfiehlt, bei einer etwaigen Verlegung der Generalkommission von Hamburg nach Berlin, die Kommission durch ein Mitglied zu verstärken und diesem die Bearbeitung der versicherungsgesetzlichen Materie ausschließlich zu überlassen.

Tähne-Berlin verbreitet sich über die Synchrazis des Reichs-Veränderungsamts. Die Errichtung eines Reichs-Arbeitersekretariats sei durchaus notwendig und die Kostenfrage könne keine Rolle spielen. Das Reichssekretariat müsse die Artikel sammeln und für den weiteren Ausbau der Gesetzgebung nutzbar machen. Was die Arbeitersekretariate anlangt, so verkenne er den Nutzen dieser Institutionen nicht, müsse aber sagen, es werden von einzelnen Sekretären Beiträge erhoben, die die Thätigkeit der Gewerkschaften lahmzulegen geeignet sind. Mit dem Verband der Arbeitervertreter sollte keine Sonderorganisation geschaffen werden. Jedenfalls müssen die Gewerkschaften sich mehr als bisher mit socialpolitischen Dingen beschäftigen.

Ähren-Berlin: Ueber die Notwendigkeit des Reichs-Arbeitersekretariats herrscht wohl kein Zweifel. Der näheren Erwägung bedürfe der Kostenpunkt. Die Kosten dürfen nicht zu hoch werden. Es dürfe nicht an alle, die Rat haben wollen, Rat erteilt werden. Die neue Einrichtung dürfe nur von Organisierten in Anspruch genommen werden. Dessen man die Institution allen, so löme die Folge sein, daß die Leute den Eintritt in die Organisation für überflüssig halten. In Fällen großer Glends können natürlich Ausnahmen stattfinden. Eine bessere Organisation der Arbeitervertreter lasse sich herbeiführen, wenn man der Vertretung der Gewerkschaften in den Orts-Krankenkassen größeres Gewicht belege.

Brückner-Berlin spricht sich gegen die Gründung eines Arbeitervertreter-Verbandes aus, da dieser nur zu einer Zerstückelung der Kräfte führen würde. Dagegen sei die Gründung eines Reichs-Arbeitersekretariats notwendig.

Döblin-Berlin: Die Vertreter der Behörden haben aus den Referaten gelernt, wie viel Not und Glend von den Arbeiterorganisationen gelindert wird. Sie sollten die Schlussfolgerung ziehen, daß eine derartige Bewegung von den Behörden begünstigt, nicht in Fesseln geschlagen werden muß. Wenn die Verhandlungen diesen Erfolg haben sollten, würden wir sehr zufrieden sein. Das Referat Ährstens appellierte mehr an unser Gefühl, als daß es durch reale Thatsachen die Notwendigkeit erwies, das Reichs-Arbeitersekretariat zu begründen. Man bewegt sich hier in Extremen. Einmal will man alles dem Staat überlassen, dann tritt man überall für Selbsthilfe ein. Um solche Institutionen zu gründen, mühte ein ganz anderer Unterbau vorhanden sein. Ich halte das Reichs-Arbeitersekretariat mit einem Sekretär praktisch gar nicht für durchführbar. Es tagen fünf Senate nebeneinander. Wie kam da ein Vertreter genügen? Man wird zwei oder drei Sekretäre brauchen. Man muß auch damit rechnen, daß dem einen Vertreter einmal das Vertretungsrecht entzogen werden kann. Ich halte dafür, daß heute noch von einem Beschlusse in dieser Frage abgesehen werden muß. Vertagen wir die Angelegenheit bis zum nächsten Kongreß. Uns

leiten für unsere ablehnende Stellung nur sachliche Gründe. Urteilen Sie, bitte, auch sachlich, und thun Sie nicht deshalb das Gegenteil von dem, was wir wollen, weil wir Euchdruder uns Ihrer ungeteilten Sympathie nicht zu erfreuen haben. (Heiterkeit) Wegen der Verlegung der Generalkommission hat Redner nichts einzuwenden, da die Berliner Gewerkschaftskommission schon jezt mit Anfragen von außerhalb überlastet sei.

Hörsing-Hamburg (Kassierer der Generalkommission) erklärt, von der Notwendigkeit eines Reichs-Arbeitersekretariats persönlich nicht überzeugt zu sein, sich aber denen anschließen zu wollen, die mehr Erfahrung auf diesem Gebiete haben als er. Er verbreitet sich ausführlich über die Kostenfrage und vertritt die Ansicht, daß die Kostensteigerung eine sehr erhebliche sein werde.

Cohen-Berlin: Es ist ausdiesigebend, daß alle die Genossen, die beim Reichs-Veränderungsamt viel zu thun haben, für das Reichs-Arbeitersekretariat sich ausgesprochen haben. Die Delegierten der Metallarbeiter werden geschloffen für die Errichtung des Reichs-Arbeitersekretariats wie für die Verlegung der Generalkommission nach Berlin stimmen.

Müller-Hamburg befürwortet die Gründung des Reichs-Arbeitersekretariats, lehnt aber den Antrag Simanowski entschieden ab, weil man sonst an der Organisationsmacheri nicht mehr herauskomme. Redner ergriß die Gelegenheit, in Anwesenheit der Regierungsvertreter eine offene Anfrage an das Reichsamt des Innern bezug Reichs-Veränderungsamt zu richten. Anlaß hierzu bietet ihm die im Jahre 1901 stattgefundenen Wahl zum Reichs-Veränderungsamt, bei der die Liste der feemännlichen Arbeiter unterlag. Der Redner stellt fest, daß man gelegentlich dieser Wahl den im Jahre 1900 in Deutschland versicherten 52 655 Seelente ein bitteres Unrecht zugefügt habe. Ein Unrecht sei es, daß der Bundesrat in seiner Sitzung vom 15. Juni 1901 beschlossen habe, bei der Feststellung der Zahl der Wahlberechtigten die Zahl der 1895 bei der Volkszählung festgestellten Seelente zu Grunde zu legen. 1895 wurden rund 22 000 Seelente gezählt, während 40 984 im Betrieb thätig waren, und 44 066 als versicherungspflichtig aufgeführt wurden. 1900 stieg diese Zahl sogar auf 52 655. Nun giebt das Reichs-Veränderungsamt in seinen amtlichen Nachrichten zwar bekannt, daß 17 Weisiger die Wahl vollzogen hätten, nicht aber giebt es bekannt, wie viel Stimmen auf jeden wählenden Weisiger entfallen. Die Hamburger und Lübecker Weisiger stimmten für je 828 Versicherte. Es ist wohl anzunehmen, daß auf die Bremer Weisiger nicht mehr Stimmen entfallen seien. Nehmen wir an, daß auf sämtliche Weisiger dieselbe Stimmengahl entfallen ist, so ist wiederum den hanseatischen Seelente ein bitteres Unrecht zugefügt worden. Denn im Bezirk der hanseatischen Versicherungsanstalten waren 1900 versicherungspflichtig 42 162 Seelente, während sich im übrigen Deutschland die Zahl der Versicherten nur auf 10 493 belief. Aber angenommen, auf jeden Weisiger wären in der That 828 Stimmen entfallen, so beläuft sich die Zahl der durch die Weisiger zu wählenden Versicherten immerhin nur auf 14 076, während doch zur Zeit der Wahl 52 655 im Betriebe versichert waren. Der Unterschied ist ein zu großer. (Sehr richtig!) Aber weiter giebt auch die Bekanntgabe des Wahlergebnisses zu kritischen Bemerkungen Anlaß. Es ist mit Bestimmtheit anzunehmen, daß 4126 Stimmen auf unsere Liste entfallen sind, es konnten also auf unsre Gegner nur 9951 Stimmen fallen. Aber nach mir gewordenen Mitteilungen sind 4954 Stimmen auf unsre Liste entfallen, konnten also die Gegner nur 9123 Stimmen auf sich vereinen. Die amtlichen Nachrichten des Reichs-Veränderungsamts geben aber bekannt, daß 11 382 Stimmen auf unsre Gegner entfallen seien. (Hört! hört!) Dieses Stimmverhältnis ist es, was den feemännlichen Arbeiter rätselhaft erscheint. Hier verlangen sie von den maßgebenden Behörden Auskunft und Rechenschaft. Das Wahrsittel muß gelöst werden, und da die Behörden auf alle bisherigen offenen Anfragen eine Antwort nicht gegeben haben, nehme ich an, daß sie nunmehr sich moralisch verpflichtet fühlen. Rede und Antwort zu stehen. Klarheit muß geschaffen werden, das erfordert die Gerechtigkeit. (Bravo.)

Bring-Hamburg befürwortet die Schaffung eines Reichs-Arbeitersekretariats, die Vertretung dürfe aber nur für Organisierte übernommen werden. Den Arbeitervertreter-Verband bekämpft er. Die Verlegung der Generalkommission halte er nicht für notwendig.

Vrey-Hannover giebt gegenüber einer Aeußerung Legiens folgende Erklärung ab: Legien hat der Meinung Ausdruck gegeben, eine Organisation der Landarbeiter bestehe nicht. Die preussische Regierung und Polizei ist anderer Meinung. Für die Landarbeiter ist unsre Organisation zulässig. Alles was von Legien einer Landarbeiter-Organisation als Aufgabe zugewiesen wird: Rechtschän, ein Organ, daneben auch Unzugänglich, wird von uns, dem Verbande der Fabrikarbeiter, gewährt. Es ist uns auch gelungen, eine ganze Anzahl von Landarbeitern und Arbeiterinnen zu organisieren und unter den vorgeschlagenen Personen zur Wahl der Vertretung der Arbeiter in der Landwirtschaft befinden sich Mitglieder von uns. Sollte Genosse Legien die Gründung einer Landarbeiter-Organisation planen, dann mühte er, trotzdem wir sonst seinem Thätendrang keine Fägel anlegen wollen, dieser Gründung aufs Schärfste widerprechen.

Ein Schlußantrag wird angenommen.

Körken-Berlin widerlegt in seinem Referenten-Schlußwort die Einwendungen der Buchdrucker und des Genossen Feuerstein gegen das Reichs-Arbeitersekretariat.

Nach kurzen Schlussbemerkungen von Mattutat-Stuttgart wendet sich Simanowski in seinem Schlußwort dagegen, daß die Arbeiten des Reichs-Arbeitersekretariats der Berliner Gewerkschaftskommission übertragen werden. Was den Verband der Arbeitervertreter anlangt, so wolle er mitteilen, daß der Berliner Arbeitervertreterverein 91 Kurse beim Reichs-Veränderungsamt von ansehalb vertreten habe. Der Vorschlag, den Verband der Arbeitervertreter zu gründen, gehe nicht von ihm persönlich aus, sondern vom Berliner Verein der Arbeitervertreter. Die Ablehnung des Antrages sei ja sicher, jedenfalls war die Diskussion nützlich. Sie werde hoffentlich dazu beitragen, daß sich die Gewerkschaften künftig mehr als jezt mit der socialpolitischen Gesetzgebung befassen werden. (Beifall.)

Der Kongreß erklärt seine Zustimmung zur Resolution Mattutat (Arbeitersekretariat).

Die Abstimmung über den Antrag der Generalkommission (Gründung eines Reichs-Arbeitersekretariats, Vereinstellung von 15 000 M. jährlich und Erhöhung der Beiträge von 3 Pf. auf 4 Pf. pro Mitglied) ist eine namentliche.

Der Antrag wird mit 110 Stimmen gegen 31 Stimmen angenommen. Der Stimmzettel enthalten hat sich ein Delegierter. Dagegen stimmen die Buchdrucker und die Tabakarbeiter geschloffen, ein Teil der Holzarbeiter, Schuhmacher und Schneider und einzelne Vertreter kleinerer Organisationen, wie der Westarbeiter und Cigarettenarbeiter.

Die Verlegung der Generalkommission nach Berlin wird mit 105 gegen 47 Stimmen beschlossen.

Der Antrag, in Saarbrücken ein Arbeitersekretariat auf Kosten der Generalkommission zu errichten, wird der Generalkommission zur Erwägung überwiesen.

Der Vorschlag, einen Verband der Arbeitervertreter-Vereine zu gründen, wird gegen die Stimme Simanowski's abgelehnt. Da Simanowski wohl Referent war aber nicht Delegierter, so ist der Vorschlag einstimmig abgelehnt.

Auf Antrag Mattinat wird das neu beschlossene Institut nicht Reichs-Arbeitersekretariat, sondern Central-Arbeitersekretariat genannt.

Den Verhandlungen wohnen heute noch der Gewerbe-Inspektor Pochter und die Gewerbe-Inspektions-Assistentin Fräulein Grünau bei.

Ueber das

Submissionswesen und die Streiklausel referiert nach einer kurzen Pause Pappow-Hamburg. Er verbreitet sich über die Schädlichkeit der Streiklausel, die nur den unläuteren Elementen in der Unternehmenseinheit den Anreiz giebt, sich ihrer übernommenen Verpflichtungen in einer Weise zu entziehen, die als forrest und recht bezeichnet werden kann, dabei aber keineswegs Streiks verhindert, sondern das Ende derselben nur hinauschiebt. Der bayrische Landtag hat in der Frage Beschlüsse gefaßt, die ganz in unserem Sinne sind; die Regierung hat die Erklärung abgegeben, sich da-

Weitere Kaiserreden.

Mörs, 20. Juni. (B. Z. V.) Bei der Entgegennahme des Ehrenkreuzes hielt der Kaiser eine Ansprache, in der u. a. sagte: Die Grafschaft Mörs hat ihrer altbewährten und langen Treue ein sichtbares äußeres Zeichen gegeben dadurch, daß sie meinem Vorfahren König Friedrich I. ein Standbild gesetzt hat. Der hohe Herr, der in Erz gebildet vor uns steht, habe damals eben erst der Stellung Brandenburgs den äußeren Glanz und die neue Würde verliehen. Rummel ist aus der Krönungskrone eine Kaiserkrone geworden, durch Gottes gnädige Hülfe, eine Kaiserkrone, deren Wurzeln im märkischen Sande ruhen.

Krefeld, 20. Juni. (B. Z. V.) Die Ansprache, welche der Kaiser heute im hiesigen Museum gehalten hat, lautet in den Hauptzügen: Ich glaube wohl, daß die Stadt Krefeld das Gefühl haben kann und Recht hat, dem Ausdruck zu geben, daß die Regenten des Hauses Preußen ihr Wohl sich stets haben angelegen sein lassen und daß sogar ein so großer Fürst und Kriegsherr wie Friedrich der Große, nicht verächtlich hat, auch im Detail einzugreifen und dafür zu sorgen, daß ihr die richtigen Wege angewiesen wurden, auf denen ihre Industrie sich entwickeln sollte. Nun, unter dem Scepter meiner Vorfahren hat sich die Stadt zu einer ungeahnten Höhe entwickelt. Sie wissen aber auch, daß der Preis, den Sie in Ihre Erzeugnisse stecken, mir dann gegeben kann, wenn ein kräftiges Scepter der Welt den Frieden erhält. Unser deutsches Heer steht schimmernd am unfer Land und Wächter und Vertrauen beachtet und von allen Seiten. Sie aber, die Sie doch eine Handelsstadt sind, nennen, begreifen, daß außer dem Heer noch ein andres Ding notwendig ist, und das ist unsere Flotte. Sie haben empfunden im Laufe Ihrer Entwicklung, was es heißen will, wenn mit einem Male an fremden Gestaden die deutsche Flagge entfaltend wird und Respekt vor den deutschen Kriegsschiffen bei der Bevölkerung der besuchten Länder erweckt. Für Sie ist es eine Notwendigkeit, daß eine starke mächtige Flotte die Handelsflagge beschützt, damit Sie in Ruhe Ihre Erzeugnisse überall absetzen können. Damit glaube ich in der That für alle die Städte, welche Industrie und Handel pflegen, das Sicherste und das Beste geleistet zu haben, was ich könnte, indem ich meine ganze Kraft einsetzte, um unsere Macht auf dem Wasser zu entwickeln. Ich bin der festen Ueberzeugung, daß mit jedem Kriegsschiff, welches den Stapel verläßt, die Sicherheit und Ungefahrtheit des Friedens zunehmen wird und damit auch die Sicherheit für Ihre Arbeit.

Württembergische Eisenbahn-Reform.

Stuttgart, 20. Juni. (B. Z. V.) Nach dreitägiger Debatte hat die Kammer der Abgeordneten heute mit 41 gegen 31 Stimmen beschlossen, die Regierung zu ersuchen, die Grundzüge von 2 Pfennig für die dritte Wagenklasse einzuführen, soweit die Finanzlage dies gestattet. Ferner wurde mit 55 gegen 24 Stimmen ein Antrag angenommen, wonach Lokalfähige mit 2 Pfennigen für die dritte Wagenklasse, unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Verhältnisse für einzelne Gegenden des Landes einzuführen sind und endlich wurde noch mit 43 gegen 16 Stimmen beschlossen, die erste Wagenklasse in allen Jagen, mit Ausnahme der dem Fürstentum Baden dienenden Schnellzüge, fallen zu lassen.

Die Wittelsbacher und die Jähriger.

München, 20. Juni. (B. Z. V.) Die Münchener Neuesten Nachrichten schreiben: Gegenüber den in letzter Zeit in süddeutschen Blättern verbreiteten Mitteilungen über eine Rede des Prinzen Ludwig von Bayern gelegentlich dessen Anwesenheit in Ludwigshafen, welche durch ihre falsche Wiedergabe zu Mißdeutungen verschiedenster Art Anlaß gegeben haben, sind wir zu folgender Aufklärung von authentischer Seite ermächtigt: Prinz Ludwig habe nur gesagt: daß gegenüber Ramheim, einer alten Wittelsbacher Schöpfung, welche ohne Schuld des Hauses Wittelsbach infolge der Revolutionskriege verloren gegangen ist, König Ludwig I. in Erinnerung der günstigen Lage eine neue Wittelsbacher Schöpfung, die Stadt Ludwigshafen gegründet hat, wofür letztere, dank der Mithilfe ihrer Einwohner, zu seinem Aufschwung gelangt ist. In der ganzen Rede ist aber das Großherzogtum Baden nicht gesprochen worden.

Sessionschluss des ungarischen Reichstages.

Budapest, 20. Juni. (B. Z. V.) Die erste Sitzung des Reichstages ist heute durch königlichen Erlass geschlossen worden, die zweite Sitzung wird am 6. Oktober beginnen.

Im Abgeordnetenhaus erklärte bei der Verlesung des königlichen Erlasses Bela Barabas (Kosintzpartei), er müsse das Vorgehen der Regierung bemängeln, welche die Vertagung des Reichstages durch königlichen Erlass offenbar aus dem Grunde angeraten habe, damit es auf diese Weise unmöglich gemacht werde, daß 20 Abgeordnete im Stande sein könnten, im Notfall während der Verhandlungen mit Oesterreich das Zusammentreten des Reichstages zu fordern.

Ministerpräsident v. Szell erklärt hierauf, die Vorbereitung wichtiger Vorlagen für die Herbsttagung erfordere, daß die Regierung, ohne durch Verhandlungen des Reichstages in Anspruch genommen zu sein, sich diesen mit voller Kraft widmen könne. Was die Verhandlungen mit Oesterreich betreffe, so würde diese in dem gewohnten Rahmen fortgesetzt werden, die Vertagung habe auf diese Verhandlungen keinen Einfluß. Ueberdies werde aber Voraussicht nach in den Sommerferien nicht geschehen, was die Opposition veranlassen könnte, die Wiedereröffnung der Sitzungen des Reichstages vor dem bestimmten Termine zu fordern. (Leichter Beifall rechts, Unruhe links.) Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Das schweizerische Posttarifgesetz.

Bern, 20. Juni. (B. Z. V.) Der Ständerat hat das Posttarifgesetz zu Ende beraten, die Schlussabstimmung aber auf Dienstag verschoben. Zum Ausgleich der Verschiedenheiten in den Beschlüssen des Ständerats und des Nationalrats wird am 30. September eine außerordentliche Session der Bundesversammlung zusammenberufen.

Hochwasser.

Troyan, 20. Juni. (B. Z. V.) Infolge anhaltender Regengüsse ist auf der Weichsel, Oder und Ostrowa Hochwasser eingetreten. Die Ostschafoten Schwarzwasser, Zarabel und Ostrowitz stehen unter Wasser. Der Eisenbahnverkehr zwischen Leschen und Jablunka, Ostrowa und Friedel wurde eingestellt. Die Brücke der Reichsstraße über die Gluthowa bei Wiszitz wurde weggerissen. Auf mehreren Kohlenflößen der Kaiser Ferdinand Nordbahn wurde wegen Wasserfahrgefahr der Betrieb eingestellt. Zwischen den Nordbahnstationen Seiserdorf und Pruzna fanden Dambruttschungen statt.

Mez, 20. Juni. Der kommandierende General des 16. Armeekorps, Generaloberst Graf Häfeler ist heute morgen auf dem Egererplatze von Pest mit dem Pferde gestürzt und hat hierbei einen einfachen Bruch des linken Unterschenkels erlitten.

London, 20. Juni. (B. Z. V.) Ein in Kalkutta eingelaufenes Telegramm berichtet, daß ein Erdbeben die ganze Kette des Himalaya von Simla bis Chitral erschütterte hat. Das Erdbeben war zwar nicht sehr heftig, aber es ist das erste, das sich ein solches dort ereignet hat.

Petersburg, 20. Juni. (B. Z. V.) Nach Meldungen aus Orel ist die Erregung der dortigen Landesbevölkerung in offenen Aufruhr übergegangen. Der Gouverneur ist nach dem Kreise Pleskau die Bewegung ihren Anfang genommen, abgereist.

Bombay, 20. Juni. Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus beträgt der Schaden, den der letzte Cyclon in Khyelwade und Harodi angerichtet hat, gegen 8 Millionen Rupien. Verluste von Menschenleben werden nicht berichtet.

nach richten zu wollen, die erste Kammer soll aber dem Beschluß der Abgeordnetenversammlung nicht beigetreten sein. Auch im württembergischen Landtage sind die Bedingungen bei behördlichen Aufträgen beraten worden. In der Kommission wurden den Arbeitern günstige Bedingungen formuliert, die Regierung schwächte aber diese Bestimmungen wesentlich ab und diese abgemäßigten Regierungsanträge fanden dann im Plenum die Mehrheit. Der bayerische Beschluß geht weiter, einen Fortschritt bedeutet aber auch der württembergische Beschluß. Auch die Stadt Mainz wird wahrscheinlich eine Lohnklausel einführen. Die Ausführungen des Redners gipfeln in einer Resolution, deren Hauptpunkte wie folgt lauten:

Unbefehlig der grundsätzlichen Forderung: Befestigung des Submissionswesens und Ausführung der öffentlichen Arbeiten in Regie der staatlichen und kommunalen Körperschaften, erklärt der vierte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands sich verpflichtet, von den Behörden die strikte Ablehnung der Streikklausel zu verlangen.

Dagegen verweist der Gewerkschaftskongress auf die sog. Lohnklausel, mittels welcher schwer empfindbare Mißstände, die sich aus dem Submissionsverfahren ergeben, zu beseitigen sind. Die Arbeits- und Lieferungsverträge sollen Klauseln enthalten, durch welche die Uebernehmer von Arbeiten und Lieferungen verpflichtet werden, etwaige durch Tarifverträge festgelegte Lohn- und Arbeitsbedingungen genau innezuhalten, oder wenn Verträge dieser Art nicht bestehen, die von den in Betracht kommenden Arbeitern geforderten und allgemein durchgeführten Arbeitsbedingungen als rechtsverbindlich für sich anzuerkennen. Der Gewerkschaftskongress erachtet es als eine der hervorragendsten sozialpolitischen Aufgaben der staatlichen und kommunalen Verwaltungsbehörden, mit gutem Beispiel voranzugehen, und ihren Arbeits- und Lieferungsverträgen eine diesbezügliche Klausel einzufügen und die Innehaltung derselben zu überwachen.

Sassenbach-Berlin befürwortet den Antrag: Der Gewerkschaftskongress ersucht die Behörden, bei Ausschreibungen die Bedingungen zu stellen, daß die Unternehmer verpflichtet sind, die Aufträge in eigenen Werkstätten auszuführen.

Knoll-Berlin: Das von mir vertretene Steinseger-Gewerbe ist am meisten von der Streikklausel betroffen. Gerade bei uns hat sich die Erfahrung gezeigt, daß die Streikklausel eine Menge Streiks hervorruft. Unsere Streiks haben sich sehr lange hinzogezogen, sind aber schließlich von den Arbeitern gewonnen worden. Während der Streikdauer legen natürlich die aufgerissenen Straßen offen. In vielen Fällen wurden sie mit Schotter zugeschüttet, der dann wieder herausgenommen werden mußte, was natürlich doppelte Kosten verursacht. Das Geld der Kommunen wird dadurch buchstäblich auf die Straße geworfen.

Brückner-Berlin befürwortet, der Resolution Pálow ein Amendement anzuschließen, wonach den Unternehmern verboten wird, die Aufträge in Zuschlagsarbeit zu vergeben.

Schmitz-Mannheim teilt mit, daß das in Mannheim probehalber eingeführte Mittelpreisverfahren wieder aufgehoben worden sei, obwohl sich ein Vertreter der Stadtverwaltung äußerte, daß das Unterbietungsverfahren ruindös wirkte.

Nitter-Berlin tritt für den Antrag Sassenbach ein. Bei der Vergabe der Lizenzen für den Chinofeldzug wurden von der Militärverwaltung 430 M. gezahlt. Durch die Vergabe an einen oder mehrere Zwischenmeister brachte sie es dahin, daß der die Lizenzen anerkennende Schneider nur 175 M. Lohn erhalten hat.

Odenthal-Hamburg teilt mit, daß bei einer Submission in Wamberg bei einem Stückauftrag das Höchstgebot 50 000 M., das niedrigste Gebot 10 000 M. betrug. Eine Remedur des ganzen Submissionswesens ist unabwendlich.

Höke-Hamburg weist auf die schweren Schädigungen des Anmachers- und Wärmemachergewerbes durch das Submissionswesen und die Gefängnisarbeit hin.

Nachdem Starke-Berlin für die Resolution Pálow eingetreten ist, wird die Diskussion geschlossen.

Die Resolution wird einstimmig angenommen, außerdem der folgende Antrag der Buchbinder (Zahlstelle Hamburg): Der Gewerkschaftskongress erteilt der Generalkommission den Auftrag, eine Eingabe an die deutschen Bundesregierungen zu richten, in welcher die Abstellung aller Mißstände des Submissionswesens von Seiten des Staates gefordert wird und insbesondere die Zuschlagsarbeit im Interesse der deutschen Industrie auf die minimalste Grenze des freien Wettbewerbs eingeschränkt resp. verboten wird.

Damit ist der Antrag Sassenbach erledigt. Der Antrag, betreffend ein Verbot der Zuschlagsarbeit in die Resolution aufzunehmen, wird abgelehnt. Bömelburg schlägt nach 2 Uhr die heutigen Verhandlungen. Rahmstollge findet der Auszug nach dem Hasenberg statt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Streikbrecher-Arbeit. Schlechte Erfahrungen machen die Maurermeister in Brandenburg a. N. mit ihren italienischen Arbeitswilligen. Auf einem Bau stürzte am Freitag ein von italienischen Arbeitern hergestellter Treppenlauf wieder ein. Die betreffenden Arbeiter sind deshalb von dem Bau entfernt worden; sie sollen es nunmehr mit hiesigen versuchen. — Ob die Brandenburger Maurermeister wohl durch diesen Schaden klug werden und sich mit den Streikenden einigen?

Deutsches Reich.

Die Situation der Hamburger Lohnkämpfe hat sich in den letzten Tagen im allgemeinen nicht geändert. Den Bauunternehmern sind wohl einige Streikbrecher mehr zugelassen wie vordem, aber in der Regel halten die herangezogenen Arbeitswilligen nicht lange aus, sondern, nachdem ihnen die Situation klar gemacht ist, verlassen sie Hamburg wieder, so daß also für die Ausständigen und Ausgesperrten bei weitem kein hinreichender Ersatz vorhanden ist. — Es feiern in Hamburg 517 Maurer, 560 Zimmerer, 536 Bauarbeiter. — Die Zahl der ausgesperrten Klempner beträgt 600, davon sind 84 abgereist.

Achtung, Metallarbeiter! Bei der Firma A. Schöne in Pöhlend. Thür. sind die Geldgehälter wegen Zugehörigkeit zum Deutschen Metallarbeiter-Verband ausgesperrt. Es wird ersucht, den Zugang fernzuhalten.

Der Maurerstreik in Jena dauert jetzt bereits die dritte Woche ununterbrochen fort. Trotzdem die Innung erklärte, sich in Verhandlungen mit den Streikenden überhaupt nicht einlassen zu wollen, ist die Situation günstig. Von 291 Maurern, welche am 24. Mai die Arbeit niedergelegt haben, sind etwa 100 abgereist, ungefähr 70 arbeiten zu den neuen Bedingungen. Die Zahl der Streikbrecher ist gering.

Die Töpfer haben in Wromberg einen Streik geführt, der jetzt mit dem Abschluß eines Tarifs geadet hat. Die Ausständigen haben ihre ursprünglichen Forderungen um ungefähr 5 Proz. nachgelassen, aber doch gegenüber dem alten Innungstarif eine Lohn-erhöhung von 10—20 Proz. erreicht. Der neue Tarif gilt bis 1. April 1903. — In Forst ist durch Unterhandlungen ein einheitlicher Tarif für die Werkbubenarbeiter mit einer Lohn-erhöhung von ungefähr 5 Proz. erzielt.

Die Bremer Bauhofsarbeiter haben mit den Meistern eine Vereinbarung auf folgender Grundlage abgeschlossen: Die Arbeitszeit wird von 10 auf 9 1/2 Stunden herabgesetzt. Gefellen im ersten Jahre nach der Lehrzeit erhalten einen Stundenlohn von 32 Pf. Ältere Gefellen werden nach freier Vereinbarung entlohnt. Die bisherigen Wochenlöhne dürfen trotz Verkürzung der Arbeitszeit nicht herabgesetzt werden. Ueberstunden werden mit 33 1/2, Nacht- und Sonntagsarbeit mit 50 Proz. Aufschlag bezahlt.

Ausland.

Der Ausstand der Straßenbahn-Angestellten in Neapel wird von der italienischen Regierung — wer weiß, aus welchen

Gründen — mit Besorgnis betrachtet. Wie aus Rom depeeschert wird, soll die Garnison in Neapel um 10 000 Mann verstärkt werden. Von den Kutschern, die sich mit den Straßenbahnern solidarisch erklärt haben, wurden 300, die die Polizei als „gefährliche Elemente“ betrachtet, verhaftet.

Das Wachstum der spanischen Gewerkschaften. Die im Jahre 1888 unter sozialistischer Führung gegründeten spanischen Arbeiterorganisationen zählten 1889 27 Sektionen mit nur 3355 Mitgliedern und stiegen bis Februar 1902 auf 227 Sektionen mit einem Mitgliederbestande von 32 778 Personen, also beinahe um das zehnfache. Unter den ungeheuren Schwierigkeiten, die sich den spanischen Sozialisten, besonders in der Bekämpfung der Anarchisten, bietet, eine immerhin bemerkenswerte Steigerung.

Internationale Streikstatistik. Die „Arbeitsmarkt-Korresp.“ schreibt: Der überraschend starken Lebhaftigkeit der internationalen Streikbewegung im April ist im Mai eine merklige Abschwächung gefolgt. In Deutschland, Frankreich und England zusammen begannen 116 Ausstände, gegen 176 im April. Die Zahl der Beteiligten, soweit sie festzustellen oder zu schätzen ist, stellt sich zwar in den verschiedenen Ländern verschieden, deutet aber im ganzen ebenfalls auf einen Rückgang hin. In Frankreich weist die amtliche Statistik an streikenden Arbeitern nach: im April 26 941, im Mai nur 17 974. Dieser Rückgang um 9000 Mann wiegt die englische Steigerung von 3635 auf 7385 reichlich auf; denn wenn die letztere auch für England bedeutend ist, so sind die Ziffern der Streikenden in England doch an sich so gering, daß sie international nicht viel ausstrahlen. Meistenfalls sind aus Schweden und den Vereinigten Staaten zu verzeichnen. In Schweden traten vom 15.—17. Mai an 100 000 Arbeiter in den Ausstand, um auf die Kammer in der Behandlung der Wahlrechtsfrage einen Druck auszuüben. In den Vereinigten Staaten dauert der Meiesstreik der 160 000 Bergarbeiter bis in den Juni hinein noch immer fort. Eine große Anzahl Streiks haben in Italien begonnen. Auch in Spanien gibt es unter den Landarbeitern. In Katalonien ist auch die Haltung der gewerblichen Arbeiter so gespannt, daß ein Wiederaustruch des Generalausstandes, wie er im Januar stattgefunden hat, befürchtet wird. In der Gegend von Cuervo traten 2000 Grubenarbeiter, in Tortosa 8000 Weber, in Bajadoz die Straßenbahnner in den Ausstand.

Sociales.

In Düsseldorf hat der 16. ordentliche Vereinsgenossenschaftstag der deutschen Vereinsgenossenschaften getagt. Ca. 150 Vertreter der angeschlossenen Verbände usw. waren erschienen und den Vorsitz der Verhandlungen führte Herr C. Gerhard, Oberfeld. Begrüßungsansprachen hielten der Ministerialdirektor im Reichsamt des Innern, Caspar-Berlin, Präsident des Reichs-Vereinsgenossenschafts, Göbel, und der Landeshauptmann der Rheinprovinz, Dr. Klein. Es gelangte zunächst mit großer Majorität ein Antrag zur Annahme, die verbündeten Regierungen zu bitten, unverzüglich auf eine Aufhebung des § 34 des Unfallversicherungsgesetzes vom 5. Juli 1900 und Wiederherstellung der früheren Bestimmungen Bedacht zu nehmen. Durch die geplante Erhöhung des vorhandenen Reservefonds würde die Industrie, insbesondere das Kleinergewerbe, schwer belastet und durch Festlegung der hierfür erforderlichen Summe von 400 Millionen Mark ein gewaltiges Kapital der produktiven Verwertung immerhalb der Industrie, noch dazu in einer Zeit wirtschaftlicher Bedrängnis entzogen. Auch könne bestritten werden, daß durch eine derartige Mehrbelastung der deutschen Industrie deren Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt besonders gegenüber dem amerikanischen Wettbewerb leiden könne. Von anderer Seite wurde dem gegenüber darauf hingewiesen, daß die Kapitalbedeckung einer vorhandenen Schuld unter allen Umständen, wenn auch event. unter Verlangsamung des Zinsfußes, durchgeführt werden müsse.

Die Beschlußfassung über einen weiteren Antrag, der sich auf die Stellung der Vertrauenssätze in den Vereinsgenossenschaften bezieht, mußte infolge Richterscheidens des Referenten vertagt werden. Dem Kostenbericht zufolge beläuft sich das Verbandsvermögen auf rund 20 000 M. Die aus dem Auskuffe ausscheidenden drei Vereinsgenossenschaften wurden wiedergewählt. Ort der nächsten Verbandstagung ist Dessau.

In der badischen Fabrikinspektion bereiten sich Personalveränderungen vor, die eventuell von tief einschneidender Bedeutung für dieses Institut sein können. Herr Geh. Ober-Regierungsrat Dr. Wörrißhoffer, der verdiente Leiter der badischen Fabrikinspektion, der schon seit geraumer Zeit schwer leidend ist, beabsichtigt, in den Ruhestand zu treten. Auch Fräulein Dr. v. Richt-hofen, welche sich mit einem Heidelberger Privatdozenten verlobt hat, wird aus der Fabrikinspektion austreten. — Dieser doppelte Verlust für die badische Fabrikinspektion wird nur schwer wieder auszugleichen sein, einmal der Persönlichkeit des Herrn v. Wörrißhoffer wegen, dann aber auch, weil — was die weibliche Fabrikinspektion anbelangt — das Fabrikantentum Himmel und Hölle in Bewegung setzen wird, mit Fräulein v. Richt-hofen auch die von ihr vertretene verhasste Institution von der Bildfläche verschwinden zu lassen.

Freie Klubarbeit für Krankenkassen-Mitglieder gewährt in Gera die Textilbetriebs-Krankenkasse, die allgemeine Orts-Krankenkasse und neuerdings auch die gemeinsame Orts-Krankenkasse der Landgemeinden Gera. Von der Vergünstigung, die einen großen sanitären Fortschritt darstellt, wird sehr eifrig Gebrauch gemacht.

Versammlungen.

Fünfter Wahlkreis. Eine Volksversammlung wurde am Mittwochabend im Alten Schützenhause, Linienstraße, abgehalten. Reichstags-Abgeordneter Rosenow sprach daselbst über „Die verfloessene Reichstags-Session und der Kampf des Proletariats“. Das Referat fand beifällige Aufnahme, eine Diskussion wurde nicht beliebt. — Bei der hierauf folgenden Wahl von zwei Vertrauensleuten entspann sich eine längere Debatte darüber, ob es zweckmäßig und zulässig sei, diese Posten von Vorstandsmitgliedern des Wahlkreises zu besetzen, oder wie bisher die Vertrauensleute aus der Mitte der Versammlung zu wählen. Die letztere Ansicht vertraten Jizewitz und Lier, die erstere dagegen Köpke, Gärtner, Liepmann, Herzer, Davidsohn, Buch und der bisherige Vertrauensmann Gabriel. Gewählt wurden die Vorstandsmitglieder Buch und Liepmann. Es wurde noch dem Wünicke Ausdruck gegeben, der fünfte Kreis und dessen Vertreter möchten innerhalb der Vertrauensmänner-Körperschaft zukünftig nicht mehr über die Wäsel angesehen werden.

Die deutsche Metallarbeiter-Gewerkschaft (Verwaltung Berlin) hielt am 16. Juni eine Mitglieder-Versammlung ab. Wiesner schilderte den Verlauf der am 18. Mai abgehaltenen Konferenz und empfahl eine Beitragserhöhung. Es erklärten sich sämtliche Redner für die wöchentliche Erhöhung des Beitrages auf 20 Pf. Eine Resolution in diesem Sinne wurde angenommen. Es wurden gewählt als Beisitzer: F. Raschke und A. Rager, zum Revisor Ad. Müller, zum 2. Bevollmächtigten A. Hesel.

Fachverein der Tischler. Eine außerordentliche Mitgliederversammlung tagte am 11. Juni. Es wurden gewählt: als Aufsichtsmittglied Weber, als Kassierer Beder. Für den am 1. Juli zu eröffnenden Arbeitsnachweis wurde eine Arbeitsvermittlungskommission ernannt, bestehend aus den Kollegen Hierösel, Künnde, Eberts, Strauß, Kamp, Steffan, Hartung und Hermann Schulz. — Ferner wurde beschlossen: Die Vertrauensmännerversammlungen sind nur nach Bedarf einzuberufen. Dem Vertrauensmann wird zur Aufgabe gemacht, in größerer Zahl wie bisher öffentliche Versammlungen einzuberufen.

66. Sitzung der Zolltarif-Kommission.

Berlin, 20. Juni.

Zu den wichtigen Positionen: Kammgarne, Streichgarne liegen Petitionen aus den Niederlausitzer Textilindustrie-Bezirken vor, die sich gegen jede Zollerböschung erklären, da die englischen Gespinne unentbehrlich für die Webindustrie seien. Die Vorlage erhöht den Zoll auf alle in den Positionen 418-423 gegliederten Garne. Schlumberger — selbst Spinnereibesitzer — beantragt eine über die Vorlage hinausgehende Erhöhung des Zolles, so für harte Kammgarne, 418, eindrätig von 4 auf 10 M.; zweidrätig, von 4,50 auf 12 M.; 419, gebleicht, gefärbt, eindrätig, von 6 auf 14 M.; zweidrätig von 18 auf 21 M., drei- oder mehrdrätig von 24 auf 27 M. Münch-Ferber beantragt, die Zollsätze für ein-drätiges Streichgarn in Position 422 von 10 auf 8 M., in 423 von 14 auf 13 M. herabzusetzen. Müller-Julda beantragt, dreidrätige Garne mit den zweidrätigen gleichzustellen. Eichhoff beantragt für die Position 418 eine Herabsetzung der Zölle auf 3, 3 und 20 M., für Position 419 eine solche auf 3, 12 und 20 M.

Vandert: Wenn man vorgiebt, durch den Zoll den Arbeitern zu helfen, so sei festgestellt, daß z. B. die Spinnerei-Arbeiter in Schlesien ihres Koalitionsrechtes beraubt wurden, als sie in eine Lohnbewegung eintraten. Da stand die Regierung den Spinnereibesitzern bei, anstatt den Arbeitern zu helfen. Die englischen Arbeiter haben Freiheit der Bewegung, konnten darum bessere Löhne erzwingen, und trotzdem ist die englische Industrie konkurrenzfähig. Arbeiterschutz bewirkt das sogenannte Schutzsystem nicht. Ferner mag man die unterwertige und billige Fuchshausarbeit aufheben. Redner bekämpft dann unter sachlichen Darlegungen die beabsichtigte Erhöhung des Zolles auf Streichgarn. Die Verteuerung der Garne durch den Zoll könne nicht ohne Einfluß auf den Preis der Webwaren bleiben, die daraus hergestellt werden und wieder müsse dann der Arbeiter leiden, der höhere Preise zahlen müsse. England braucht gewisse Kammgarne von uns, wir brauchen aber ebenso gewisse englische Kammgarne. Bei solchem Wechselseitigkeit wirken Zölle äußerst schädlich. England ist dominierend auf dem Weltmarkt mit seinen Kammgarnen, die deutsche Industrie benötigt sie zu den Webstoffen. Wenn Sie jetzt einen Zoll auf diese Garne legen, ist das genau so, als wenn Sie den deutschen Arbeitern bares Geld aus der Tasche nehmen. Hier ist im Interesse der Arbeiter Zollfreiheit geboten.

Schlumberger begründet seine Anträge auf Zollerböschung, indem er alle Gründe dafür einer Petition des Vereins deutscher Wollkämmer und Kammgarnspinner entlehnt. Das Wohl von 50 000 deutschen Arbeitern hängt von diesen Zöllen ab. Müller-Julda wendet sich gegen Schlumberger, dessen extreme Zollforderungen unmöglich durchgehen könnten. Die deutsche Kammgarnspinnerei befindet sich in keiner Notlage, im Gegenteil könne sie kaum alle Aufträge ausführen, der hohe Zoll sei also nicht gerechtfertigt; er sei für die mäßige Erhöhung, wie sie die Vorlage bringt.

Brömel erklärt, daß in der Spinnerei wieder einmal die Großen ihren Einfluß spielen lassen. Ihren Zollforderungen nachgeben, ließe sich unter die Macht der hochschutzzöllnerischen Vereinigung der Kämmer und Spinner beugen. Redner hebt ebenfalls hervor, daß mindestens auf ein Jahr hinaus die Kammgarnspinnerei reich versorgt sei mit Aufträgen. Die verlangte Erhöhung der Zölle sei ein Schlag ins Gesicht der deutschen Weberei. Schlumberger möge für seine Wünsche nicht die Arbeiterinteressen ins Feld führen, denn sie verlangen entgegengelegte Maßnahmen.

Eichhoff hält Schlumberger die Zahlen der Aus- und Einfuhr zur Widerlegung entgegen und weist auf die sachgemäßen Ausführungen Vanderts hin. Redner tritt besonders im Interesse der Fasching-Fabrikation gegen die Zollerböschung ein; er wird in erster Linie für Zollfreiheit stimmen.

Münch-Ferber erhebt, die Anträge seines Fraktionsgenossen Schlumberger abzulehnen. Solange deutsche Schafe keine englischen wärden (weiterhin), könne man auf englische Wolle und Garn nicht verzichten. Die Web-Industrie müsse einfach die Preise zahlen, die die Spinnereibesitzer diktieren.

Scheimrat Vermuth giebt eine Darstellung über die Entwicklung der Garzwolle. Die Zollerböschung des Entwurfs sei eine sehr mäßige, der Einfluß der Erhöhung auf den Konsumenten ein überaus geringer.

Scheimrat Nügen, sächsischer Bundesrats-Bevollmächtigter, bemerkt, daß der Kampf zwischen Spinnern und Webern ein langhergebrachter sei. In Sachsen seien beide Gruppen stark vertreten, es falle darum der Regierung schwer, Stellung zu nehmen; aber sie habe sich für eine mäßige Zollerböschung auf Garne entschieden, wie sie die Vorlage biete.

Reichhans tritt für Zollfreiheit ein und führt die Ziffern der Aus- und Einfuhrzölle an. Die Arbeiter haben von den Zöllen keinen Nutzen; als die Zölle sehr hoch standen, stiegen die Löhne nicht, sondern blieben sehr niedrig. Der deutsche Markt sei noch sehr aufnahmefähig für die in Frage stehenden Produkte, denn die beteiligten Industrien entwickeln sich schnell und stark. Es liege in deren Interesse, daß die Halbfabrikate nicht verteuert werden; speziell die Planenindustrie in Thüringen, deren Hauptziel Fühndel ist, und die eine Jahresproduktion von 15 Millionen Mark aufzuweisen hat, würde diese Verteuerung schwer empfinden.

Sächsischer Bundesbevollmächtigter v. Seyger erklärt, die bayerische Regierung sehe auf denselben Standpunkt wie die sächsische. In der Abstimmung wird der Antrag Müller-Julda bezüglich der Textänderung angenommen. In 418 werden die Zollsätze im Antrag Müller-Julda 3,60, 4 und 24 M. angenommen. Dasselbe wiederholt sich für Position 419, die Zollsätze betragen 6, 14 und 24 Mark. Position 420 wird nach dem Antrag Müller-Julda im Text geändert, die Zollsätze bleiben die in der Vorlage, ebenso in Position 421. In Position 422 wird der Zollsatz von 10 auf 9 M. herabgesetzt, im übrigen die Vorlage angenommen mit der Textänderung Müller-Julda; in Position 423 wird der erste Satz von 14 auf 13 M. herabgesetzt, im übrigen die Vorlage mit gleicher Textänderung angenommen.

Position 424, Garn aller Art aus Wolle, gemischt, in Aufmachungen für den Einzelverkauf; 36 M. Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit.

Vandert begründet diesen Antrag. Die Motive des Entwurfs entsprechen den Thatsachen nicht. Kleinindustrie, Hausarbeit, Zwischenmeister geben nicht nur drei- und mehrdrätige Garne ab. Die Webstube in der Hausarbeit würde benachteiligt. In der Web- und Webwaren-Industrie giebt es Ergänzungsarbeiten, für die sich die Arbeitenden Garn in Aufmachung zum Einzelverkauf kaufen müssen; sie werden also hart durch den Zoll betroffen. Die Preiserhöhung läme vielfach nur Zwischenhändlern zu gute. In England kommt bei der Verteuerung gewisser Garne, die hier in Frage stehen, sogar das Klima, die Feuchtigkeit der Luft zc. mit in Betracht; die Garne erhalten dadurch die besondere Beschaffenheit, die sie für uns unentbehrlich machen. Brömel beantragt, Position 424 zu streichen. Der Antrag wolle nur die Erhaltung des bisherigen Zustandes, die Gründe des Vorredners bitte er zu beherzigen.

Scheimrat v. Henle erklärt, daß nach den Informationen der Regierung in der Weberei Garn in Einzelaufmachungen fast gar nicht benötigt werde; auch in der Hausarbeit werde der Bedarf gering sein.

Grünberg hebt hervor, daß wenn die Saison in einzelnen Branchen niedersteht, Arbeiter nach jeder Richtung Hilfe suchen und kleine Arbeiten selbständig machen; sie werden dann schwer betroffen. Der Verbrauch zu häuslichem Bedarf werde ebenfalls getroffen.

Förster-Sachsen wendet sich gegen den Antrag auf Zollfreiheit. Die Position wird nach der Vorlage angenommen.

Die Positionen 425-429 werden zur Beratung verbunden. 425: Fußboden-Teppiche aus gefärbten oder ungefärbten Garnen, auch aus Tuchen geflochten, 24 M.; 426: andre, geknüpft, 200 M., gewebt, 100 M. 427: dichte Gewebe für Möbel- und Zimmerausstattung, im Stück als Meterware eingehend, von mehr als 200 Gramm auf einen Quadratmeter Gewebefläche, 175 M., von 200 Gramm oder weniger zc., 250 M.

Position 428, abgepaßt (als Vorhänge, Bilder, Decken zc.) im gleichen Gewicht wie in 427-250 resp. 350 M.; 429, Sammet und Plüsch, ungemustert oder nur durch Pressen gemustert 150 M., in anderer Weise als durch Pressen gemustert 200 M.

Die Sozialdemokraten beantragen Zollfreiheit. Müller-Julda beantragt zu Nr. 427 - 185 resp. 220 M.; zu 428 - 165 resp. 250 M.; zu 429 - 150 M.

Stadthagen begründet den Antrag auf Zollfreiheit. Sahn beantragt zu 426 den Zoll auf gewebte Teppiche von 100 auf 24 M. herabzusetzen. Die Ausfuhr gewebter Teppiche erfordere diese Herabsetzung.

Die Positionen 425 und 426 werden nach der Vorlage angenommen. Zu Position 427, 428 und 429 werden die Anträge Müller-Julda angenommen.

Schluß der Sitzung 2 Uhr. Nächste Sitzung Montag 9 Uhr.

Prozeß Jacobi-Bernhard.

Zum drittenmale begann heute vor dem hiesigen Schöffengericht die Verhandlung in dem bekannten Prozeß des Stadtverordneten Leopold Jacobi wider den Schriftsteller Georg Bernhard und den Stadtrathen Hermann Lewinski wegen Verleumdung aus § 188 St.-G.-B.

Den Vorsitz führt diesmal Gerichtsassessor Geißeler. Dem Privatkläger stehen Justizrat Cassel (an Stelle des durch den Leipziger Hauptprozeß verhinderten Justizrats Dr. v. Gordon) und Rechtsanwalt Senff zur Seite. Der Angeklagte Georg Bernhard wird von den Rechtsanwälten Wolfgang Feine und Hugo Caro, der Angeklagte Lewinski vom Rechtsanwalt Morris vertreten.

Es sind wieder etwa 50 Zeugen geladen, unter ihnen Oberbürgermeister Richter, Stadtbaurat Krause, Magistratsassessor Alberti, Ober-Verwaltungsgerichtsrat Meßbrin, Stadtverordnete Dr. Langerhans, die Stadtverordnete Hugo Sahn, Dr. Preuß, Heilmann, Wittkowski, Roseno, Vamberger, Barth u. a. Als Sachverständige sind zur Stelle: Die Herren Joseph Friedländer, Gustav Wendig und Hermann Nagel.

Es fehlt der Kommerzienrat Bland-Elberfeld, der von den Verteidigern der Angeklagten als Zeuge darüber benannt war, daß dem Privatkläger Jacobi nach Verabredung in den für die Filialen bestimmten Posturen höhere Preise berechnet worden seien, als er selbst zu zahlen hatte. Kommerzienrat Bland, der vor kurzem auf Antrag der Verteidigung geladen worden ist, hat brieflich erklärt, von seiner Vernehmung Abstand zu nehmen, da es ihm bei der Kürze der Zeit nicht möglich gewesen sei, die Feststellungen, die sich auf 7-8 Jahre zurückliegende Dinge beziehen, zu treffen. Die Verteidiger erklären, daß sie auf Herrn Bland unter keinen Umständen verzichten können, die Vertreter des Privatklägers erwidern, daß sie dasselbe Interesse an der Vernehmung des Zeugen haben und der Gerichtshof vielleicht, den Zeugen Bland sofort telegraphisch zu laden.

Justizrat Cassel betont, daß es der dringende Wunsch des Privatklägers sei, die Sache nicht etwa zum drittenmale zur Verhandlung gebracht zu sehen. Rechtsanwalt Feine erwidert, daß derselbe Wunsch auch bei den Angeklagten obwalte. Der Vorsitzende ersucht vor Eintritt in die Verhandlung beide Parteien, möglichst jede Bereitwilligkeit zu vermelden. Aus der Feststellung der Personalien ergibt sich, daß der Angeklagte Lewinski einmal wegen Verleumdung mit 50 M. Geldstrafe, ein zweites Mal vor etwa 7 Jahren wegen Verleumdung (mit antisemitischem Hintergrund) zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt worden ist. Der Angeklagte Bernhard ist unbestraft; ein ihm von dem Richter-Verurteilungsurteil Verweis ist noch nicht rechtskräftig; der Angeklagte bereitet ein Wiederaufnahme-Verfahren vor.

Die Dinge, um die es sich handelt, sind im allgemeinen aus früheren Verhandlungen bekannt. Bernhard hat am 7. Oktober v. J. in der „Welt am Montag“ einen Artikel unter der Spitzmarke „Der Gemeindefiskus“ veröffentlicht. Darin wurden angebliche Mißstände in der städtischen Verwaltung recht scharf besprochen und angeklagt der bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen mitgeteilt, daß über den zur Wiederwahl stehenden Stadtverordneten Jacobi schon seit längerer Zeit so bedenkliche Gerüchte umschwirren, daß einige Stadtverordnete infolge dessen den Verkehr mit ihm meiden. Die Gerüchte bezogen sich auf inoffizielle Art, durch welche Jacobi seine Filialisten pekuniär geschädigt habe, auf die Behauptung, daß er mit Wucherern in Verbindung stehe zc. Jacobi sei gerade der Mann, der den Kapitalismus und dessen Einfluß auf die Stadtverordneten-Versammlung repräsentiere, der großen persönlichen Einfluß habe, der Großen Berliner Straßenbahn stets die Stange gehalten, dann infolge ganz eigentümlicher verwandtschaftlicher Verhältnisse plötzlich für die Rebernahme der Siemens u. Halske'schen Bahn eingetreten sei zc.

Angkl. Bernhard bekennt sich zur Verfälschung des Artikels, giebt auch auf Befragen des Rechtsanwalts Senff zu, daß er auch noch einen andern Artikel unter der Ueberschrift „Herr Jacobi und seine Leute“ geschrieben und daß er zu der gleichen Zeit seiner Thätigkeit bei der „W. a. M.“ Handelsredakteur bei der „Berl. Jg.“ und der „Berl. Morgenpost“ war und Artikel für andre Zeitschriften, wie „Socialist. Monatshefte“, die „Zukunft“ zc. lieferte.

Angelagter Lewinski bestritt, etwas anderes gethan zu haben, als daß er die betreffende Nummer der „W. a. M.“ einigen Kunden gezeigt habe.

Auf die von Lewinski erhobene Widerklage erklärt Herr Jacobi, er bestritt die Behauptung, daß er gesagt habe: der Artikel rühre wahrscheinlich von einem Manne her, der seiner Zeit wegen Unehrlichkeit aus seinem Geschäft entlassen worden sei.

Die hierauf beginnende Beweisaufnahme erstreckt sich zunächst auf die in dem Artikel behaupteten Gerüchte. Der frühere Stadtverordnete Dr. Ginsberg bekundet: Er entsinne sich, daß seiner Zeit solche Gerüchte über Herrn Jacobi umschwirren, deren Sinn war, daß Jacobi sich einer unständigen Handlungsweise gegen Filialisten schuldig gemacht habe. Es sei dabei der Fall Jacobi genannt worden. Die Frage, ob noch andre Namen in Verbindung mit den Gerüchten genannt worden, verneint der Zeuge. — Auf Befragen des Rechtsanwalts Caro erklärt der Zeuge: Er habe den Verkehr mit Jacobi eingeschränkt, einerseits dieser Gerüchte wegen, andererseits weil ihm Jacobi persönlich nicht sympathisch war. Sein (des Zeugen) Schwiegervater Wolff habe ihm gesagt, daß er mit ihm eine geschäftliche Differenz gehabt habe. — Privatkläger Leopold Jacobi: Ein Verkehr zwischen ihm und dem Zeugen habe überhaupt nicht stattgefunden, er konnte also auch nicht eingeschränkt werden. Nach dem Tode des Schwiegervaters des Zeugen sei der Zeuge Ginsberg zu ihm gekommen und die angeregte Differenz sei in einer Minute erledigt gewesen.

Herr Jacobi und seine Leute

Der nächste Zeuge ist der Stadtverordnete Rosenow: Er wisse, daß wiederholt Gerüchte herumschwirren, nach denen Jacobi sich in Bezug auf seine Geschäftsführung und in seinem Verkehr mit seinen Filialisten habe Unregelmäßigkeiten zu Schulden kommen lassen. Es sei namentlich der Fall Jacobi besprochen und behauptet worden, daß Jacobi schließlich ein großes Schweigegeld erhalten habe. Solche Gerüchte seien auch schon früher als 1901 aufgetaucht, er habe solches beispielsweise auch vom Stadtverord. Kallisch gehört. Diese Dinge seien auch in der Fraktion des Zeugen wiederholt besprochen worden. — Vorf.: Sind diese Gerüchte im Jahre 1901 etwa deshalb mit besonderer Intensität wieder aufgetaucht und kolportiert worden, um den Stadtver. Jacobi politisch tot zu machen? — Zeuge: Das kann ich nicht sagen. Wahrscheinlich wird darüber angefragt der bevorstehenden Wahlen mehr gesprochen worden sein, als früher.

Der nächste Zeuge Stadtverordneter Rosenow:

Er wisse, daß wiederholt Gerüchte herumschwirren, nach denen Jacobi sich in Bezug auf seine Geschäftsführung und in seinem Verkehr mit seinen Filialisten habe Unregelmäßigkeiten zu Schulden kommen lassen. Es sei namentlich der Fall Jacobi besprochen und behauptet worden, daß Jacobi schließlich ein großes Schweigegeld erhalten habe. Solche Gerüchte seien auch schon früher als 1901 aufgetaucht, er habe solches beispielsweise auch vom Stadtverord. Kallisch gehört. Diese Dinge seien auch in der Fraktion des Zeugen wiederholt besprochen worden. — Vorf.: Sind diese Gerüchte im Jahre 1901 etwa deshalb mit besonderer Intensität wieder aufgetaucht und kolportiert worden, um den Stadtver. Jacobi politisch tot zu machen? — Zeuge: Das kann ich nicht sagen. Wahrscheinlich wird darüber angefragt der bevorstehenden Wahlen mehr gesprochen worden sein, als früher.

Bezirksvorsteher Leop. Baumann:

Er sei Deputierter der Einkommensteuer und als solcher mit einem Schneider Lubaczel beschäftigt gewesen. Bei der Durchsicht von dessen Büchern habe er den Namen Jacobi vorgefunden und dabei erinnerte er sich, daß der Name Jacobi den Mittelpunkt von Gerüchten über Jacobi bildete, die auch ihm schon bekannt waren. Da er beständig fand, daß es sich um denselben Jacobi handelte und er ferner hörte, daß es dem Manne schlecht gehe, so habe er erwoogen, ob man für ihn nicht irgend etwas thun könne. Jacobi sei eines Tages bei ihm erschienen und habe ihm dann im Gespräch seine Beschwerden über Jacobi mitgeteilt. Er erzählte im allgemeinen, daß er als Filialist von Jacobi zu hoch fakturiert worden sei und schließlich von ihm eine Abfindungssumme erhalten habe. Er habe ihm gesagt, daß, wenn dies der Fall sei, es Leute gebe, die sich für ihn interessieren, es würde ja schließlich doch noch vielleicht etwas für ihn gethan werden können. Dies sei etwa vor 2 bis 3 Jahren gewesen, Jacobi habe auf ihn dabei einen körperlich zwar kranken, aber geistig ganz frischen Eindruck gemacht. Er habe ihm erzählt, daß Jacobi ihn übervorteile. Auf Befragen des Justizrats Cassel bestätigt der Zeuge, daß, als er Vorladung zu dem Termin erhalten habe, er einmal zu Herrn Jacobi gegangen sei. Der Grund dafür sei gewesen, daß er ein 63jähriger Mann sei und sich überzeugen wolle, ob es derselbe Jacobi sei, der ihn seiner Zeit aufgesucht habe. — Justizrat Cassel: Es ist doch merkwürdig, daß der Zeuge vor dem Termin zu Jacobi gegangen ist. Er konnte sich doch im Termin selbst über die Persönlichkeiten informieren. Ist der Zeuge nicht ein erbitterter Gegner des Herrn Jacobi? Hat er nicht ein gegen Jacobi gerichtetes Flugblatt bei der Wahl unterschrieben, in welchem ganz energisch gegen Jacobi Stellung genommen wird? — Zeuge Baumann: Er habe sich seit zehn Jahren nicht an den Wahlkämpfen irgendwie beteiligt. Bei der letzten Wahl habe er als Bezirksvorsteher ein Wahl-Flugblatt mit unterschreiben zu müssen gemeint. — Justizrat Cassel: Das Wahl-Flugblatt war unterschrieben: Die unbefoldeten Kommunalbeamten des Wahlbezirks Nr. 1. Ist es dem Zeugen nicht bekannt, daß es über 600 unbefoldete Kommunalbeamte dieses Wahlbezirks giebt? — Zeuge: Das weiß ich nicht. — Justizrat Cassel: Obgleich Sie Bezirksvorsteher sind? Halten Sie es für recht loyal, das Wahlflugblatt mit „die unbefoldeten Kommunalbeamten“ zu unterschreiben? — Rechtsanwalt Senff: Hat der Zeuge Herrn Bernhard das Material zu seinem Artikel gegeben? — Präsi.: Sie können die Antwort auf diese Frage verweigern. — Zeuge Baumann: Dann lehne ich die Antwort ab. — Rechtsanwalt Senff: Der Privatkläger giebt zu, daß ihm schon länger als seit 3 Monaten bekannt ist, daß der Zeuge der Zwischenträger war, die Sache ist bezüglich seines also verjährt, er kann daher die Verantwortung der Frage nicht ablehnen. — Zeuge Baumann: Er habe mit dem Angkl. Bernhard eine einzige Unterredung gehabt, in welcher über einen Fall des

Schneiders Zimmermann

gesprochen wurde. Bis dahin habe er den Angeklagten B. nicht gekannt. — Rechtsanwalt Senff behauptet, daß in einer Wahlversammlung der Rechtsanwalt Sahn den Zeugen Baumann aufgefordert habe, am Vorstandstisch Platz zu nehmen, Zeuge Baumann habe dies aber abgelehnt mit den Worten „Rein, da nehme ich nicht Platz! Heute beginnt der Tag der Rache!“ — Zeuge Baumann bestreitet dies.

Auf Befragen des Rechtsanwalts Caro soll sich der Zeuge Baumann noch näher über den Fall des Schneiders Zimmermann äußern. Er bekundet: Er sei auch mit dem Schneider Zimmermann in seiner Eigenschaft als Deputierter der Einkommensteuer in Verbindung gekommen. Dieser habe ihm gesagt, daß es ihm traurig gehe, und daß er durch Jacobi geschädigt worden sei. Er habe ihm dann eine lange Geschichte erzählt, wonach Jacobi ihm in wucherischer Weise Wechsel diskontiert habe, daß er ihm verlegte Ware und oft statt ein Stück zwei Stücken geliefert habe. Er Zeuge, habe ihm dann gesagt, er solle ihm das alles schriftlich mitteilen. Darauf habe ihm Zimmermann einen Brief geschrieben, der von ihm an einen gewissen Sohn und von diesem an den Stadtverordneten Rechtsanwalt Margauff gegeben worden sei.

Rechtsanwalt Senff: Hat der Zeuge von diesem Briefe dem Angeklagten Lewinski gegenüber Gebrauch gemacht? — Zeuge Baumann: Lewinski kam öfter in geschäftlichen Angelegenheiten zu mir, ich weiß nicht, ob ich mit ihm über Jacobi und Zimmermann gesprochen habe. — Privatkläger Jacobi: Der Zeuge sagt, er sei einmal bei Jacobi gewesen. Sollte es nicht mehrermale gewesen sein? — Zeuge: Nein. — Jacobi: Die Vernehmung des Zeugen von dem

Tag der Rache

Zeuge, wie feindlich ihm der Zeuge gestimmt sei. Er habe dem Zeugen Baumann seiner Zeit einmal einen Dienst geleistet, der demselben so wertvoll gewesen sei, daß er ihm gesagt habe, er werde ihm diesen dankenswerten Dienst zeitweilen nicht vergessen. Zwei Jahre später habe der Zeuge Baumann versucht, für die Stadtverordneten-Versammlung zu kandidieren, es sei aber Herr Wendt ihm vorgezogen worden und von da an datiere Herr Baumanns Gefühlsgehalt gegen ihn. — Zeuge Baumann: Er habe keine persönlichen Rachegefühle gegen Jacobi.

Der nächste Zeuge ist der Stadtverordnete Margauff.

Dieser erklärt auf Befragen, daß fortgesetzt auch in Stadtverordnetenkreisen allerlei böse Gerüchte über Herrn Jacobi umschwirren, die die Fälle Jacobi und Zimmermann betreffen, inoffizielle Geschäftsmanipulationen des Stadtver. Jacobi im Auge hatten und auch dessen Stellungnahme zu verschiedenen Fragen der städtischen Verwaltung, zu der Straßenbahn, der Siemens u. Halske'schen Bahn zc. betrafen. Solche Gerüchte seien nicht erst zur Wahlzeit im Jahre 1901 aufgetaucht, sondern schon im Jahre 1890 durch einen in der „Berliner Jg.“ und dem „M. Journ.“ erschienenen Artikel. Er habe einen Verleumdungsprozeß mit Jacobi gehabt und in dem Termin habe ein anwesender Verwandter Jacobis, Namens Sternberg, ihm bei dieser Gelegenheit eine Geschichte bestätigt, die ihm schon früher zu Ohren gekommen sei. Danach soll Herr Jacobi, als er noch Angeklagter bei Gebr. Simon gewesen, sich einer Unregelmäßigkeit schuldig gemacht haben. — Justizrat Cassel und Rechtsanwalt Senff protestieren entschieden gegen Berechnung unkontrollirbarer Geschichten, die sich auf eine etwa dreißigjährige Vergangenheit beziehen. Es sei nicht abzusehen, wozu dies führen solle. Hier werde wieder etwas ganz willkürlich behauptet und es bestrehe die einfache Thatsache, daß Herr Jacobi einen Verwandten Namens

Sternberg gar nicht kenne.

Die Verteidiger erklären, daß er bald zur Stelle sein werde. Sie nennen einen in Pooditz wohnenden Mann Namens Sternberg.

oder Sternheim, der nun geladen werden soll. Die Aussage des Zeugen Marggraf giebt zu zahlreichen Zwischenfragen und Einwürfen des Justizrats Cassel und Rechtsanwalts Senff Anlaß und es folgen lebhafteste Erwidrerungen der Rechtsanwalte Heine, Caro und Morris sowie des Angeklagten Bernhard.

Auf weiteres Befragen bekundet Zeuge Marggraf: Er sei allerdings ein Kommunalpolitiker Gegner des Privatklägers. Er habe über die umherstreifenden Gerüchte Nachrichten anzustellen für seine Pflicht gehalten, da er der Meinung war, daß wenn etwas davon sei, Jacobi nicht eine so einflussreiche Stellung in der städtischen Verwaltung einnehmen dürfe. Persönlich habe er auch den Eindruck gehabt, daß er in unwahrhafter Weise vorgebe, dem er habe einmal etwas „auf sein Ehrenwort“ versichert und er (der Zeuge) glaube, ihm nachgewiesen zu haben, daß er sein Ehrenwort gebrochen.

Er habe dann auch verschiedentlich erklärt, daß er mit einem Namen, der sein Ehrenwort gebrochen und über den solche schlechten Gerüchte umherstreifen, nicht mehr verkehren könne.

Privatkläger Jacobi protestiert gegen diese Bemerkungen. Was der Zeuge von der Ehrenwortsaftaire gesagt, sei natürlich nicht wahr. Ebenso unwahr sei die angebliche Geschichte, die aus der Zeit datiere, als er noch erster Angestellter der Firma Gebrüder Simon gewesen sei, das heißt, im Jahre 1871. Mit den Inhabern der Firma sei er noch heute befreundet. Was den „Verkehr“ mit Herrn Marggraf betrifft, so könne er nur sagen: er habe nie mit demselben „verkehrt“, denn Herr Marggraf nehme eine ganz isolierte Stellung ein; er nehme sich liberal und stimme immer mit den Socialdemokraten.

Zahlreiche Fragen der Sachwalter des Privatklägers, die wieder zu lebhaften Auseinandersetzungen mit den Verteidigern führen, betreffen die Frage, ob der Zeuge Marggraf dem Angeklagten Bernhard den

#### Stoff zu dem Artikel

geliefert habe. Er erklärt, daß Bernhard zwei Tage vor dem Erscheinen des Artikels sich telephonisch mit ihm in Verbindung gesetzt, ihn besucht, und ihn gefragt habe, ob und was er von den Gerüchten über Jacobi wisse. Herr Bernhard habe sich dabei nicht etwa von ihm unterrichten lassen, sondern habe ihm den Inhalt der Gerüchte vorerzählt und ihn einfach gefragt, ob ihm etwas davon zu Ohren gekommen sei.

Privatkläger Jacobi behauptet: Gegen den Zeugen Marggraf habe ein Vorverfahren wegen Anstiftung zur Beleidigung geschwebt und da habe er angefragt, daß er Herrn Bernhard sein Material gegeben und von diesem erst nach dem Erscheinen des Artikels ausgeklärt worden sei. — Zeuge Marggraf: Er habe bei seiner Aussage, die er auf eine plötzliche Vorladung gemacht habe, es im Ungewissen gelassen, ob es zwei Tage vor oder nach Erscheinen des Artikels gewesen sei. Er habe sich damals auf eine Andeutung seines Bureauvorstehers gestützt, jetzt aber habe er die Sache inzwischen näher überdacht.

Rechtsanwalt Senff behauptet: der Zeuge habe im Vorverfahren überhaupt abgelenket, dem Angekl. Bernhard irgend welche Mitteilung gemacht zu haben.

Die sofort herbeigebrachten Akten ergeben, daß der Zeuge in dem Vorverfahren gesagt hat: er bestreitet, Herrn Bernhard angestiftet oder ihm Material gegeben zu haben. Wenn ich nicht irre, habe ich Herrn Bernhard erst nach Erscheinen des Artikels kennen gelernt.

Vorl.: Es ist doch etwas auffallend, daß wenn jemand am Sonnabend zu mir kommt und am Montag einen Artikel über die mit mir besprochenen Dinge bespricht, ich mich nicht genau bestimmen sollte, wann es gewesen ist, ob vor oder nach dem Erscheinen des Artikels.

Zeuge Marggraf verweist auf seine vorherige Erklärung hierüber.

Zeuge Dr. Langerhans bekundet auf Befragen: Die Gerüchte, die kurz vor der Wahl im Jahre 1901 über Herrn Jacobi umliefen, habe er für verkehrsmäßig gehalten und ihnen persönliche keine Bedeutung beigelegt. Vorher seien ihm solche Gerüchte nicht bekannt geworden, er entsinne sich auch nicht, den vor mehreren Jahren erschienenen Artikel der „Berl. Zig.“ oder des „N. Journal“ gelesen zu haben.

Angekl. Bernhard: Der Stadtverordneten-Vorsteher habe seiner Zeit Gelegenheit genommen, in einer öffentlichen Versammlung energisch gegen ihn Stellung zu nehmen und dabei von „Verleumdungen“ zu sprechen. Er möchte wissen, ob er etwas gethan habe, um die den Gerüchten zu Grunde liegenden Thatsachen festzustellen.

Justizrat Cassel protestiert gegen solche Fragestellung, die mit der Anklage selbst nichts zu thun habe.

Zeuge Dr. Langerhans entsinnt sich nicht, in jener Versammlung von Verleumdung gesprochen zu haben. Er sei persönlich von der Integrität des Privatklägers stets überzeugt gewesen und sei es noch. Für ihn seien alle derartigen schlechenden Gerüchte, die sich an einen Menschen herannahen, ohne bewiesen zu werden, Verleumdungen.

Rechtsanwalt Morris: Es handle sich doch nicht um herum-schleichende Gerüchte, sondern um Artikel, die in zwei Zeitungen erschienen seien.

#### Rechtsanwalt Caro: In welchen Beziehungen steht Dr. Langerhans zu dem Privatkläger?

In freundschaftlichen oder geschäftlichen? — Dr. Langerhans: In freundschaftlichen, aber nicht geschäftlichen. — Rechtsanwalt Caro: Dann möchte ich doch fragen, ob nicht der Sohn des Zeugen ein Gut hat und nicht auf diesem Gut eine Hypothek des Privatklägers Jacobi steht?

Justizrat Cassel und Rechtsanwalt Senff protestieren entschieden gegen eine solche Fragestellung, die doch mit der Frage, ob Herr Jacobi von Herrn Bernhard beleidigt worden ist, gar nichts zu thun habe. Es erhebt sich über diese Frage eine lebhafteste Debatte zwischen beiden Parteien, in welcher die Verteidiger Rechtsanwalte Morris, Heine und Caro den Standpunkt vertreten, daß von der Gegenseite persönliche Feindschaft bei einzelnen Zeugen besonders hervorgehoben worden sei, und daß es nun doch erlaubt sein müsse, auch auf die freundschaftlichen Beziehungen dieses Zeugen zu dem Privatkläger hinzuweisen.

Der Gerichtshof beschließt die Ablehnung der Fragestellung. Selbst wenn nähere Beziehungen zwischen dem Zeugen und dem Privatkläger bestehen sollten, so glaube das Gericht doch nicht, daß der Zeuge aus diesem Grunde etwas Unrichtiges bekunden würde. Dr. Langerhans wird hierauf entlassen.

Der folgende Zeuge, Bankier Daniel, wird zunächst vom Vorsitzenden darüber befragt, ob er von irgend welchen Gerüchten wisse, welche über den Privatkläger Jacobi umliefen. Der Zeuge erklärt, daß er davon nichts wisse. Auf Befragen des Rechtsanwalts Senff erklärt der Zeuge, daß er einmal nach einer Versammlung betreffs der Stadtverordnetenwahlen den Beklagten darüber befragt habe, ob er denn für seine in dem Artikel in der „Welt am Montag“ über Jacobi aufgestellten Behauptungen den Wahrheitsbeweis antreten könne. Bernhard habe ihm erwidert: „Ich habe ja meine Vorderleute und Ihnen kann ich sie ja nennen, es sind der Stadtverordnete Marggraf und der Bezirksvorsteher Baumann. Der Beklagte habe noch hinzugefügt: Wenn meine Vordermänner alles abgeschrieben, kommt es natürlich anders.“ Der Beklagte Bernhard behauptet, daß der Zeuge einmal zu ihm gesagt habe: „Hören Sie mal, die Sache mit Siemens u. Halske ist doch unerhört, die möchte doch mal zur Erörterung gebracht werden.“ — Der Zeuge bestreitet, eine solche Äußerung gethan zu haben, er habe im Gegenteil seiner Empörung darüber Ausdruck gegeben, daß ein solcher Artikel in der „Welt am Montag“ veröffentlicht würde und zwar wenige Wochen vor der Stadtverordnetenwahl. — Rechtsanwalt Heine: Haben Sie nicht den Beklagten Bernhard auf die Geschäftsverbindung zwischen

#### Jacobi und dem Bankier Modner

aufmerksam gemacht? — Zeuge: Nein. — Beklagter Bernhard: Hatte der Zeuge nicht den Eindruck, daß meine Mitteilungen Ihnen

gegenüber vertraulicher Natur seien? Ich konnte doch unmöglich annehmen, daß der Zeuge, nachdem er mich ausgesperrt hat, nachher zur Gegenpartei laufen würde. — Rechtsanwalt Senff: Durch diese Unterstellung hat der Beklagte seine Befugnisse weit überschritten; ich beantrage, ihn deshalb in eine Ordnungsftrafe zu nehmen. — Rechtsanwalt Heine: Ich muß gestehen, es ist mir neu, daß ein Rechtsanwalt im Gerichtssaale gegen eine der Parteien eine Ordnungsftrafe beantragt, aber in diesem Prozesse ist ja schon so mancherlei Wunderbares vorgekommen. Ich möchte den Zeugen aber fragen, ob er nicht bei seiner Unterhaltung mit Bernhard etwas aus ihm herausgehört hätte. — Zeuge: Nein.

Nach einer Pause wird über die Angelegenheit Jackst verhandelt. Dieser ist wegen seines kranken Zustandes kommissarisch in seiner Wohnung vernommen worden, doch hatten seine Aussagen ein wesentlich negatives Resultat.

Die Rechtsanwalte Caro und Heine geben anheim, ob es noch weiterer Behandlung des Falles Jackst bedürfe. Rechtsanwalt Heine erklärt, rückhaltlos anzuerkennen, daß die Vernehmung des Jackst ein wesentlich negatives Ergebnis gehabt habe. — Den Vertretern des Privatklägers genügt dies nicht; sie erklären, daß sie eine volle Aufklärung des ganzen Falles zu Gunsten des Privatklägers haben wollen und auf eine weitere Beweisaufnahme nicht verzichten können, so lange die Gegenpartei nicht klipp und klar erklärt: sie lasse die Behauptung, daß Herr Jackst von Herrn Jacobi überverteilt sei, fallen.

Auch über diesen Punkt kommt es zu äußerst lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Parteien, die damit enden, daß die Beweisaufnahme über den Fall Jackst fortgesetzt wird.

#### Der Kaufmann Benjamin Löwenberg,

#### Schwager des Herrn Jackst,

hat seiner Zeit von letzterem wiederholt Bescheidungen darüber gehört, daß er sich durch Jacobi überverteilt wähnte. Er hat deshalb für seinen Schwager Vermittlungsverhandlungen mit Herrn Jacobi geführt, damit der Schwager für die behaupteten Verluste schadlos gehalten werde. Schließlich ist es dazu gekommen, daß Herr Jacobi dem Jackst einen Nachlaß von 40 000 M. gewährt hat. Die Einzelheiten der Vermittlungsverhandlungen sind, da der Zeuge mit sehr leiser Stimme spricht, absolut nicht zu verstehen. Es geht aus den Aussagen des Zeugen hervor, daß sein Schwager bei seinen Inventuren die Lagerbestände im Werte zu hoch aufgenommen habe, dafür aber allein die Schuld trage. Er habe aber Herrn Jacobi moralisch für verpflichtet gehalten, ihm die daraus entstandenen Verluste zu erlegen und schließlich sei dann der Nachlaß von 40 000 M. zugestimmt worden. Später habe Herr Jackst accorziert und es hat dann nochmals ein Schuldnachlaß stattgefunden, außerdem hat Herr Jacobi nochmals bar 10 000 M. an Jackst gegeben. Der Zeuge erklärt, daß er nicht wissen könne, ob die Verdächtigungen, die sein Schwager gegen Jacobi vorgebracht, auch tatsächlich berechtigt waren. Der Grundgedanke der Verdächtigungen sei immer der gewesen, daß ihm Jacobi die Waren zu höheren Fakturenpreisen angedreht habe, als die wirklichen Original-Fakturenpreise betragen. — Privatkläger Jacobi bestreitet nachdrücklich, daß es sich bei den 40 000 M. um irgend welches Schweigegehalt gehandelt habe.

Es werden noch eine Anzahl Zeugen über die Behauptung der Ueberschuldung des Herrn Jackst vernommen.

Zeuge Bernhard Levy aus der Michaelstrasse ist früher Filialist des Privatklägers gewesen und dann mit seinem Bruder selbständig geworden. Er hat einmal einen Prozeß gegen Herrn Jacobi auf Rechnungsgeldung angestrengt, da er sich damals für überverteilt hielt. Er habe damals erfahren, daß — was damals allgemein gesagt wurde — Jackst ein sehr hohes Schweigegehalt erhalten habe, und da habe er gedacht, daß er wahrscheinlich in ähnlicher Weise überverteilt worden sei. Er müsse aber erklären, daß es ihm nachher leid gethan habe, die Klage angestrengt zu haben, denn tatsächlich habe er gar keinen realen Untergrund für solchen Verdacht gehabt. Er habe dies gethan zu einer Zeit, als er mit Jacobi wegen der Retourwaren in Differenz geraten war. — Rechtsanwalt Heine: Hat der Zeuge nie erlebt, daß Herr Jacobi sich hinter Herrn Confititionen ausbehalten habe, die über das hinausgingen, was er den Filialisten anrechnen durfte. — Rechtsanwalt Caro: In den Informationen, die der Zeuge dem Rechtsanwalt Hahn zu seiner Klageschrift gegeben, stehen doch so viele Specialien, die sich der Zeuge doch unmöglich aus den Fingern gelogen haben könne. In der Klage werde beispielsweise direkt behauptet, daß der Kläger Stammgast von der Firma Ervinghaus begogen habe und in der Faktura 15 Pf. pro Meter zu hoch angerechnet worden sei. Auf seine Anfrage habe er, wenn er sich nicht irre, den Bescheid erhalten, daß der Inhaber der Firma M. Siller u. Co. bestimmt habe, daß 15 Pf. mehr auf der Faktura abgerechnet werden, dies Abkommen aber geheim gehalten werden sollte. Anherdem sind in der Klage etwa 15 Fabrikanten bei Namen genannt worden mit der Behauptung, daß bei diesen ähnliche Dinge vorgekommen seien. Wie sei es denn wohl möglich, daß sich jemand so etwas aus den Fingern laugen könne, ohne tatsächlichen Hintergrund. — Der Zeuge erklärt, nachdem ihm dies auch vom Vorsitzenden als unabweislich vorgehalten worden, daß er in der That keine realen Unterlagen habe.

Rechtsanwalt Heine: Nach dem Gange der Beweisführung glauben wir, auf weitere Beweisaufnahmen über diesen verdächtigen zu können. Ich trage kein Bedenken, hier zu erklären, daß aus der Beweisaufnahme mir die volle Ueberzeugung geworden, daß alles, was in Bezug auf diesen Fall durch Gerüchte weiter verbreitet worden, auf einer allerdings unverantwortlichen Handlungsweise des Herrn Bernh. Levy beruht. Ich bedauere auch, daß ich in voriger Sitzung den Verdacht ausgesprochen habe, daß dieser Zeuge wohl aus Eshnung für Herrn Jacobi Herrn Rechtsanwalt Hahn nicht von der Amtsverschwiegenheit entbinden wollte.

Justizrat Cassel: Die Erklärung des Rechtsanwalts Heine sei gewiß sehr loyal und er danke dafür, wenn aber von der Gegenseite nicht dieser Fall für vollständig aufgklärt erachtet werde, könne auf weitere Beweiserhebung nicht verzichtet werden.

Die Verteidiger ziehen sich mit dem Angeklagten zu kurzer Beratung zurück.

Nach ihrer Rückkehr erklärt Rechtsanwalt Heine: Die Verteidiger und die Angeklagten haben sich überzeugt, daß die Gerüchte, die in den Kreisen der Geschäftswelt, der Stadtverordneten-Verammlung und der Presse über geschäftliche Unregelmäßigkeiten des Privatklägers verbreitet worden, auf Erzählungen des kranken Jackst und deren Ausbeutung durch Bernhard Levy beruhen. Der Angeklagte Bernhard bedauert, daß er im Vertrauen auf die Nichtigkeit dieser Mitteilungen den Dingen näher getreten ist, er habe sich aber für verpflichtet gehalten, die Sache öffentlich zu erörtern. Er habe sicher in gutem Glauben gehandelt.

Justizrat Cassel: In Bezug auf den guten Glauben des einen oder andren Angeklagten können wir bindende Erklärungen noch nicht abgeben.

Auf die Ladung der Zeugen Zimmermann wird verzichtet. Angekl. Bernhard erklärt: Er habe im allerbesten Glauben die Beschuldigungen erhoben und stehe nicht an, sie zurückzunehmen, sobald er sich überzeugt habe, daß er nicht richtig informiert sei.

Hierauf wird die weitere Verhandlung auf Sonnabend vertagt. Es bleiben noch die städtischen Angelegenheiten, die der inkriminierte Artikel berührte, zu erledigen.

## Der Prozeß gegen die Leipziger Bank.

### 5. Verhandlungstag.

Aus Leipzig wird vom 20. Juni berichtet: Als Zeuge wird heute zunächst **Ulbert Wuthe** vernommen, vormals Prokurist der Leipziger Bank. In der Korrespondenz habe das Sekretariat nicht die Selbständigkeit gehabt, die allgemein angenommen worden.

Des weiteren wird **Adolf Bremser**, Buchhalter im Sekretariat der Leipziger Bank, vernommen. Er sagt aus, daß wichtige Treber-

conten vierteljährlich abgeschlossen wurden, und daß er für seine Abschlußbuchungen von Exner Instruktionen über Zinsen und Provisionen empfangen habe. In der Hauptsache habe er mit Exner verkehrt, aber nie mit Genßch über die Treberproduktion gesprochen.

Man kommt zum Protokoll vom 31. August 1898, in dem Mitteilungen über den Stand des Obligos der Treberproduktion durch die Direktion der Treberproduktion und über den Semesterebericht der Leipziger Bank durch die Direktion gegeben werden. Nach Ausweis der Revisionsprotokolle vom 20. August sind vorher sämtliche Obligos, Kontofortaleconten und Debitorenauszüge nachgesehen und ohne Beanstandung von der Obligo-Kommission gelassen worden.

Dann wird ein Brief von **Schmidt an Exner** verlesen, daß ihm vor der

#### böhmischen Gründung grane.

Er wolle am liebsten weitere Betriebsgebäude abwarten. Ein anderer Brief Schmidts ergänzt diese Ausführungen über **Wodnie**. In seiner Antwort sagt Exner, die Trebergesellschaft brauche wieder enorm viel Geld. Sie lasse täglich große Summen troffieren und erbe, nachdem sie erneut um Einstellung der Trassierung gebeten worden sei, große Barbeträge. Angesichts der gewaltigen Engagements in Aktienvorschüssen und z. B. unrealisierbaren Werten und der direkten und indirekten Conten sei es ganz ausgeschlossen, weitere große Summen zu gewähren, emerlet ob garantiert oder ungarantiert. Man könne einfach nicht weiter, und man sei sehr erfreut darüber, daß die Trebergesellschaft ohne Wissen der Bank an das böhmische Ministerium eine Million Gulden bezahlt habe. Exner fragt, wie die Trebergesellschaft eine Dividende bezahle und wie der Aufsichtsrat eine Verbindlichkeit aus der zweiten Emission registrieren lasse.

Der Vorsitzende stellt fest, daß die Trebergesellschaft in fünf Monaten 13 Millionen verbrannt habe.

Genßch will von den verlesenen Briefen zwischen Schmidt und Exner keine Kenntnis gehabt haben.

Ein weiterer Brief Schmidts motiviert die Ansprüche der Trebergesellschaft damit, daß die hohen Summen erst zurückfließen könnten, wenn die Werke laufen, und schlägt einen

#### neuen Feldzugsplan

vor. Er bedauere die Nervosität Exners und verspreche die vertrauliche Uebersicht des Entwurfs der Treberbilanz. Aus einer Reihe von Briefen von Schmidt und Exner weist der Vorsitzende die fortlaufenden Beziehungen beider nach und deutet auf ihr Zusammengehen in allen Trebertransaktionen hin.

Nach einer kurzen Mittagspause verliest der Vorsitzende auf Anregung des Staatsanwalts Dr. Weber eine Reihe von Briefen, unterzeichnet von Exner und Genßch, in chronologischer Reihenfolge über die Fortentwicklung des Trebergeschäfts sowie eine Anzahl Bilanzen. Alsdann gelangt ein Bilanzentwurf zur Sprache, der der Bank von der Trebergesellschaft unterbreitet worden ist.

Nach Ansicht des Sachverständigen Direktors Hermann hat sich die Bank darauf beschränkt, einfach die Zahlungsgruppierungen von Kasse entgegenzunehmen und sie mit verschönerter Hand überfächelt darzustellen, zu einer Zeit, als eine junge Aktienemission von 6 Millionen gemacht werden sollte. Hermann steht auf dem Standpunkte, daß der vorbereitete Bilanzentwurf schon in Anbetracht des ungeheuren hohen Obligos einer eingehenden Prüfung unterworfen werden sollen.

Darauf wird die Verhandlung auf morgen vormittag 9 Uhr vertagt.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

Wie beteiligen wir uns an der Landtagswahl? Ueber diese Frage wird Genosse Dr. Arons in einer am Dienstag nächster Woche in den Rathshäusern stattfindenden Versammlung des Wahlvereins für den ersten Kreis sprechen.

Vierter Wahlkreis (Südost)! Des schlechten Wetters wegen hat das zum letzten Sonntag angekündigte Frühkonzert nicht abgehalten werden können. Das Konzert findet nunmehr am nächsten Sonntag statt und zwar in den beiden Lokalen von **Judwig und Hohlwein** in Treptow, Köpenicker Landstraße. Die Parteigenossen werden ersucht, für zahlreiche Beteiligung zu agitieren; der Eintrittspreis beträgt nur 15 Pf. Die zum letzten Sonntag verausgabten Billets behalten ihre Gültigkeit.

Der socialdemokratische Wahlverein für Grünau hält heute abend 9 Uhr bei **Gerke**, Köpenickerstr. 88, seine Mitgliederversammlung ab. Gegenstand der Verhandlung wird auch die bevorstehende Gemeindevorsteherwahl sein. Es ist deshalb notwendig, daß die Mitglieder pünktlich und zahlreich erscheinen. Die Wahl findet Freitag, den 27. d. M., von 6 1/2—8 Uhr abends im Lokal von **Buchholz**, Friedrichstr. 27, statt.

## lokales.

Einen Einblick in die Geschäftsgebarung der Milchcentrale gewährt folgender Antrag, der von einer erheblichen Anzahl von Mitgliedern der Centrale zu der bevorstehenden Generalversammlung gestellt worden ist und noch immer neue Unterschriften findet: „Es wird beantragt: I. Der Vorstand wolle sofort eine Bilanz für die Zeit vom 1. Oktober 1901 mindestens bis zum 1. Mai 1902 anfertigen lassen und diese Bilanz im Druck den Genossen der Centrale noch vor der Generalversammlung zuzenden eventuell diese gedruckte Bilanz in der Generalversammlung vom 26. Juni 1902 an die Genossen verteilen und die Beschlußfassung über alle Anträge vertagen. II. Den Genossen der Centrale für Rückverwertung noch vor der Beschlußfassung über alle Anträge schriftliche Auskunft über folgende Punkte erteilen: 1. Wie viel Genossen haben der Centrale bereits gekündigt? Wie viel Milchabwertungen-Genossenschaften haben ihre Liquidation beschlossen? Wie viele die Anteile und Kasssummen ihrer eigenen Genossen nicht, den Beschläffen gemäß, auf das Rechnungserhöht? Welche Sicherheit ist vorhanden, daß in diesem Falle die erhöhten Anteile und Kasssummen von der Centrale erlangt werden können? 2. Beschuldigt die statutenmäßige Abgabe von 2 1/2 Pfennig pro Liter Vollmilch bei einer ganzen Anzahl von Genossen seitens des Vorstandes nicht eingefordert worden? Ist vom Vorstand verschiedenen Genossen der Centrale als Bedingung ihres Eintritts in die Centrale vertraglich die Befreiung von den statutenmäßigen Abgaben (2 1/2 Pf. pro Liter) zugesichert worden? Warum hat der Vorstand diese befreiten Genossen nicht von der Abstimmung in den Generalversammlungen ausgeschlossen, und so zugelassen, daß sie der großen Masse der Genossen Kosten auferlegten, zu denen sie selbst nichts beitrugen? 3. Fragen betreffend die maschinelle Einrichtung der Molkerei in der Schillingstraße. 4. Welches Quantum Milch ist von Genossen der Milchcentrale zum Preise von 1 1/2 Pf. an Milchhändler vertraglich abgegeben worden? Ist bei allen Verträgen dieser Preis innegehalten oder hat die Centrale einzelnen Genossen, besonders gewissen Molkereien, erlaubt, Milch auch unter dem Centralpreise von 1 1/2 Pf. zu vergeben? Hat die Molkerei Wölle jemals von ihrem Lieferungsquantum 2 1/2 Pf. selbst oder für Rechnung ihrer Lieferanten gezahlt? Ist diese Zahlung etwa infolge einer besonderen Vereinbarung zwischen dem Vorstande und der Molkerei Wölle unterblieben, die dahin geht, daß in Wahrheit Wölle die 2 1/2 Pf. ganz oder teilweise niemals zu entrichten hat? 5. Wie groß sind die Erträge des Milchverkaufes in Berlin? Wie viel betragen die täglichen Durchschnittsausgaben und Durchschnittseinnahmen der Milchläden bzw. der Milchwagen? Wie hoch sind die allgemeinen Kosten der Verwaltung, insbesondere die Gehälter? Man darf darauf gespannt sein, welche Erwidrerung der Vorstand der Milchcentrale den unabweisenden Fragen erwidern wird.“

Mit dem Bau der Brücke über die Ringbahn im Zuge der **Swinemünder- und Wellermannstraße** zur Ver-

Bindung des Gefundbrunnens mit dem Norden und Nordosten von Berlin soll in nächster Zeit begonnen werden. Der Bau dieser 111 Meter langen Brücke wird über eine Million Mark kosten und mehrere Jahre in Anspruch nehmen, bis sie ihren Zweck ganz erfüllt. Auf der Seite des Gefundbrunnens sind noch die Zufahrtsstraßen zu regulieren.

**Neue Schlafwagen** sind, einer Zeitungsnachricht zufolge, von der Internationalen Schlafwagen-Gesellschaft hergestellt worden. Sie bieten an Bequemlichkeit den zahlungsfähigen Eisenbahnpassagieren alles, was billigerweise zu verlangen ist. Nur an einem Scheitel die Gesellschaft auch bei der Herstellung der neuen Wagen nicht gedacht zu haben, nämlich an die Schlaflegenheit für das in dem Wagen angestellte Personal. Die Schlafwagen-Kondukteure haben in dem Wagen kein Dienststübchen; übermüdet sie der Schlaf, so müssen sie, gleichviel ob in Sommerhitze oder Winterkälte die Nacht auf dem Korridor zubringen. Matratzen, Kissen oder Decken der Gesellschaft dürfen sie bei Strafe der Entlassung nicht benutzen, ebenso ist ihnen das Schlafen in den Coupés, selbst wenn diese leer sind, untersagt. Dieser Zustand ist für die Angestellten wie für die Reisenden gleich unangenehm. Die Angestellten sind des Nachts auf dem Korridor der Wagen einer lebensgefährlichen Qual ausgesetzt; reisende Damen aber passiert es nicht selten, daß sie, wenn sie im Regal der Toilette anzufrischen, auf dem Korridor über einen schlafenden Beamten stolpern.

Auch die Schlafräume für das übrige Personal sind durchaus ungenügend. In dem Badwagen, der die Eborate und Getränke bringt, ist ein enger Raum, worin vier Klappbetten stehen, welche zu zweien übereinander liegen. Vier schlafen Oberkellner, Küchenchef, Küchenhilfen und noch ein Angestellter in ständiger Anwesenheit sechs Stunden lang; irgendwelcher Luftwechsel ist ausgeschlossen. Bei einem Eisenbahnunglück ist das derart eingepferchte Personal rettungslos verloren, da ein Entkommen durch die Fenster unmöglich ist. Sollte es zur Sicherung der Angestellten nicht möglich sein, die Witterung dieser Wagen durch Schieberfenster zu erhöhen? Im Schlaf sei noch bemerkt, daß die Angestellten der Schlafwagen-Gesellschaft gespannt sind, ob die Wohlthaten der Bundesratsverordnung betreffend die Ruhepause für das Personal im Gastwirts-Gewerbe auch auf sie Anwendung finden werden.

**Umtausch der alten Postwertzeichen.** Die Frist für den Umtausch der bis Ende März d. J. im Reichs-Postgebiet und in Württemberg gültigen Postwertzeichen gegen neue Postwertzeichen mit der Aufschrift „Deutsches Reich“ sollte mit Ende Juni ablaufen. Jetzt ist diese Frist, der „Dtsch. Verh.“ zufolge, bis Ende Dezember d. J. verlängert und es ist gleichzeitig bestimmt worden, daß die noch mit alten Postwertzeichen vorfindenden Sendungen von den Postanstalten nicht in der Beförderung aufgehalten und auch nicht mit Nachtaxe belegt werden sollen. Besonders erheblich wird die von den Postanstalten dadurch auferlegte Mängelverwaltung über nicht sein, da der Umtausch der alten Postwertzeichen in der Hauptsache doch bis Ende Juni beendet sein dürfte.

**Eine neue Art der Weichenstellung** hat die Straßenbahn-Verwaltung auf der Unterleitungsbahn von der Möllke-Brücke bis zum Potsdamer Thor eingeführt. Während sonst der Wagenführer mit einer Eisenstange von seinem Platze aus die Weichen stellt, ist jetzt ein halber Meter vom Geleise entfernt ein Rasten eingebaut, an dem ein Mann mit einer Hebelvorrichtung die Weichen bedient. Die Führer andern Führer haben sich an diese Einrichtung noch nicht gewöhnt und verlangen vielfach nach, daß der Weichensteller, der mitten auf dem Fahrdamm steht, ihnen anzeige. Das kann der Mann natürlich nicht, wenn er seinen Dienst versehen soll, den Anstößern dagegen ist es ein leichtes, ihm anzudeuten, wenn sie nur wollen.

**Ein schweres Hochbahn-Unglück** ereignete sich gestern abend gegen 8 Uhr am Schleifischen Thor. Einem Mann aus dem Bahnhof hinausgefahrenen Zuge folgte der nächste fällige Zug derart schnell, daß derselbe in den ersten Hinführer. Eine Anzahl Personen — uns wird berichtet fünf — haben mehr oder minder schwere Verletzungen an den Händen und im Gesicht erlitten. Der Materialschaden ist erheblich. Der Bahnhof am Schleifischen Thor wurde abgeperrt und der Biletverkauf eingestellt.

Eine Korrumpenz bringt über das Unglück folgende Mitteilungen: Ein Zusammenstoß zweier Züge der Hochbahn hat am gestrigen Freitagabend 7 1/2 Uhr am Bahnhof „Schleifisches Thor“ stattgefunden. Dort hielt um diese Zeit ein vom Potsdamer Bahnhof nach Stralauer Thor bestimmter Zug, dem unmittelbar darauf ein vom Zoologischen Garten kommender Zug folgte. Obwohl letzterer kein Einfahrtssignal gegeben war, fuhr derselbe mit voller Gewalt auf den haltenden Zug auf, angeblich infolge Versagens der Bremse. Bei dem Anprall, durch welchen sämtliche Scheiben der Waggons beider Züge zertrümmert wurden, entstand kurzschluß, der eine 1/2stündige Störung des Betriebes verursachte. Durch umherfliegende Glasplitter wurden mehrere Passagiere der sehr schwach besetzten Waggons glücklicherweise nur leicht verletzt, im ganzen drei Personen, während ein vierter Passagier, Kaufmann Kroll, der mehrere Schnittwunden, darunter eine Verletzung der linken Halsader davongetragen, mittels Drofchle nach der Rettungsstation am Götlicher Bahnhof überführt wurde, wo er Notverband erhielt und dann in ein in der Nähe befindliches Krankenhaus geschafft wurde. Der Bahnhof war bis 1/10 Uhr, wo der Betrieb wieder aufgenommen wurde, polizeilich abgesperrt.

**Die ersten Werderschen Kirichen und Erdbeeren** sind hier gestern früh in der Dorotheen-Halle eingetroffen, aber in so geringer Anzahl, wie dies noch niemals der Fall gewesen ist, so lange das Dampfschiff der Werderschen Obhändler-Gesellschaft nach Berlin fährt. Denn während sonst der erste Dampfer stets 1500 bis 2000 Tinen Kirichen hierher brachte, war er diesmal nur mit 150 Tinen Kirichen und noch weniger Erdbeeren beladen. Die Kirichen in Werder ist in diesem Jahre infolge der kalten Witterung sehr schlecht, denn der viele Regen hat den Blütenstand angetaucht und so die Befruchtung verhindert. Der Ertrag der einzelnen Obstsorten ist folgender: Stachelkirichen und saure Kirichen giebt es wenig, Aprikosen und Birnen gar nicht, und auch die Pfämenen fehlen fast ganz. Johannisbeeren zeigen keine vollen Trauben, sondern nur dünne, Himbeeren, Stachelbeeren und Kirschen sind etwas besser. Einzig und allein gut steht es mit den Erdbeeren, die denn auch in kurzer Zeit in größeren Posten auf den Berliner Markt kommen werden. Die Kirichen hier eingetroffenen Kirichen und Erdbeeren wurden schnell geräumt und gut bezahlt. Hauptabnehmer waren die Hoteliers und Besitzer der großen Restaurants unter den Linden und deren Umgebung.

**Gegen die Charlottenburger Wasserwerke** hat durch Erkenntnis der sechsten Zivilkammer des Landgerichts II der Kanzeiler Reine zu Groß-Lichterfelde die Herabsetzung der Wassermeßer-Rate auf ein Drittel des von den Wasserwerken geforderten Betrages in einem neuen Prozeß erstritten, nachdem er in dem ursprünglichen Rechtsstreit beim Kommergericht, als der letzten Instanz, aus formalen Gründen unterlegen war.

**Eine Falschmünzerverklist** wurde in der Nacht zu gestern von der Kriminalpolizei in der Kastanien-Allee aufgefunden. In der letzten Zeit tauchten immer zahlreicher falsche Zweimarkstücke mit der Jahreszahl 1900 und dem Münzzeichen A in verschiedenen Gegenden der Stadt auf. Als einer der Beruhigter wurde ein Handlungsgehilfe Wolf ermittelt. Um auch die Werkstatt ausfindig zu machen, beobachteten Kriminalbeamte Wolf auf Schritt und Tritt und sahen, daß er sich von einem Grundstück der Kastanien-Allee immer von neuem Geld holte. Die Beamten stellten weiter fest, daß sich Wolf auf dem Grundstück mit zwei ebenfalls noch jungen Männern, einem Ferner D e h m e und einem Wärlar K e b e l, in der Hof-

rad-Kaufbesserungsanstalt von Schmidt zu treffen pflegte. Die jungen Leute hatten alle Stellung und kamen erst nach Schluß der Geschäfte zu Schmidt. Was sie dort in der Werkstatt trieben, war nicht zu sehen, da sie stets die Fenster verhängten. In der vergangenen Nacht, als alle vier versammelt waren, drangen Kriminalbeamte ein und überprüften sie bei der Falschmünzerei. Außer falschem Gelde, das sehr gut gemacht ist, beschlagnahmten die Beamten auch Formen, Platten und Werkzeuge aller Art. Die jungen Männer wurden verhaftet und dem Untersuchungsrichter zugeführt. Sie sind geständig und geben an, daß sie sich hätten Geld verschaffen wollen, um Erfindungen auszunutzen. Nur die Einfädelerei habe sie auf den Abweg gebracht. Alle vier sind noch unbestraft.

**Eine Liebesdröde** endete in der Nacht zu gestern mit dem Selbstmord eines blühenden jungen Mädchens. Die 21 Jahre alte Robbin Gertrud Sch., die Tochter eines Schriftsetzers aus der Lehnerstraße, die in einem der ersten Geschäfte in der Leipzigerstraße angestellt war, hatte ohne Wissen ihrer Eltern ein Liebesverhältnis mit einem Kaufmann aus der Kastanien-Allee zu Charlottenburg. Die Eltern erfuhren es erst vor einigen Wochen und waren entschieden dagegen. Die Tochter aber folgte ihrem Kater nicht, zog vielmehr von ihnen weg zu den Großeltern in der Schwedterstraße. Es dauerte nicht lange mehr, da löste der Geliebte die Beziehungen. Das junge Mädchen war seitdem untröstlich. Donnerstagabend um 7 Uhr verließ es die Wohnung und kehrte nicht wieder zurück. Wahrscheinlich irrte es bis in die späte Nacht planlos umher. Gegen Mitternacht fand ein Polizeileutnant, der Vorsteher des 76. Reviers, der die Schmutzmannsposten kontrollierte, die Unglückliche in der Backstraße, wo sie auf dem Bürgersteige bestimmungslos zusammenbrach. Er ließ sie nach der Rettungsstation in der Altonaerstraße bringen, sie starb aber schon auf dem Wege dorthin. Die Ärzte stellten fest, daß sie Gift genommen hatte. Gestern morgen erhielten ihre Eltern einen Brief, in dem die Tochter sie um Verzeihung bat und erklärte, daß sie nicht anders gekommen habe.

**Bei der Arbeit vom Tode überrascht** wurde vorgestern, Donnerstagmittag, der 37 Jahre alte, bei der Volkmeisterei Lehner Bahnhof beschäftigte Streckenarbeiter Georg Basfeld aus der Stolbergerstr. 5. Er brach plötzlich zusammen und starb nach kurzer Zeit, wahrscheinlich an einem Gehirnschlag.

**Eine „merkwürdige Flucht“** veranfaßte gestern abend gegen 1/8 Uhr in der Großen Franzfurterstraße großes Aufsehen. In der Nähe der Andreaskirche wollte ein Herr, der auf dem Dach des Anhängewagens 597 der Linie Friedrichsfelde-Spittelmarkt sich befand, diesen verlassen. Als er die Treppe des noch in voller Fahrt befindlichen Wagens betrat, verlor der Unbekannte das Gleichgewicht und stürzte über das Geländer hinweg losfüßler auf das Straßengpflaster. Der bedienende Schaffner gab sofort Notsignal und begab sich zu dem Verunglückten, der aus einer Kopfwunde blutete, um seine Personalien festzustellen. Als der Beamte sich ihm näherte, durchbrach der Herr plötzlich die ihn umgebende Menge und tamte mit größter Schnelligkeit davon. Obwohl der Verletzte von einer größeren Menschenmenge verfolgt wurde, gelang es ihm doch, zu entkommen und sich seiner Namensfeststellung zu entziehen.

**Um Diebeswerkzeug zu stehlen**, brachen Spighuben in der Nacht zum Freitag in die Werkstatt des Schlossers Otto Görlitz in der Kochstraße Nr. 31 ein. Sie zerlegten eine Fensterhebel, besetzten durch die Öffnung langend, den Kiesel, öffneten einen Fensterriegel und stiegen dann ein. Die Eindrehen, denen es jedenfalls an Werkzeug zur Ausführung anderer Pläne fehlte, begnügten sich mit einem Bund Dietriche.

**Verhafteter Wäscheknecht.** Einem in Hof befindlichen Diebe sind verschiedene Wäschegenstände: Taschentücher gez. H. und G. F., Oberhemden gez. H. F., Handtücher gez. H. F., Wischtücher gez. H. F. und Strümpfe gez. H. F., mit zum Teil darüber gestickter Freiherrenkrone, sowie ein Nachtherrenhemd mit blaugelbem Einfach, ohne Zeichen, abgenommen, die vermutlich Ende vorigen Jahres gestohlen wurden und deren Eigentümer noch nicht bekannt ist. Die Wäschegenstände können wochentäglich in der Zeit von vormittags 9-12 Uhr bei der Kriminalpolizei im 1. Polizeipräsidium, Zimmer 524, besichtigt werden. Eventuell sind schriftliche Anzeigen zur Z.-Nr. 5358 IV/29. 02 dahin einzureichen.

**Straßenperrungen.** Die Kirchowstraße von der Landberger Allee bis zur Chausseegrenze wird behufs Kupfflosterung vom 23. d. M. ab bis auf weiteres für Fußwerke und Reiter gesperrt. Die Feldstraße von der Garten- bis zur Ackerstraße wird behufs Sperrung vom 26. d. M. ab gesperrt, ebenso die Spandauerstraße von der Alten Schönhauser bis zur Dragonerstraße vom 23. d. M. ab, desgleichen die Fehrbellnerstraße von der Kastanien-Allee bis zur Kalkamestraße ohne Kreuzdämme vom 30. M. ab bis auf weiteres.

**Feuerbericht.** Freitagmittag wurde die Wehr nach der Putzstraße 17 gerufen. Hier hatte sich in einer Tischlerei Terpentin entzündet und dabei Kugelhölzer in Brand gesetzt. Glücklicherweise gelang es der Wehr, die Flammen bald zu erlöchen, so daß größerer Schaden nicht entstanden ist. Kurz vorher brannte in der Blumenstraße 70 Badpapier in einem Lager. Früh gegen 7 Uhr erfolgte eine Alarmerung nach der Kaiserin Augusta Allee 43. Hier war ein Pferdegeschirr mit einem Steinwagen in die Spree gestürzt. Nach großer Anstrengung gelang es der Wehr, die Tiere lebendig wieder herauszuholen und auch den Wagen zu bergen. Eine Stunde vorher war in der Krautstr. 31 in einem Keller durch Selbstentzündung von Preßkuchen ein Brand entstanden, dessen Abloschung indes bald erfolgen konnte. Donnerstagabend 11 Uhr mußte in der Pleignierstraße 4 ein Feuer abgelöscht werden, das den Fußboden und die Balkenlage ergriffen hatte. Außerdem liefen in der Zwischenzeit noch Alarmerungen von der Gartenstr. 163 und der Feigen Allee 71 ein, die jedoch nur kleinere Wohnungsbrände betrafen.

**Arbeiter-Bildungsschule Berlin.** Morgen, den 22. Juni, Familien-Ausflug nach Tegel-Hermesdorf. Abfahrt: Steintor Vorort-Bahnhof 8.05, Gefundbrunn 8.11 Uhr. Für Teilnehmer, welche die Straßenbahn benutzen, Treffpunkt bis 10 1/2 Uhr im Restaurant „Waldhölzer“, vis-a-vis Schloss Tegel. Für Radfahrer von 12 Uhr mittags ab Restaurant Schulz, Berlinstr. 21, in Hermesdorf. Um rege Beteiligung wird erucht. — Die Bibliothek ist am 20. Juni geschlossen worden. Die Mitglieder werden dringend gebeten, die noch ausstehenden Bücher umgehend abzuliefern und ist zu diesem Zweck der Bibliothekar nächsten Donnerstag in der Bibliothek von 8-9 Uhr antwefend.

**Die interne Regatta des Rudervereins Vorwärts, Stralau,** Tamelstraße 17, findet morgen, Sonntagvormittag 9 Uhr, von der Eisenbahnstraße-Treppel bis zum Bootshaus statt. Für die Gäste ist ein Dampfer gemietet, welcher die einzelnen Boote begleitet. Der Dampfer fährt pünktlich 9 Uhr von der „Alten Taverne“, Al-Stralau 25-27, ab. Auch vom Bootshaus-Platz können die Rennen gut beobachtet werden und ist das Betreten desselben unentgeltlich gestattet. Am Nachmittag findet im Bootshaus die Preis-Verteilung statt.

**Sportpart Friedrau.** Für die beiden Weltmeisterschaften über 100 Kilometer, welche morgen, Sonntag, den 22. Juni, im Sportpark Friedenau zur Entschcheidung kommen, sind folgende Fahrer eingeschrieben: Herrenfahrer: 1. John Dichte, 2. Kravenhage, 3. Georg Geier, 4. Fredrik, 5. Alfred Bernemann, Berlin; 6. Fritz Keller, Dresden; 7. Ernst Freitag, Berlin; 8. J. Schmidt, Giesdorn; 9. Paul Busch, Altona. Berufsfahrer: 1. Emile Bonhours, Paris; 2. V. Dientmann, Amsterdam; 3. Tom Vinton, London; 4. Thaddäus Kofl, München; 5. Fritz Kofl, Wien; 6. Ed. Taylor, Paris.

**Von Reichlings Reisebüchern** Verlag von Alexius Reichling in Berlin SW.) erschienen sind in zweiter Auflage Stettin und die Ostseebäder auf Wolin und Usedom mit 14 Karten (1 M.). — Stettin, Weichsel, Stralsund und Rügen mit 17 Karten (1 M.). Die von dem bekannten Berliner Oberlehrer Professor Dr. Br. Graupe gewissenhaft bearbeiteten und vornehmlich ausgearbeiteten Reiseverzeichnisse gleichmäßig die Bedürfnisse des Badegastes und Touristen. Der reichhaltige Text, der alles enthält, was für den Besucher irgend von Bedeutung ist, wird durch zuverlässige Karten ergänzt. Unter letzteren sind die Straßenpläne aller größeren Bade-Orte hervorgehoben, die die beste Orientierung ermöglichen.

## Aus der Frauenbewegung.

**Eine staatlich geprüfte Hebamme als Krankenbesucherin** schlägt die Orts-Krankenkasse Rühlhausen-Stadt in ihrem Geschäftsbericht vor. Sie führt aus: Die Einstellung einer weiblichen Krankenschwester, die sich bei den hiesigen Orts-Krankenkassen aufs Beste bewährt, würde auch für unsere Kassen zum großen Vorteil gereichen. Die weiblichen Patienten würden derselben mit größerem Vertrauen begegnen. Deren Lebensweise, das Wesen der Krankheit, soweit insbesondere Krankheitsheiten in Frage kommen, lassen sich von einer Frau besser erforschen; dieselben würden der weiblichen Berufs-Kontrollantin mit größerer Aufrichtigkeit und Zuneigung ihr Leben offenbaren können. Die Kontrollantin könne durch ihre Fürsprache in die Lage, als Verbindungsglied zwischen Patientin und Arzt zu dienen. Zu diesem Zweck würde sich, meinen wir, eine staatlich geprüfte Hebamme eignen. Wie viele Hunderte, ja Tausende von Mark werden wegen nicht richtiger Beforgung von Frauenleiden von den Krankenkassen geopfert; der Hebamme könnte man auch die Aufsicht über die Wöchnerinnen, welche der Kasse als Mitglied angehören, übertragen.

**Ein Schweizerischer abstinenter Frauenbund** soll demnächst ins Leben gerufen werden. Die Initiantinnen richten an alle Schweizerischen Frauen einen warmen Ruf, in dem sie dieselben zum Kampfe gegen den Trömmen und Erbfeind Alkohol aufrufen, dem jeder zehnte Mann in der Schweiz zum Opfer fällt, der unschätzbare Glanz in tausende von Familien bringt, der die Trübsal, Irrenhäuser, Krankenhäuser bevölkert, die Kraft und Nützlichkeit des Volkes zerstört. Der Ruf richtet sich an die Frauen aller Stände, da ja alle Stände unter dem Glanz des Alkoholismus leiden.

## Veranstaltungen.

**Zu Wilmersdorf** hielt der Wahlverein Mittwochabend seine regelmäßige Mitgliederversammlung bei Witte ab. Unser Parteigenosse Dr. Steiner hielt einen interessanten und mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Erdbeden und Vulkanandrüsche“. Hierauf wurden einige Vereinsangelegenheiten erledigt; u. a. wählte die Versammlung den Genossen Köpping zum Vereinskassierer. Das Sommerfest des Wahlvereins soll am 20. Juli in dem herrlich am Grunewald gelegenen Lokal „Zum Schwan“ in Schanzenberg abgehalten werden; den Parteigenossen wurde zur Pflicht gemacht, mit Eifer für den Absatz der zum Preise von 20 Pf. erhältlichen Eintrittskarten zu agitieren. Zum Schluß befahl die Versammlung sich mit der Lokalfrage. Alle Redner waren sich einig darin, daß der gegenwärtige Zustand, wonach mit Ausnahme der der Partei zu Verfügung stehenden zugänglichen Lokale von Witte, Struß und Lito alle Säle am Ort für den persönlichen Verkehr gesperrt sind, auf die Dauer nicht aufrecht erhalten werden kann. Die Versammlung beschloß daher, alle bisher in Wilmersdorf und Halensee gesperrt gewesenen Lokale mit alleiniger Ausnahme des Luisenparks in der Wilhelmstraße für den persönlichen Verkehr frei zu geben; einzig auf den Luisenpark bleibt mithin der bisherige Lokalverbot ausgeübt.

**Freireligiöse Gemeinde.** Sonntag, den 22. Juni, vormittags 8 1/2 Uhr, in der Aula der St. Gemeindegemeinde, St. Franzfurterstr. 6: Besprechung. Freireligiöse Vorlesung. Um 10 1/2 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Professor Dr. Albert Gebhe: „Krieg und Friedensliebe“. — Vor- und Nachspiel auf dem Pariser Musikharmonium. — Gäste, Damen und Herren, sehr willkommen.

**Allgemeine Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter** (E. D. Hamburg), Filiale Berlin 4. Sonnabend, abends 9 Uhr: Mitgliederversammlung bei Metzowstr. 4, Andreaskstr. 26. — Filiale Berlin 5. Mitgliederversammlung am Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant „Friedrich“, Holtenauerstr. 11/12. — Filiale Friedrichs. Sonnabend, abends 9 Uhr: Versammlung Kirchhoffstr. 41 bei Filide. — Filiale Charlottenburg. Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Eder, Bismarckstr. 74: Mitgliederversammlung.

## Briefkasten der Redaktion.

**Die juristische Zerkleinerung** findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

**G. B.** Unfres Wissen ist M. noch kein Mandat angeboten worden; R. ist unzulässig. — Der Polizeibericht bringt durchaus nichts, was nicht in den Lokalberichten enthalten wäre. — Das Straßenverzeichnis soll bei Gelegenheit veröffentlicht werden.

**Spandau 9.** Ihre Waiver soll mündlich oder schriftlich unter Vorlegung ihrer Lage bei dem Gemeindevorstand 23. d. Ortes einen Antrag auf Unterstutzung stellen.

**Z. 2.** Sie haben nicht angegeben, welchen Inhalt Ihr Brief hatte. Bitte nicht wiederholen Sie Ihr Ansuchen.

**G. B. 25.** Der Verpächter geht vor. Ihm liegt ein Beweis nicht ob. Der Erbs wird, wenn Sie der Auszahlung an ihn widersprechen, hinterlegt und dann im Prozesse über den Anspruch des Verpächters entscheiden. In dem Prozeß hätten Sie zu beweisen, daß die Pacht tatsächlich gezahlt sei. — **Arthur W.** Wenden Sie sich an den Stadtverordneten Postmann, der Mitglied des Kuratoriums ist. — **G. B. 100.** Die Kasse hat recht. — **G. B. 101.** In einem Jahre nach Aufhebung der Verlobung verdirbt die Forderung. — **G. C. Rein.** — **Transvaal.** Wenden Sie sich an das Auswärtige Amt. — **P. E. Frankfurter Allee.** Ja. — **H. 02.** Ja.

**G. B. 102.** Eine ausdrückliche Kündigung ist nicht erforderlich aber zweckmäßig. — **G. B. 100.** Rein. — **Kleink.** 1. Auf Belandung innerhalb der zur Benutzung des Hauses üblichen Zeit kann gefaßt werden. 2. Geschäftsbetriebsfähigkeit wäre erforderlich. Solche liegt aber nach Ihrer Darstellung vor. — **Kroschen.** Die Verantwortung der gestellten Fragen hängt davon ab, ob dort eine Zwangsuntersuchung besteht und wie das Statut der Junger lautet. Ueber die Frage, ob im Einzelfalle der Betreffende unzureichend ist, entscheidet in erster Instanz die Aufsichtsbekörde (Magistrat beziehentlich Landrat), bei der der Betreffende eine Entscheidung beantragen möchte. — **H. 2.** Darum nicht. Den Staatsangehörigkeits-Nachweis erhalten Sie vom Regierungspräsidenten. In Ihrem Falle hätte ein Antrag an das Auswärtige Amt, den Staatsbeamten anzuweisen, von der Beibringung des Attestes abzusehen, nur vielleicht Erfolg. — **H. 9.** Sie müssen zahlen. — **Z. 100.** 1. und 2. Die Fragen werden in der Praxis bejaht. Sie können Entscheidung bei der Gewerbe-Deputation, Stralauerstr. 3-5, beantragen. — **G. B. 52.** Der Brief hat denselben Wert als ob der Wert persönlich unterzeichnet wäre. Ob Sie eventuell zum 1. Oktober zu ziehen hätten, hängt von dem und unbedeutenden Wortlaut Ihres Vertrages und des Briefes ab. — **H. 500.** Etwa 20 M. — **Eigen.** 1. Es ist ein vom Gericht zu genehmigender Adoptionsantrag erforderlich. Wenden Sie sich also an das Amtsgericht. Zustimmung der Mutter und des Bräutigams ist erforderlich. Kostpunkt fünfzig Mark. 2. Ja. — **Spiegel 99.** 1. Wer als Zeuge herbeigeführt wird, ob er eine Strafe erlitten hat, hat auch sogenannte Polizeistrafen anzugeben. In der Regel wird ein Zeuge nach etwaigen Strafen nicht befragt. Liegt dem Zeugen daran, nicht befragt zu werden, so genügt ein Schreiben an das Gericht (vor dem Termin) mit etwa folgendem Inhalt: „In Sachen (Klagesachen) bin ich als Zeuge geladen. Ich bin dann und dann und deswegen mit der und der Strafe bestraft. Ich bitte Fragen nach diesen Strafen nicht zu lassen zu wollen. Wegen Reuebeden bin ich nicht bestraft.“ 2. Falls kein Testament vorliegt, erbt die Witwe 1/2, die Kinder 1/4, des Nachlasses. Ist die Ehe in Berlin vor 1900 geschlossen, so kann die Witwe innerhalb sechs Wochen nach dem Tode ihres Mannes erklären, daß sie noch väterlichem Recht erben wolle, dann erbt sie die Hälfte der Masse, die aus dem Nachlass unter Zuweisung ihres eignen Vermögens gebildet wird. Diese Erklärung müßte in der gedachten Frist notariell oder gerichtl. beglaubigt beim Amtsgericht eingehen. — **G. C. 20.** 1. Rein. 2. Ja.

**Witterungsüberblick vom 20. Juni 1902, morgen 8 Uhr.**

Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.	Stationen	Barometer-stand mm	Windrichtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C. u. F.
Zwinnende	756 R		6 bedekt	12	Saparanda	765 R		2 Regen	7		
Hamburg	758 WRD		1 wolkenl	14	Vetersburg	764 WRD		1 hft bed.	12		
Berlin	756 WRD		3 bedekt	12	Wort	745 WRD		4 bedekt	12		
Frankf./M.	756 D		2 heiter	15	Aberdeen	—		—	—		
München	757 ED		3 heiter	14	Paris	754 WRD		2 bedekt	12		
Wien	754 WRD		2 wolfig	13							

**Wetter-Pragnose für Sonnabend, den 21. Juni 1902.**

Vorwiegend trübe, kühl und regnerisch mit ziemlich frühen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Sonnabend, den 21. Juni.  
Opernhaus, Robert der Teufel. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Schauspielhaus, Macbeth. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Neues Oper-Theater (Kroll). Gastspiel der königlichen Hofoper aus Stuttgart. Die kleinen Mädchen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Im Wiederpielhaus: Offenbach-Geduld. Das Mädchen von Elzonda. — Der Regimentstanz. — Fröhchen und Lieschen. Anfang 8 Uhr.  
Schiller. Geschlossen.  
Deutsches. Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Berliner. Alt-Deibelberg. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Kessing. Geschlossen.  
Westen. Der Troubadour. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Metropol. (Morosy-Oper.) Martha oder: Der Witz zu Richmond. Anfang 8 Uhr.  
Neues. Lebige Leute. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Hessens. Einquartierung. Anfang 7 1/2 Uhr.  
Central. Coralle u. Cie. Anfang 8 Uhr.  
Thalia. Geschlossen.  
Velle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Hieraus bei ungünstiger Witterung im Theater: Gr. Anfang 8 Uhr.  
Carl Weisk. Die Biber. Anfang 8 Uhr.  
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Einen Jux will er sich machen. Anfang 7 1/2 Uhr.  
G. v. Woljogens Büntes Theater (Leberbrei). Anfang 8 Uhr.  
Schall und Rauch. Serenissimus-Zwischenspiele u. a. Anfang 8 1/2 Uhr.  
Apollo. Vollfrata. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.  
Reichshallen. Seltener Sänger. Anfang 8 Uhr.  
Passage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.  
Passage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.  
Urania. Tauben-Str. 48/49. (Im Theater um 8 Uhr.)  
Jubiläumstr. 57/62. Täglich: Sternwarte.

**Central-Theater.**  
Heute, den 21. Juni, Anfang 8 Uhr.  
Nur noch wenige Aufführungen.  
Sum 161. Male:  
**Coralie & Cie.**  
Schwan in 3 Akte v. Albin Valabrègue und Maurice Desmetout.  
In Vorbereitung:  
**Colle Mitbürger**  
Gesangspöke in 4 Akte v. H. Schmalow. Musik von Kapellmstr. Curt Goldmann.

**Apollo-Theater**  
Um 7 Uhr: Garten-Konzert.  
Um 8 Uhr: Die sensationellen Spezialitäten I. Rangens.  
Um 9 Uhr: Mit kolossalem Erfolg Paul Linckes Ausstattungs-Operette  
**Lysistrata**  
mit dem Luftballon „Grigolatis“  
Kasseneröffnung 6 Uhr.

**Metropol-Theater**  
Anfang 8 Uhr. **Norwitz-Oper.**  
Pop. Vorstell. bei halben Preisen:  
**Martha.**  
Sonntag: **Ein Maskenball.**  
Grosse Oper in 5 Akten von Verdi.  
Montag: **Carmen.** Dienstag: **Franceschina Prevosti.**

**Belle-Alliance-Theater.**  
Heute: **Graf-Konzert**  
(2. Garde-Regiment).  
**Die Dame aus Trouville**  
Schwan mit Gesang u. Tanz in 3 Akten.  
Hieraus: „Gr.“. Lebensbild in 1 Akt.  
Garten-Entrée inkl. Vorführung 50 Pf.  
Morgens: Don Carlos Ferrazas spanisch. Bandaoria u. Lauten-Sextett.

**Schall und Rauch**  
(Kleines Theater)  
Unter den Linden 44.  
Sonnabend, 21. Juni, abds. 8 1/2 Uhr:  
**Serenissimus-Zwischenspiele u. a.**  
**W. Noacks Theater.**  
Wronnenstraße 16.  
Täglich Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.  
**Rojen und Dornen.**  
Burdette mit Gesang u. Tanz in 2 Akten.  
Im Saal: **Tanzkränzchen.**

**Wintergarten.**  
Aus dem interessantesten **Juni-Programm:**  
„Das Mädchen mit dem gold. Haar“ und 16 erstklass. Spezialitäten.

**Achtung!** **4. Wahlkreis (Südost).** **Achtung!**  
**Treptow: Ludwigs Park-Restaurant, Hohlweins Regler Schloßchen, Köpnicke Landstraße.**  
**Sonntag, den 22. Juni 1902:**  
**Früh-Konzert.**  
Billet 15 Pf. Kassen-Eröffnung morgens 4 Uhr. Billet 15 Pf.  
Die Kaffeeküche ist geöffnet. (Alter 60 Pf.)  
Das Komitee.  
NB. Die zu Sonntag, den 15. Juni, verausgabten Billets behalten ihre Gültigkeit.

**Urania.**  
Tauben-Strasse 48/49.  
Im Theater um 8 Uhr:  
**Die deutsche Ostseeküste.**

**CASTANS Panoptikum**  
Friedrich-Strasse 165.  
Photographische Aufnahmen von der Insel **Martinique** und von den Schlachtfeldern **Transvaals.**  
Im Konzertsaal:  
**Schwedische Künstlerkapelle**  
4 Damen, 2 Herren.

**Passage-Panoptikum.**  
Der weibl. Affenmensch.  
**Die Seejungfer.**  
Der Tigerknabe.  
Von nachm. 4 Uhr 1/2 stündlich:  
**Damen-Ringkampf.**  
Alles ohne Extra-Entrée

**Passage-Theater.**  
Anfang Sonntags 3 Uhr,  
Wochentags 5, Ende 11 Uhr.  
**Willy Prager**  
16 Elite-Nummern.

**Prater-Theater**  
Kassanien-Allee 7-9.  
Täglich:  
**Durch fremde Schuld.**  
Vollständ. mit Gesang in 3 Akten.  
Ballettges. Catrini. Tyrolenne Mary Elly. Grottesque-Rom. Paul Coradini. Brothers Fred, musk. Excursions. Mr. Barling, 165. Photogr. Fred Marzahn. Troupe. Variou. Musikantenstreiche. Bartlings elektrische Foorie (3000 Wählkörper) Konzert u. Ball. Anfang 4 Uhr. Eintritt 30 Pf., numerierter Platz 50 Pf.  
**Kalbo.**

**Allerlei-Theater**  
früher Puhlmann  
Schönhauser Allee No. 148.  
Durchweg glanzvoll erneuert!  
Täglich: Gr. Garten-Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung.  
Kommen! Sehen! Stannen!  
Abendendlich herrlicher Beifall des erschöpften Aussen-Programms!  
Im Prater: **Gr. Ball.**  
Anfang Konzert 5 Uhr, Ball 6 Uhr.  
Entrée 30 Pf., Sperrst. 50 Pf.  
Vorzeiger dieser Annonce zahlen auf all. Plätzen d. Gärten.  
Bei ungünstiger Witterung finden die Vorstellungen im Saal statt.

**Reichshallen.**  
Täglich:  
**Stettiner Sänger.**  
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.  
Tageskasse 11-1 1/2 Uhr.  
Sum Schöll: „Cavalleria“, „schautloana“.

**Sanssouci**  
Kottbuserstr. 4a,  
Station der Hochbahn.  
Täglich im Garten, bei ungünstiger Witterung im Saal:  
**Hofmanns Norddeutsche Sänger und Konzert.**  
Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Entrée: **Tanzkränzchen, Tanz frei!**  
Anfang Sonntags 5 Uhr, Entrée 50 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf., Anfang Wochentags 6 Uhr, Entrée 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

**ZOOLOGISCHER GARTEN**  
Täglich nachmittags 5 Uhr:  
**Grosses Militär-Doppel-Konzert.**  
Gastspiel des Musikdir. Ledeb. jun.  
Entrée 1 Mark  
von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.

**Carl Weiss-Theater.**  
Grosse Frankfurterstr. 132.  
Abends 8 Uhr:  
**Die Viper.**  
Kriminal-Schauspiel in 7 Bildern.  
Morgens nachmittags 3 Uhr, kleine Preise: **Der Hüttenbesitzer.**  
Abends: **Gefallene Mädchen.**  
Im Garten: Heute Sommerabendfest. Spezialitäten. Anfang 5 1/2 Uhr.

**Max Kliems Sommer-Theater.**  
Hasenheide 13-15.  
Artisticischer Leiter: Gust. Bock.  
Täglich:  
**Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung**  
Jeden 1. und 15. d. Monats:  
Wechselndes Programm!  
Donnerstag: **Elite-Tag.**

**Treptow.**  
Köpnicke Landstr. 27.  
empfehle sein Lokal nebst kleinem Saal. 250-300 Personen fassend, sowie großem schattigen Garten zu jeder Art von Festlichkeiten.  
Einige Sonnabende für Sommerfeste zu haben.  
Glas Bier 1/2 Liter 10 Pf. f. Weißbier. 432L\*  
**R. Hohlwein.**

**Dr. Simmel, Prinzessstr. 41.**  
Spezialarzt für 25/17\*  
**Haut- und Harnleiden.**  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 1/2 | 2  
40302\*

**„Pferdebucht“, Restaurant b. Köpenick.**  
Empfehle mein alldemontes, in herrlichem Landschafts gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Vereinen zu Ausflügen und Sommerpartien.  
Sommerwohnungen mit und ohne Pension. Großartige Promenaden. 100 Morgen Spielplätze. 5000 Stipplage. Ausspannung für 80 Pferde.  
Gute und berühmte Küche. — Es ladet zum Besuch freundlich ein  
**Wilhelm Bräsewitz, Besitzer.**

**Schmückwitz Gasthaus zur Palme**  
(Endstation der „Starn“-Dampfer)  
Telephon:  
Inhaber: **Hermann Peter.** Grünau Nr. 39.  
Empfehle mein alldemontes, herrlich an Wald und Wasser gelegenes Lokal den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen.  
Ausspannung und Dampferleihe, Regeldampfer, große Kaffeefläche.  
Gute Küche und bestgepflegte Biere zu soliden Preisen. 43122\*

**Extra-Dampferfahrten**  
nach Schmückwitz, dem herrlich Lokal Seddin-See  
jeden Sonntag 9 und 2 Uhr (hin und zurück 75 Pf.),  
Montag u. Mittwoch 2 Uhr mit Rück (hin und zurück 50 Pf.). Während des Aufenthaltes im Garten großes Konzert und in zwei Ecken Ball.  
Abfahrt zwischen Wannowitz und Wolfenbrück (Dampferstation Köpnicke).  
Das Lokal bietet einen herrlichen Aufenthalt. Zwei große Säle, Regeldampfer u. für Vereine und Gesellschaften bestens zu empfehlen. Auch stelle ich die billigsten Dampfer.  
Gute Sommerwohnungen mit und ohne Pension. **A. Noack.**

**Kufekes**  
BESTE NAHRUNG FÜR gesunde & darmkranke Kinder  
**Kindermehl.**  
Jede Uhr  
zu reparieren und reinigen kostet bei mir unter Garantie des Gutgehens nur **1 Mk. 50 Pf.**, außer Bruch, keine Reparaturen billiger.  
Großes Lager in Uhren, Goldwaren, Ketten zu ermäßigten billigen Preisen.  
Zufaten Trauring, 900 gek., 1/2 Dufaten 15,50, 2 Dufaten 20,50.  
Für sämtliche Waren schriftliche Garantie. Göt. Rathenower Briefen, Pincenes, Overholzer. 38132\*  
**T. Stolz, Chausseestr. 78, P. Stolz, Badstr. 57.**

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
Am 19. Juni verlor unser langjähriges Mitglied der Gattin **Hermann Grellmann.**  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 22. Juni cr., nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des neuen Jacobi-Kirchhofes in Rixdorf aus statt.  
**Die Ordoverwaltung.**  
Allen Bekannten und Kollegen, die bei der Beerdigung meines lieben Mannes ihm die letzte Ehre erwiesen haben, sage ich hierdurch meinen herzlichsten Dank. 332b  
**Ottile Stelter nebst Kindern.**

**Adlershof. Restaurant Becker**  
Oppenstr. 56.  
Sonntag, den 15. d. M.:  
**Großes Fahrrad-Auschieben**  
3285\* auf der Regelfabrik.  
Freunden und Bekannten die Mitteilung, daß ich  
**9, Mannstr. 9**  
ein Weiss- u. Bayrischbier-Lokal mit Billard und Vereinszimmer eröffnet habe. 43482\*  
Erfolge um geneigten Zuspruch.  
**Paul Lier.**

**Kraft-Rothwein für Blutarmer u. Kranke ärztlich empfohlen**  
Feurig-Süß  
**Santa Lucia**  
Fi. 150 u. 2 M. überall zu haben  
empfehle Dr. von Walck. Nachdruck verboten!

**Auf nach Charlottenburg!**  
Volkshaus (neuerbaut), Hofmannstraße 3.  
— Am Sonntag, den 22. Juni 1902: —  
**Drittes Stiftungs-Fest**  
des Arbeiter-Radfahrer-Vereins Charlottenburg  
(Mitgl. des A.R.V. „Solidarität“)  
Belustigungen aller Art. Preislosgen, Gefangensstränge, Reigenfahrten und dergleichen mehr. — Anfang 4 Uhr.  
Sportfreunde und Genossen sind hiermit freundlich eingeladen.  
Das Komitee.

**Achtung! Achtung!**  
**Gau IX, Gross-Berlin.**  
Arbeiter-Radfahrer-„Solidarität“.  
Am 6. Juli, vormittags pünktlich 10 Uhr, findet im „Glynum“, Land-oberger Allee 40/41, eine **Kombinierte Versammlung**  
der Bundesvereine von **Gross-Berlin** zwecks Renewal des Gesamtvorstandes statt. 3306  
Das unterzeichnete Komitee bittet daher, an diesem Tage von einer Tagestour Abstand zu nehmen und zahlreich die Versammlung zu besuchen. — Alles nähere siehe Annonce in nächster Bundeszeitung.  
Mit Brudergruß. Freilich auf! Das Wahlkomitee.  
Amt IV. 1278.

**Treptow. Bade's Volksgarten**  
Parkstraße. Halle der elektrischen Straßenbahn (Siemens).  
Schöner schattiger Garten. Große gedeckte Sommerhalle.  
Jeden Sonntag: **Specialitäten-Vorstellung.** Entrée frei.  
Anfang 4 Uhr. **Specialitäten-Vorstellung.** Anfang 4 Uhr.  
Im vergrößerten Parfett-Spielplatz: **Ball. — Kaffeeküche.**  
**Reichhaltige Speisekarte. — Wohlgepflegte Biere.** — Vereinen zu Sommerfesten bestens empfohlen.  
Platz für 2000-3000 Personen. 44312\*

**Restaurant „Wilhelmshof“, Hirschgarten.**  
Am Bahnhof Hirschgarten. Joh. W. Keller, Wirt.  
Gastlich den Vereinen und Gesellschaften seinen schönen schattigen Garten, ca. 2000 Personen fassend, großen Saal, Regeldampfer, Kaffeeküche, wohlgepflegte Biere u. Speisen zu jeder Tageszeit. Volksbelustigungen.  
Auch zu erziehen Köpnicke von Bahnhofstraße, Kaiser Wilhelmstraße, Eubendorferstraße (neue Straße nach Friedrichshagen) Radfahrer Pumpstation.  
Jeden Sonntag: **Frei-Konzert.**

**Paul Hilperts Restaurant u. Garten**  
**Halensee, Kurfürstendamm 126.**  
Erste Kalkulation für Kremsler, Fuhrparien usw. am Bahnhof Halensee.  
Vorzüglich gepflegte Biere. Reichhaltige Speisekarte zu kleinen Preisen. Familien können Kasse laden. Zahlreichem Besuch steht entgegen.  
**Paul Hilpert.**

**In Folge grosser Abschlüsse**  
in  
**Teppichen, Portieren, Gardinen, Stores, Divan-, Tisch- und Steppdecken, Läufern, Möbelstoffen und Plüsch**  
sind wir in der Lage, solche für die Hälfte des regulären Wertes zum Verkauf zu stellen, und können wir Lagerbesuch nur dringend empfehlen. 43592  
**Teppichhaus Adler & Co.,**  
Königstr. 20-21, dicht am Rathaus.



# A. JANDORF & Co

Spittelmarkt 16-17 Leipziger Strasse 64 Belle Alliance-Strasse 1-2 Grosse Frankfurter Strasse 113.

## Bade- und Reise-Artikel:

Frottir-Handtücher . . . 28 48 75 Pf.	Handkoffer mit grünem Bezug ca. 45 cm 2 35 M. 50 cm 2 75 M. 55 cm 2 90 M. 60 cm 3 50 M.	Seif-Tücher . . . . . 3 Pf. 6 Pf. 10 Pf.
Bade-Laken für Kinder . . . 75 Pf. 1 05 M. 1 40 M.	Handkoffer mit braunem Bezug . . . 2 75 M. 2 90 M. 3 50 M. 4 00 M.	Badekappen . . . . . 12 Pf. 15 Pf. 20 Pf.
Bade-Laken für Erwachsene . . . 1 65 M. 2 65 M. 3 50 M.	Faltenkoffer mit Lederriemen . . . 2 90 M. 3 90 M. 4 50 M. 5 10 M.	Bade-Hauben . . . . . 25 Pf. 28 Pf. 38 Pf.
Bade-Anzüge für Kinder 55 65 75 85 Pf.	Holz-koffer, gestrichen . . . ca. 63 cm 10 50 M. 73 cm 12 75 M. 86 cm 16 50 M.	Badeschwämme 20 30 45 65 Pf.
Bade-Anzüge für Damen 95 Pf. 1 05 M. 1 15 M. 1 35 M.	Couriertaschen m. Lederriemen 95 Pf. 1 45 M. 1 95 M.	Seifdosen Celluloid . . . . . 35 Pf.
Bade-Mäntel . . . . . 2 90 M. 3 50 M. 4 65 M.	Gürteltaschen . . . . . 45 Pf. 95 Pf.	Bade-Seife Schwimmseife . . . . . 8 Pf.
Bade-Mäntel mit Kappe . . . 5 25 M. 5 40 M. 6 50 M.	Reiserollen . . . . . 30 Pf. 48 Pf. 95 Pf.	Bade-Handschuhe 10 Pf. 15 Pf. 20 Pf.
Bade-Tricots . . . . . 1 15 M. 1 50 M. 1 75 M.	Touristentaschen . . . 95 Pf. 1 35 M. 1 70 M.	Loofah zum Frottieren 18 Pf. 25 Pf. 45 Pf.
Bade-Hosen 10 Pf. 15 Pf. 20 Pf. 25 Pf.	Plaidriemen 38 Pf. 45 Pf. 95 Pf. 1 25 M.	Rückenreiber-Loofah . . . . . 95 Pf.
Bade-Pantoffel . . . 25 Pf. 55 Pf. 75 Pf.	Hutkoffer . . . . . 2 85 M. 3 50 M.	Loofah-Handschuhe . . . 35 Pf. 45 Pf.
	Trinkflaschen . . . . . 48 Pf. 95 Pf.	
	Reisekörbe 2 90 M. 3 50 M. 4 50 M. 5 25 M. 6 75 M. 7 75 M.	
	Triumphstühle . . . . . 2 25 M. 2 85 M. 3 50 M.	
	Feldstühle . . . 35 Pf. 48 Pf. C Pf. 95 Pf.	
	Luftkissen . . . . . 65 Pf.	

**PAGLIANO-SYRUP** seit 1838 bewährtes und altes Erfrischungs- u. Reinigungsmittel für Blut u. Säfte! Jede Flasche und Schachtel tragen den Namenszug des Prof. Girolamo Pagliano, Florenz, auf blauem Grunde. Zu haben in Apotheken. Generalversand für Deutschland: **Carl Hunnius, München.** 25/20\*



**Hüte!** Herrenhüte von 1,50 an Knabenhüte „ 0,75 „  
Größtes Lager in Strohhüten von den einfachsten bis zu den feinsten Genres  
**Schirme** zu außergewöhnlich billigen Preisen.  
Mützen, Kravatten. (3724)\*  
**Otto Gerholdt, Dresdenerstr. 2, Ecke Stallgasse.**

**Stettin:** Magazinstraße 2, Hoheplanstraße 3. **Berlin:** Chausseestraße 54, Belle Alliancestr. 98

**Mass-Anzüge** 24 und 30 Mark.  
**Paletots nach Mass 22 Mark.**  
Es liegt in jedem seinem Interesse, mein Angebot zu prüfen und sich von der Realität zu überzeugen. Ich liefere von prima **Stoffen** die elegantesten haltbarsten Maß-Anzüge zu obigem Preise. **Kein Zwang zur Abnahme, wenn der Anzug nicht sitzt.** 306  
**Sonnenschein's Engros-Resterhandlung**  
Belle Alliancestraße 98, 1 Tr., und Chausseestraße 54, 1 Tr.

Begründung des Geschäfts 1878.

## M. Schulmeister

en gros Schneidemeister en détail

**Dresdenerstr. 4 | Hauptstraße 43**  
am Kottbuser Thor. | Schöneberg.

Telefon Amt IV 447. | Telefon Amt IX 6960.

**Sommerpaletots** von Mk. 13,50 an  
**Knaben-Anzüge** . . . . . 23  
**Jadrett-Anzüge** . . . . . 15  
**Wash-Anzüge** und **Blusen** für Knaben von Mk. 1,— an.

**Sommer-Jadretts** . . . von Mk. 2 an  
**Jünglings-Anzüge** . . . . . 12  
**Knaben-Anzüge** . . . . . 3

**Anfertigung nach Maass**  
in eleganter Ausführung unter meiner persönlichen Leitung. 37032\*

**Grosse Auswahl in deutschen, englischen u. französischen Stoffen.**  
**Streng feste Preise.**

Bitte genau auf Firma u. Haus-No. 15b achten.

**Augenläser**  
Fachmann für  
ausgezeichnete und  
vortrefflich ausübende  
Arbeit  
In jedem Material ist dem  
Institut für Präzisions-Optik von  
**Ernst Riek**  
Inhaber: Carl Dalmannstr.  
Weinbergweg 15b.

**Neugold Pincenez**

**Honig!** Unverfälscht. Deutscher Bienenhonig, best. Qualität, vert. die 10 Pfunddose zu 6,50 R., 5 Pf. 4 R. franco. Garant. Rücknahme.  
**E. Reil, Nordloh, Bahnhof Angulheim, Oldenburg.**

## Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt. Kleine Anzeigen.

**Verkäufe.**  
Restaurant billig. Senfster, Stralauer Allee 17E. 3145\*  
Seifengeschäft verlässlich Fortstr. 2. 3285  
Bereitsparzellen, Altbauverkauft, verkauft sehr billig Hausverwaltung Sonnenstraße 151. 2906\*  
Vorjährige elegante Herrenhüte aus feinsten Stoffen 9-12 Mark. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verkaufshaus Germania, Unter den Eichen 21, II. 11772\*  
Weiche Herrenhüte, gute Qualität, Stück 95 Pfennig. Bessere Schürzen enorm billig. Duffabrik, Comptoir Kolberstraße 25A, früher Barntstraße 4 und 6. Sonntags geöffnet. 10882\*  
Teppiche! (Sehrschöne) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brunn, Händelstraße 4, Bahnhof Barle. 11177\*  
Sportbillig! Teppiche, Betten, Steppdecken, Gardinen, Regulatorn, Regulatorn, Selbsthand Reanderstraße 6. Teilzahlungen gestattet.  
Bettfedern, Bund von 45 W an, echt ägyptische Mandarinenbunden Bund 1,90. Federkissen Landberger Allee 37, I. 1099K\*  
Teppiche mit Farbenflecken Fabrikverlager Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137\*Schwarze Anzüge von 12 bis 60 Mark empfiehlt Schlesinger, Turmstraße 55. 11749\*

**Nähmaschinen** ohne Anzahlung, Woche 1,00, gebrauchte tadellosh, portabillig Köpferstraße 60/61, Landbergerstraße 32 I. 1400\*  
Möbel, mehrere Zimmer, verkaufe sportbillig, darunter Vertiko, Kleiderkasten 20,00, Küchenschrank, Ruchelsofa, elegant 40,00, Säulen-trureau 34,00, Ruchelsofa 35,00, einfache 15,00, Ruchelsofa, Designmöbel, Panzerbreiter, Ruchelsofa 3,00, Tisch, Panzerloft, bessere geschmückte Möbel, Buffet, Gartenstr. 148, I, links. 1157\*  
Gardinenhaus Große Frankfurterstr. 9, parterre. 137\*  
Verfallene Gläser, goldene Uhren, Ringe und andre Goldsachen, setzen jeder Art, sauber und schön, werden sportbillig verkauft. Alles Gold und Silber wird gekauft und in Zahlung genommen in der Pfandleihe Brunnstraße 28, I, Ecke Ritterstraße. 3125\*  
Verfallene Gläser: Uhren, Ringe, Ketten, Regulatorn sportbillig Pfandleihe Alexanderstraße 73.  
Nähmaschinen, verfallene, sportbillig, (Preisenauswahl) Pfandleihe Alexanderstraße 73. 2916f\*  
Gastföcher! Einlochastföcher 1,00, Zweilochastföcher 3,00, Weichstoffe Gastföcher! 5,00, Gast-Bratofen! 7,00, Was-Plättchen! Was-Bügelapparat! billig! Wohlauer, Wallner-Str. 27, parterre. 2816\*  
Steppdecken billig Fabrik Große Frankfurterstraße 9, parterre. 137\*  
Papageien, große Auswahl, Garzer Konarierhähne, Grundmann, Kommandantenstraße 52. 26/19

**Zwei gut gehende Restaurants** verfallend. Nur Selbstkäufer erteilt Kaufkündigung, Landauerstraße 20, Ecke Baderstraße 20. 1150\*  
Billige Landparzellen, typisch am Hochwald, verkauft Gärtneri Klotz, Hermannsdorf, Berlinerstraße 77. 335b  
Bienen-Terrain, Sorort, jede Parzelle, 70-80 Ruten, a 6-8 Mark, sehr romantische Lage, 10 Minuten vom Bahnhof Spergau, verkauft Eigenkäufer Jock. 334b\*  
Lebendes Fischfutter verkauft Klein, Ort, Jahnstraße 48, Ecke Chausseestraße. 309b  
Hobelbänke, Küchenpind, Hochbauer, Werkzeug billig, Diewitz, Woystraße 76. 340b\*  
Plätterei verfallend, 150 Mark, Charlottenburg, Cammerstraße 35.

**Vermischte Anzeigen.**  
Rechtsbureau Jockisch, Androssstraße dreifach, Rechtsbureau, Eingabengeld, Raterteilung. 2706\*  
Anfallsofen, Ringe, Eingaben, Reklamationen, Puffer, Steglitzerstraße 65. 2542b\*  
Der Stoff hat, dem fertige Maßanzüge mit guten Zutaten, Konfektionsarbeit 15 Mark, f. Herrenschneiderarbeit 18, 21, 24 Mark, Hermann Schlesinger, Turmstraße 85.  
Bereitszimmer Kaufbild, Markstraße 47. 2885\*  
Bereitszimmer, vier, Alte Jakobstraße 119. 1198K\*

**Runkhöpferlei** von Frau Kasch, Steinmetzstraße 48, Quergebäude hoch parterre.  
Fahrrad, auch defekt, taugt Mayhoff, Franzstraße 7. 1185\*  
Bisexualität! Wer sich über diese rätselhafte Grausamkeit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Kingsblätter des Weltbundes gegen Bisexualität, welche unentgeltlich versendet werden vom Berliner Pierschvereins, Köpenickerstraße 108. Um ständigen Abdruck wird gebeten. 161b\*  
Kostenfreie jahrgängliche Behandlung, Zahnärztliche Poliklinik, Chausseestraße 1a. 1156b\*  
Ehecheidung, Unfallsachen, Eingabengeld, Raterteilung, Pinnerstraße 3d. 150/13  
Rechtsbureau, Prozeßbeistand, Eingabengeld, Raterteilung, Fall, Brunnenstraße vierzig. 341b

**Vermietungen.**  
Schlafstollen.  
Schlafstelle Witwe Wäpfe, Cuvrstraße 3. 3150\*  
Saubere möblierte Schlafstelle, separat, zwei Betten, Oranienstr. 187, Quergebäude II. links. 1150\*  
Möblierte Schlafstelle, Herrn allein, separat, Witwe Ott, Große Frankfurterstraße 136. 1107\*  
Schlafstelle, Herren oder Damen, Sprey, Stallgasse 125, Hof II.

**Mietsgesuche.**  
Junger Mann sucht Schlafstelle, auch möbliert, der tagsüber schlafen kann, Berlin W. oder Südendberg. Offerten an Frau Hallmanns, Schöneberg, Bahnhofsstr. 8. 3296

**Arbeitsmarkt.**  
Stellengesuche.  
Blinder Einstricher bittet um Arbeit. Stelle werden zu den billigsten Preisen gesucht, werden abgeholt und unentgeltlich zurück geliefert. Adresse: Kulackstraße 27, II. Wäpfe.

**Stellenangebote.**  
Rahmenflechter, auch für vergrößerte Rahmen, nach außerhalb gesucht. In ertragen Köpferstraße 109a, im Comptoir. 3316  
Plättinnen auf Umlegebogen im Hause verlangen Leuberg u. Grodenhof, Wäpfehof, Wäpfehofstraße 13. 150/12\*  
Phantasieflechten Arbeiterin, auch lernen, verlangt Wäpfe, Sorauerstraße 11. 1150\*  
Belegerin für Goldflechten sucht Erich Wäpfe, Köpferstraße 37. \*

**Achtung! Holzarbeiter!**  
Werper sind folgende Werkstätten: Lebe u. Co., Großbrennstr. 54. Tischler und Maschinenarbeiter, Grün u. Helmig, Wäpfehofstr. 44/45. Wegner, Wäpfehofstr. 18/19. A. Schütz, Krausstr. 18/19. Scheller, Petersburgerstr. 77. Gummeluth, Wäpfehofstr. 33. 83/3\* Die Cridoverwaltung.

**Achtung! Holzarbeiter!**  
Zug von Tischlern und Drechslern Werkstatt Wäpfehofstr. 11, Spandau, ist fernhalten.  
Die Cridoverwaltung des deutschen Holzarbeiter-Verbandes, Spandau.

**Achtung! Tischler!**  
Werper sind folgende Werkstätten: Albert Schultz, Krausstr. 18/19. A. Schaffner, Petersburgerstr. 77. Gernandt, Eisenbahnstr. 11. Zug streng ferngehalten. 186/20\* Der Hochverein der Tischler.

**Achtung!**  
**Branerei-Arbeiter!**  
Die Differenzen in der Pagenhofer Branerei sind noch nicht geregelt.  
Die Agitations-Kommission.

**Achtung!**  
**Vergolder!**  
Die Firma Günther, Androssstraße 10, ist für sämtliche Branchen gesperrt.  
225/15\* Die Cridoverwaltung.